

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

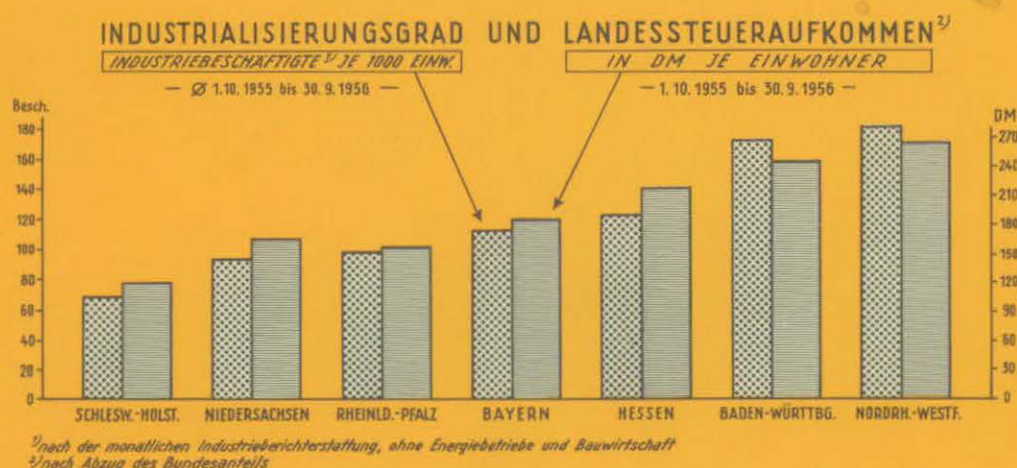
November 1957

9. Jahrgang · Heft 11



INHALT

Gesamtüberblick	333	Die Durchführung der Lastenausgleichsgesetze	349
Die Bundestagswahl am 15. 9. 1957 in Schleswig-Holstein	335	Die Körperschaftsteuerpflichtigen 1954	355
Die Vieh- und Fleischwirtschaft Schleswig-Holsteins	341	Tabellenteil	362
<i>Graphik des Monats: „Die Konjunktur in Schleswig-Holstein“</i>			350



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Bezeichnung	Jahreszahlen ¹					Vierteljahreszahlen ¹				Monatszahlen			
	1950	Zeit	1955	1956	1957	Zeit/ Stand	1955	1956	1957	1957			dagegen August 1956
			bzw. 1955/56	bzw. 1956/57						Jun	Juli	Aug.	
Wanderung je 1 000 Einwohner (Mobilitätsziffer)	+ 53		+ 22	+ 22		Okt.- Dez.	+ 18	+ 21					
Vertriebene ² je 100 Einwohner	+ 95	Juli- Juni	+ 57			30.6.	+ 59	+ 56					
Schüler ³ je 10 000 Einwohner (Stand jeweils 1.5.)	+ 20 ^a		+ 25	+ 24									
Beschäftigte in der Industrie ² je 1 000 Einwohner	- 59	Juli- Juni	- 51	- 50		April- Juni	- 52	- 50	- 50	- 48	- 47	- 46	- 49
Industriearbeiter (männliche Facharbeiter)													
Wochenarbeitszeit	- 0,2 ^b					Nov.	+ 1,6	+ 0,8					
Bruttostundenverdienst	- 6,0 ^b					Nov.	- 2,2	- 3,4					
Bruttowochenverdienst	- 6,2 ^b					Nov.	- 0,7	- 2,5					
Beschäftigte Arbeitnehmer je 1 000 Einwohner (Stand jeweils 31.3.)	- 19,4		- 15,8	- 14,4	p - 13,4								
Arbeitslose ² je 100 Arbeitnehmer	+ 145	Okt.- Sept.	+ 140	p + 114		Juli- Sept.	+ 160	+ 174	p + 126	+ 131	+ 126	+ 117	+ 160
Dauerarbeitslose je 100 Arbeitnehmer (Stand jeweils 31.8.)	+ 458		+ 272	+ 335	p + 298								
Pkw und Lkw Bestand (jeweils am 1.7.) je 1 000 Einwohner	- 28		- 10	- 12	- 12								
Zulassungen ⁴ je 1 000 Einwohner	- 34	Sept.- Aug.	- 21	- 12		Juni- Aug.	- 15	- 23	- 7	- 5	- 14	- 2	- 21
Spareinlagen ² je Einwohner	- 38	Sept.- Aug.	- 31	- 29		Juni- Aug.	- 32	- 30	- 28	- 28	- 28	- 27	- 30
Landessteuern ⁵ je Einwohner	- 49	Juli- Juni	- 47	- 47		April- Juni	- 50	- 48	- 47	- 50	- 27	- 40	- 40
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital je Einwohner	- 37	Juli- Juni	- 38	- 42		April- Juni	- 47	- 42	- 47				
Umsatzsteuer ⁶ je Einwohner	- 34	Juli- Juni	- 38	- 39		April- Juni	- 39	- 39	- 40	- 40	- 35	- 33	- 40
In der offenen Fürsorge lfd. unterstützte Personen ^{7,8} je 100 Einwohner	+ 29		+ 49			31.3.	+ 55	+ 46	+ 60				

1) Kursivzahlen = rollende Jahres- bzw. Vierteljahreszahlen 2) bei Jahres- und Vierteljahreszahlen 0 des angegebenen Zeitraumes 3) in allgemeinbildenden Schulen 4) fabrikneuer Fahrzeuge 5) einschl. Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 6) einschl. Umsatzausgleichsteuer 7) Bestand am Ende des angegebenen Zeitraumes 8) einschl. Tbc-Hilfe
a) 1951 b) September 1950

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

November 1957



9. Jahrgang · Heft 11

Gesamtüberblick*



NEUER BESCHÄFTIGTEN- HÖCHSTSTAND IN DER INDUSTRIE

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie stieg im September um rund 800 auf 171 500 und erreichte damit einen neuen Höchststand, der um 7 000 Personen höher liegt als der Septemberstand des Vorjahres. Der Anteil der Industriebeschäftigten in Schleswig-Holstein an denen im Bund betrug 2,3 %. Am industriellen Umsatz im Bundesgebiet war die Industrie des Landes mit 2,7 % (466 Mio DM) beteiligt.



RÜCKGANG IM BAUGEWERBE

Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe ging im September erstmalig in dieser Saison leicht zurück; sie lag mit rund 57 800 um rund 500 (1 %) unter dem Stand des Vormonats, blieb aber noch um 2 % über dem entsprechenden Vorjahresstand. Im Bund wurde dieser bereits um 7 % unterschritten.

Auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (9,9 Mio) war rückläufig; nur im Wohnungsbau und im öffentlichen Hochbau nahm sie um 59 000 bzw. 91 000 Stunden zu. Im September 1957 wurden in Schleswig-Holstein um 6 %, im Bund um 14 % weniger Arbeitsstunden geleistet als im September 1956.



ERSTE ERGEBNISSE DER LOHNSTEUERSTATISTIK 1955

Von den rund 947 000 Lohnsteuerkarten, die von den schleswig-holsteinischen Gemeinden für das Jahr 1955 ausgefertigt wurden, konnten 85 % (einschliesslich der Karten ohne Eintragung) in die Lohnsteuerstatistik 1955 einbezogen werden. Für 726 000 Lohnsteuerpflichtige lagen

*) Angaben für den Bund jeweils ohne Saarland und Berlin (West)

Angaben über die Höhe des Bruttolohnes vor. Von diesen waren 525 000 mehr und 201 000 weniger als 11 Monate des Jahres hindurch beschäftigt. Auf die 6 nachstehenden Bruttolohngruppen verteilen sie sich wie folgt:

Jahreseinkommen	ganzjährig Beschäftigte	nicht ganzjährig Beschäftigte
	in %	
bis unter 1 837 DM	16	51
1 837 " " 3 600 "	26	32
3 600 " " 6 000 "	41	16
6 000 " " 8 400 "	11	1
8 400 " " 12 000 "	4	0
12 000 DM und mehr	2	0



MEHR ARBEITNEHMER UND BESCHÄFTIGTE¹⁾

Die Zahl der Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose) in Schleswig-Holstein ist vom 30. 9. 1956 bis 30. 9. 1957 um 4 800 (0,6 %) auf 790 300 gestiegen (Zunahme 1955 bis 1956: 1,6 %).

Von den Arbeitnehmern waren am 30. 9. 1957 rund 756 600 beschäftigt. Gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres hat die Beschäftigtenzahl um 15 900 = 2,1 % zugenommen (Bund + 1,9 %). Die Zunahme war bei den Frauen mit 13 400 (5,6 %) wesentlich stärker als bei den Männern (2 500 = 0,5 %).

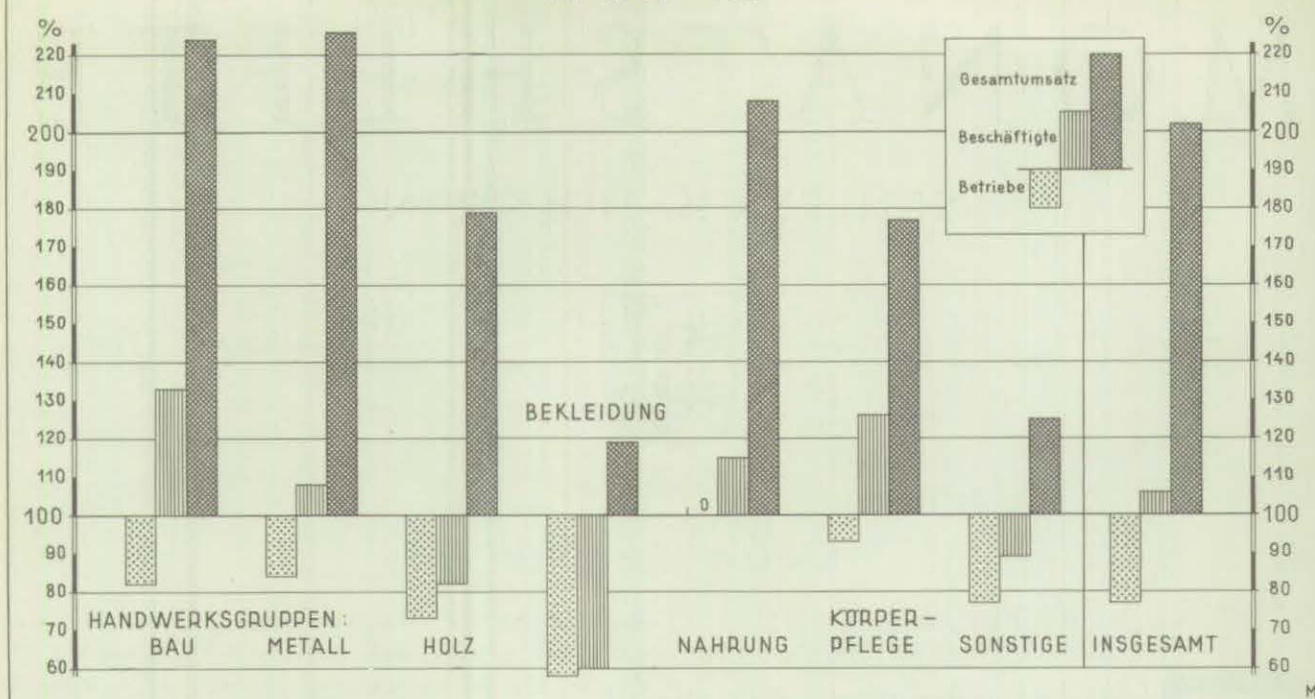
NIEDRIGSTE ARBEITSLOSENZAHL: 32 600

Die Zahl der Arbeitslosen erreichte am 31. August mit rund 32 600 Personen ihren diesjährigen Tiefstand. Er lag um rund 1 900 Personen niedriger als der ebenfalls Ende August festgestellte Tiefstand des Vorjahres.

1) Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein

VORLAUFIGE ERGEBNISSE DER HANDWERKSZÄHLUNG 1956²⁾

HZ 1949 = 100



Bis zum 31. Oktober 1957 ist die Arbeitslosenzahl wieder auf 33 400 angestiegen.



WENIGER VERKEHRSTOTE³⁾

Im Oktober 1957 wurden bei 2 270 Straßenverkehrsunfällen 1 059 Personen verletzt und 24 getötet. Die Gesamtzahl der Unfälle hat gegenüber dem Oktober 1956 um 4 % zugenommen. Gestiegen ist jedoch nur die Zahl derjenigen Unfälle, bei denen ausschliesslich Sachschaden entstand. An schweren Verkehrsunfällen (Personenschaden, auch in Verbindung mit Sachschaden) wurden dagegen 11 % weniger gemeldet, wodurch auch die Zahl der Verletzten zurückging (- 7 %). Die Zahl der Verkehrstoten war um fast die Hälfte geringer als im Oktober 1956.



ERHÖHTER FREMDENVERKEHR³⁾

Im Sommerhalbjahr 1957 besuchten 952 000 Gäste, darunter 152 000 Auslandsgäste, die schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorte. Insgesamt wurden 6,4 Mio Übernachtungen gezählt. Gegenüber dem Sommerhalbjahr 1956 hat damit die Zahl der Gäste um 6 %, die der Übernachtungen um 8 % zugenommen.



WEITERE ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit der Industriearbeiter hat sich im August gegenüber Mai 1957 bei den Männern um 1,4 Stunden auf 44,5 Wochenstunden und bei den Frauen

um 0,9 Stunden auf 42,3 Wochenstunden verringert. Trotzdem stieg der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Männer um 13 Pfennige auf 109,46 DM, der der Frauen um 30 Pfennige auf 62,43 DM.



STEUERAUFKOMMEN UM 8 % GESTIEGEN

Das Aufkommen an Landes- und Bundessteuern betrug im 2. Rechnungsvierteljahr 1957 359 Mio DM (159 DM je Einwohner). Es hat sich damit gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (331 Mio DM) um 8 % erhöht.

Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden wurden im 2. Rechnungsvierteljahr 1957 53,6 Mio DM an Steuern eingenommen, das sind ebenfalls 8 % mehr als im 2. Quartal 1956. Fast zwei Drittel der Mehreinnahmen entfallen auf das um 2,7 Mio DM angestiegene Aufkommen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.



MEHR STUDIERENDE AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

Im Winter-Semester 1957/58 besuchen 646 Studierende die Pädagogischen Hochschulen in Flensburg-Mürwik und Kiel. Gegenüber dem Winter-Semester 1956/57 hat sich ihre Zahl um 12 % erhöht. Von den Studierenden sind 455 = 70 % weiblichen Geschlechts.

2) vergleiche: "Erste Ergebnisse der Handwerkszählung 1956" in "Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein" 1957, Heft 6, Seite 189

3) vorläufiges Ergebnis

Bei einer Wohnbevölkerung von rund 2,255 Mio Einwohnern gab es zur Bundestagswahl am 15. 9. 1957 in Schleswig-Holstein 1,541 Mio Wahlberechtigte. Davon haben sich 1,367 Mio, das sind 88,7 %, an der Wahl beteiligt (1953: 88,5 %). Unter den abgegebenen Erststimmen waren 2,4 %, unter den Zweitstimmen 4,0 % ungültig. Von den über die Wahl des direkt zu wählenden Kandidaten entscheidenden 1,335 Mio Erststimmen entfielen 50,2 % auf die CDU und 30,9 % auf die SPD. Da die CDU in allen Wahlkreisen die meisten Erststimmen erringen konnte, stellte sie in jedem Wahlkreis den direkt gewählten Kandidaten. Die für die Sitzverteilung entscheidenden 1,312 Mio Zweitstimmen verteilen sich wie folgt auf die Parteien: CDU: 48,1 %, SPD: 30,8 %, GB/BHE: 8,3 %, FDP: 5,6 %, DP: 3,8 % und SSW: 2,5 %. Die Anteile des BdD und der DRP liegen unter 1 %. Auf Grund dieser Stimmenverteilung erhielt die CDU 11 Sitze – dazu 3 Überhangsmandate, weil 14 CDU-Kandidaten in den Wahlkreisen direkt gewählt wurden – die SPD 7 Sitze und die FDP und DP je 1 Sitz. Der GB/BHE nahm an der Sitzverteilung nicht teil, weil er im gesamten Bundesgebiet nur 4,6 % der Stimmen und keines der für die Teilnahme an der Sitzverteilung erforderlichen 3 Direktmandate erringen konnte. Von den abgegebenen gültigen Zweitstimmen kamen 153 300 (11,7 %) nicht zum Zuge, da sie für Parteien abgegeben wurden, die an der Sitzverteilung nicht teilnahmen. Zählt man noch die ungültigen Stimmen hinzu, so blieben 208 500 = 15,9 % der abgegebenen Stimmen bei der Sitzverteilung unberücksichtigt.

Die Bundestagswahl am 15. 9. 1957 in Schleswig-Holstein

1. Wohnbevölkerung, Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung

Die Wahlberechtigten einer Wohnbevölkerung von rd. 2 255 000 Personen¹ wählten in Schleswig-Holstein wie schon zur 1. und 2. Bundestagswahl in insgesamt 14 regional unverändert gebliebenen Wahlkreisen. Die Wohnbevölkerung hat gegenüber der letzten Bundestagswahl um rd. 139 000 Personen bzw. um 5,8% abgenommen. Die Zahl der Wahlberechtigten sank dagegen nur um 2,1%, das sind rd. 32 200 Personen. Diese unterschiedliche relative Abnahme ist zum Teil dadurch begründet, daß 1957 die stärker besetzten Jahrgänge aus der Zeit unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg wahlberechtigt geworden sind.

Als die Bundeswahlkreise im Jahre 1949 gebildet wurden, waren sie im Hinblick auf die Zahl der Wahlberechtigten etwa gleich groß. Im Laufe der letzten 8 Jahre ergaben sich jedoch infolge Ortswechsels innerhalb des Landes und über die Landesgrenzen hinaus starke Veränderungen. Im Jahre 1949 umfaßte der kleinste Wahlkreis (7 - Plön-Eutin/Nord) 110 400, der

größte Wahlkreis (6 - Kiel) 151 100 Wahlberechtigte. Der prozentuale Unterschied des kleinsten Wahlkreises zum Landesdurchschnitt (123 600 Wahlberechtigte) betrug 11%, der größte Wahlkreis lag 22% über dem Landesdurchschnitt.

1957 entfielen dagegen durchschnittlich 110 100 Wahlberechtigte auf die schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Der kleinste Wahlkreis (8 - Oldenburg-Eutin/Süd) umfaßte nur noch 87 200 Wahlberechtigte (21% unter dem Landesdurchschnitt), der größte Wahlkreis (6 - Kiel) stieg auf 159 600 (45% über dem Landesdurchschnitt) und umfaßt nunmehr etwa 83% mehr Wahlberechtigte als der kleinste.

Waren im Jahre 1949 im Durchschnitt 64,3% der Wohnbevölkerung wahlberechtigt und zur 2. Bundestagswahl 65,7%, so waren es am 15. 9. 1957 sogar 68,3%.

Die Wahlbeteiligung war in Schleswig-Holstein mit 88,7% wieder ähnlich hoch wie zur 2. Bundestagswahl (88,5%) und wesentlich höher als bei den vorherigen Kreistags- bzw. Landtags-

Tab. 1 Wahlberechtigte und Wähler bei der Bundestagswahl am 15. 9. 1957

Wahlkreis	Wohnbevölkerung ¹	Wahlberechtigte		Zahl der Wähler		Ungültige Erststimmen		Ungültige Zweitstimmen	
		absolut	in % der Wohnbevölkerung	absolut	in % der Wahlberechtigten	absolut	in % der abgegebenen Stimmen	absolut	in % der abgegebenen Stimmen
1 Husum-Südtondern-Eiderstedt	138 729	89 708	64,7	75 510	84,2	2 005	2,7	3 659	4,8
2 Flensburg	163 524	111 137	68,0	98 656	88,8	2 813	2,9	4 262	4,3
3 Schleswig-Eckernförde	143 513	92 847	64,7	81 206	87,5	2 012	2,5	3 073	3,8
4 Norder- u. Süderdithmarschen	131 388	88 225	67,1	77 095	87,4	1 631	2,1	3 517	4,6
5 Rendsburg	178 783	120 211	67,2	106 502	88,6	2 047	1,9	3 891	3,7
6 Kiel	227 120	159 594	70,3	141 574	88,7	2 282	1,6	4 176	2,9
7 Plön-Eutin/Nord	140 302	93 239	66,5	84 777	90,9	2 086	2,5	2 649	3,1
8 Oldenburg-Eutin/Süd	131 875	87 184	66,1	78 466	90,0	2 171	2,8	2 960	3,8
9 Lübeck	169 602	125 595	74,1	111 918	89,1	2 801	2,5	5 699	5,1
10 Segeberg-Neumünster	163 564	111 788	68,3	99 193	88,7	2 736	2,8	4 938	5,0
11 Steinburg	145 830	99 965	68,5	89 026	89,1	2 078	2,3	3 249	3,6
12 Pinneberg	198 471	134 245	67,6	119 844	89,3	2 794	2,3	4 531	3,8
13 Stormarn	165 731	112 798	68,1	101 352	89,9	2 601	2,6	4 155	4,1
14 Hzt. Lauenburg	156 604	114 660	73,2	102 106	89,1	2 520	2,5	4 421	4,3
Schleswig-Holstein	2 255 036	1 541 196	68,3	1 367 225	88,7	32 577	2,4	55 180	4,0

1) Stand: 31. 5. 1957

1) fortgeschriebene Wohnbevölkerung vom 31. 5. 1957

wahlen. Sie ist dadurch überhöht, daß die Wahlberechtigten, welche die Briefwahl beantragt hatten (eine Möglichkeit, die erstmalig bei der 3. Bundestagswahl gegeben war), nicht mehr zu den Wahlberechtigten ihrer Gemeinde zählten und daß die Stimmzettel der Briefwähler, deren Stimmenabgabe aus formalen Gründen (verspäteter Eingang, Nichtbeachtung der Formvorschriften usw.) abgelehnt wurde, als nicht abgegeben betrachtet wurden. Da die Wahlbeteiligung der Briefwähler also rechnerisch 100% betrug, erhöht sich bei der relativ beträchtlichen Zahl von Ablehnungen automatisch die Wahlbeteiligung; von den 70 542 eingegangenen Wahlbriefen sind 4 860 Wahlbriefe unberücksichtigt geblieben.

Die höchste Wahlbeteiligung, die überhaupt in der Nachkriegszeit in einem Wahlkreis in Schleswig-Holstein festgestellt wurde, hatte sowohl 1953 als auch 1957 mit 90,9% der Wahlkreis 7 - Plön-Eutin/Nord. Die geringste Wahlbeteiligung wies der Wahlkreis 1 - Husum-Südtondern-Eiderstedt mit 84,2% nach, der auch bei der vorigen Bundestagswahl mit 85,4% Wahlbeteiligung das geringste Wahlinteresse gezeigt hatte. Alle übrigen Wahlkreise hatten eine Wahlbeteiligung von über 87%.

2. Ungültige Stimmen

Jeder Wähler hatte, wie bei der 2. Bundestagswahl, zwei Stimmen, deren erste für einen direkten Kandidaten, die zweite für die Partei (Listenwahl) abgegeben wurde. Auf Grund der vielfachen Wahlaufklärungen und Hinweise hielten sich die ungültigen Stimmen bei der Bundestagswahl 1953 in den üblichen Grenzen. Von den Erststimmen waren 1953 nur 2,7% ungültig, von den Zweitstimmen 2,9%. Die wenigsten ungültigen Stimmen wies damals der Kreis 6 - Kiel mit 1,5 bzw. 1,7% der abgegebenen Stimmen nach, während die durchschnittlich höchste Zahl an ungültigen Stimmen der Wahlkreis 8 - Oldenburg-Eutin/Süd mit 3,6 bzw. 3,3% stellte.

Zur 3. Bundestagswahl wurden relativ weniger ungültige Erststimmen als 1953 abgegeben. Ihr Anteil an den insgesamt abgegebenen Stimmen betrug nur 2,4%. Hier liegt mit 1,6% der Wahlkreis Kiel wieder an letzter Stelle, während im Wahlkreis 2 - Flensburg mit 2,9% die meisten ungültigen Erststimmen gezählt wurden. Insgesamt waren 32 600 Erststimmen ungültig, an Zweitstimmen jedoch 55 200, das sind um 69% mehr ungültige Zweitstimmen als Erststimmen und 4% aller abgegebenen Zweitstimmen. Interessant ist dabei, daß der Prozentsatz der ungültigen Zweitstimmen im Unterschied zu 1953 in allen Wahlkreisen höher ist als der der Erststimmen. Den geringsten Prozentsatz an ungültigen Zweitstimmen weist wiederum die Stadt Kiel (2,9%) auf, den höchsten der Wahlkreis 9 - Lübeck mit 5,1%. Vermutlich dürfte dem Wähler das Verfahren der Stimmenabgabe nicht mehr so gegenwärtig gewesen sein wie vor 4 Jahren. Die Aufklärung des Wählers über die Abgabe seiner Stimme ist nicht so intensiv gewesen wie bei der Einführung des Zweitstimmenwahlrechts. Es ist bemerkenswert, daß vergleichsweise mehr Zweitstimmen ungültig waren, als zum Beispiel auf die DP an Zweitstimmen entfielen.

3. Verteilung der Stimmen auf die Parteien

a) Erststimmen

Die Erststimmen spielen im Bundeswahlgesetz gegenüber den Zweitstimmen insofern eine untergeordnete Rolle, als sie lediglich die Wahl des direkt zu wählenden Kandidaten entscheiden. Die mit der Erststimme gewonnenen Sitze werden dann mit den Sitzen verrechnet, die der jeweiligen Partei auf Grund der Zweitstimmenwahl zufielen. Es wird deshalb auf die Erststimmenabgabe hier nur kurz eingegangen.

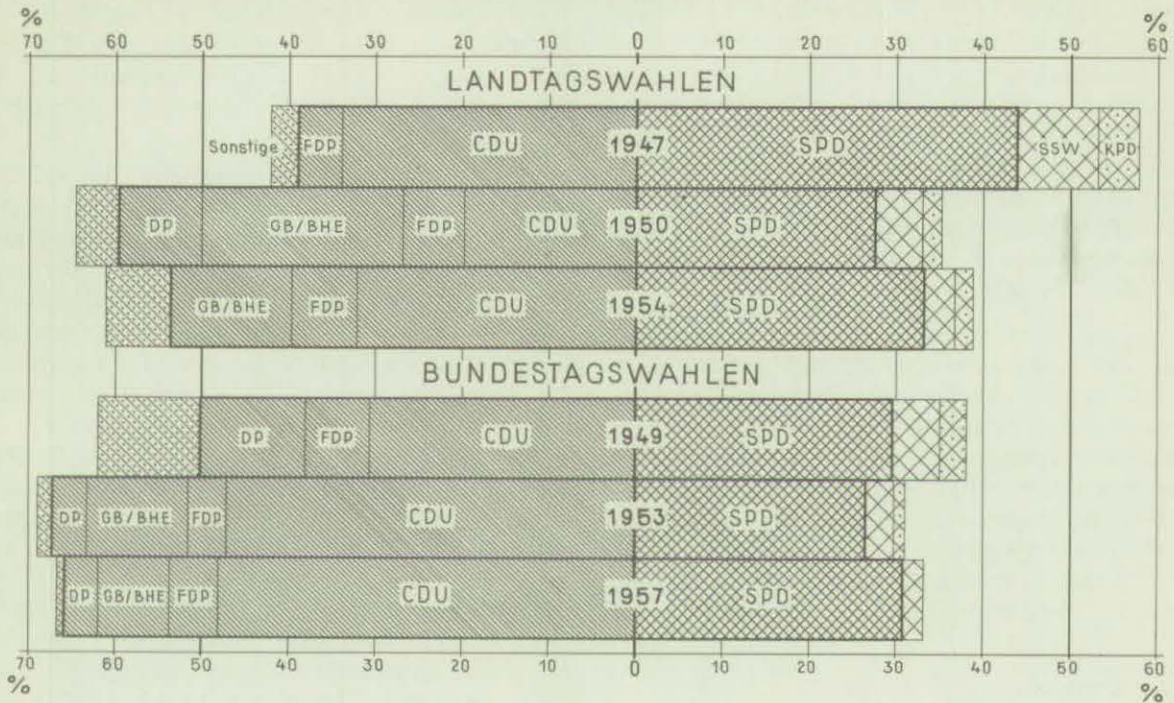
Die CDU konnte sowohl die meisten Erst- als auch die meisten Zweitstimmen auf sich ver-

Tab. 2 Verteilung der Erststimmen nach Wahlkreisen und Parteien

Wahlkreis	Gültige Erststimmen insgesamt	Von den gültigen Erststimmen entfielen auf ...									
		CDU	SPD	GB/BHE	FDP	DP	BdD	DRP	SSW	CDU	SPD
		absolut								in %	
1 Husum-Südtondern-Eiderstedt	73 505	36 889	16 303	4 496	3 820	5 694	-	394	5 909	50,2	22,2
2 Flensburg	95 843	44 033	17 558	5 379	3 633	4 642	-	658	19 940	45,9	18,3
3 Schleswig-Eckernförde	79 194	42 045	18 163	6 617	4 037	2 073	-	529	5 730	53,1	22,9
4 Norder- u. Süderdithmarschen	75 464	41 439	19 850	5 557	3 725	3 854	-	423	616	54,9	26,3
5 Rendsburg	104 455	55 738	30 568	7 828	5 700	2 837	237	619	928	53,4	29,3
6 Kiel	139 292	69 612	57 664	3 263	5 863	1 271	476	803	340	50,0	41,4
7 Plön-Eutin/Nord	82 691	42 797	27 090	7 391	3 197	1 647	160	409	-	51,8	32,8
8 Oldenburg-Eutin/Süd	76 295	36 833	23 745	10 002	3 006	1 893	131	685	-	48,3	31,1
9 Lübeck	109 117	57 016	36 739	6 975	6 041	1 465	249	632	-	52,3	33,7
10 Segeberg-Neumünster	96 457 ^a	51 081	28 906	8 555	5 479	1 773	-	374	-	53,0	30,0
11 Steinburg	86 948	40 515	28 302	7 141	4 082	6 437	228	243	-	46,6	32,6
12 Pinneberg	117 050	53 644	43 942	7 812	7 565	3 351	271	465	-	45,8	37,5
13 Stormarn	98 751	46 968	33 663	8 261	6 703	2 317	-	839	-	47,6	34,1
14 Hzt. Lauenburg	99 586	51 589	30 068	9 234	4 313	3 286	-	1 096	-	51,8	30,2
Schleswig-Holstein	1 334 648	670 199	412 561	98 511	67 164	42 540	1 752	8 169	33 463	50,2	30,9

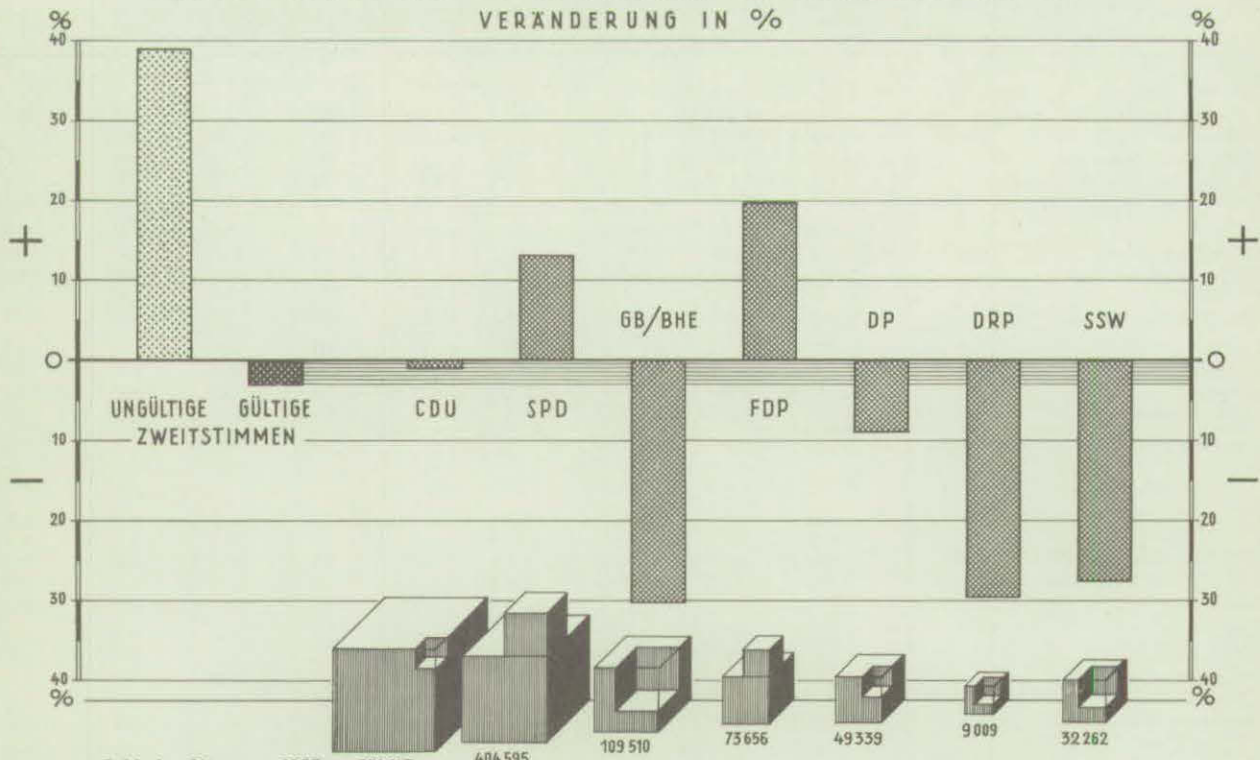
a) einschl. 289 Stimmen für die Deutsche Gemeinschaft (DG)

DIE STIMMENVERTEILUNG BEI DEN LANDTAGS- UND BUNDESTAGSWAHLEN SEIT 1947 ANTEIL DER PARTEIEN AN DEN ABGEBEBENEN GÜLTIGEN STIMMEN IN %



M

UNGÜLTIGE UND GÜLTIGE ZWEITSTIMMEN* DER BUNDESTAGSWAHL 1957 IM VERGLEICH ZUR BUNDESTAGSWAHL 1953 VERÄNDERUNG IN %



*) ohne seit 1953 weggefallene und 1957 dazugekommene Parteien

6

einigen. Sie hatte in jedem Wahlkreis mehr Erst- als Zweitstimmen und stellte, wie auch vor 4 Jahren, in allen Wahlkreisen des Landes den direkt gewählten Abgeordneten. In 9 von 14 Wahlkreisen errang sie sogar die absolute Mehrheit gegenüber 7 Wahlkreisen bei der 2. Bundestagswahl. Im Landesergebnis erzielte die CDU absolut wie prozentual einen Zuwachs. Ihr prozentualer Stimmenanteil verbesserte sich bei den Erststimmen in insgesamt 10 Wahlkreisen, ihre absolute Stimmenzahl erhöhte sich in insgesamt 6 Wahlkreisen. Besonders hoch war der Erststimmenzuwachs für die CDU in den Wahlkreisen 9 - Lübeck, 12 - Pinneberg und 11 - Steinburg.

Der Zuwachs der SPD an Erststimmen war absolut wie prozentual erheblich größer als der der CDU. Ihr Stimmenanteil nahm in allen Wahlkreisen zu. Absolute Zunahmen konnte sie in 13 Wahlkreisen verzeichnen. Gegenüber 1953 wählten die CDU 3 700 Wahlberechtigte mehr; die SPD hatte dagegen einen Zuwachs von 51 300. Besonders auffällig war der Stimmenzuwachs der SPD in den Wahlkreisen 6 - Kiel, 12 - Pinneberg, 5 - Rendsburg und 13 - Stormarn.

b) Zweitstimmen

Auffällig ist, daß sich im Bundesgebiet wie auch in Schleswig-Holstein die Stimmen zu-

nehmend auf die beiden größten Parteien (CDU/CSU und SPD) konzentrieren; ihr Anteil betrug in Schleswig-Holstein (Bundesgebiet in Klammern) im Jahre 1949 60,3% (60,2), 1953 73,6% (74,0) und 1957 78,9% (81,9). Der Stimmenzuwachs beider Parteien bei der letzten Bundestagswahl ergab sich auf Kosten des GB/BHE, der sonstigen - 1957 nicht aufgestellten - Parteien (KPD/GVP, DNS), des SSW, der DP und DRP.

Die Zahl der Zweitstimmen für die CDU hat gegenüber der Bundestagswahl 1953 absolut um rd. 5 400 Stimmen abgenommen, relativ dagegen stieg der Anteil geringfügig von 47,1% auf 48,1%. Bemerkenswert ist, daß die CDU absolut wie auch relativ weniger Zweitstimmen - und zwar 39 000 Stimmen - auf sich vereinigen konnte als Erststimmen. Der größte Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen ergab sich für die CDU in dem Wahlkreis 2 - Flensburg. In 5 Wahlkreisen hat sie - wie auch 1953 - die absolute Mehrheit errungen, sie hielt sie in 3 Wahlkreisen, verlor sie in 2 und errang sie erstmalig in 2 anderen Wahlkreisen. Die für sie abgegebene Stimmenzahl verminderte sich in 9 und erhöhte sich in 5 Wahlkreisen; ihr Stimmenanteil verminderte sich dagegen in nur 3 gegenüber einer Zunahme in 11 Wahlkreisen. Der höchste Stimmenzuwachs ergab sich im Wahlkreis 12 - Pinneberg und 9 - Lübeck, die

Tab. 3 Verteilung der Zweitstimmen nach Wahlkreisen und Parteien

Wahlkreis	Gültige Zweitstimmen insgesamt	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf ...							
		CDU	SPD	GB/BHE	FDP	DP	BdD	DRP	SSW
absolut									
1 Husum-Südtondern-Eiderstedt	71 851	35 050	15 918	4 869	3 919	5 652	62	450	5 931
2 Flensburg	94 394	39 082	18 488	8 152	4 365	5 231	89	752	18 235
3 Schleswig-Eckernförde	78 133	39 813	17 872	7 294	4 221	2 509	74	589	5 761
4 Norder- und Süderdithmarschen	73 578	38 449	19 369	6 112	4 048	4 403	64	516	617
5 Rendsburg	102 611	52 278	29 928	8 564	6 424	3 514	260	703	940
6 Kiel	137 398	66 303	56 095	4 177	6 939	2 077	526	932	349
7 Plön-Eutin/Nord	82 128	40 357	26 695	8 185	3 787	2 404	171	470	59
8 Oldenburg-Eutin/Süd	75 506	35 438	23 404	10 215	3 325	2 251	150	679	44
9 Lübeck	106 219	54 110	35 370	7 937	6 080	1 765	263	648	46
10 Segeberg-Neumünster	94 255	48 647	28 162	9 045	5 756	2 084	94	427	40
11 Steinburg	85 777	38 031	27 922	7 708	4 645	6 931	232	253	55
12 Pinneberg	115 313	50 496	43 117	8 427	8 210	4 174	292	508	89
13 Stormarn	97 197	44 501	32 901	8 921	7 025	2 808	124	863	54
14 Hzgt. Lauenburg	97 685	48 592	29 354	9 904	4 912	3 536	126	1 219	42
Schleswig-Holstein	1 312 045	631 147	404 595	109 510	73 656	49 339	2 527	9 009	32 262
in %									
1 Husum-Südtondern-Eiderstedt	100	48,8	22,2	6,8	5,5	7,9	0,1	0,6	8,3
2 Flensburg	100	41,4	19,6	8,6	4,6	5,5	0,1	0,8	19,3
3 Schleswig-Eckernförde	100	51,0	22,9	9,3	5,4	3,2	0,1	0,8	7,4
4 Norder- und Süderdithmarschen	100	52,3	26,3	8,3	5,5	6,0	0,1	0,7	0,8
5 Rendsburg	100	50,9	29,2	8,3	6,3	3,4	0,3	0,7	0,9
6 Kiel	100	48,3	40,8	3,0	5,1	1,5	0,4	0,7	0,3
7 Plön-Eutin/Nord	100	49,1	32,5	10,0	4,6	2,9	0,2	0,6	0,1
8 Oldenburg-Eutin/Süd	100	46,9	31,0	13,5	4,4	3,0	0,2	0,9	0,1
9 Lübeck	100	50,9	33,3	7,5	5,7	1,7	0,2	0,6	0,0
10 Segeberg-Neumünster	100	51,6	29,9	9,6	6,1	2,2	0,1	0,5	0,0
11 Steinburg	100	44,3	32,6	9,0	5,4	8,1	0,3	0,3	0,1
12 Pinneberg	100	43,8	37,4	7,3	7,1	3,6	0,3	0,4	0,1
13 Stormarn	100	45,8	33,8	9,2	7,2	2,9	0,1	0,9	0,1
14 Hzgt. Lauenburg	100	49,7	30,0	10,1	5,0	3,6	0,1	1,2	0,0
Schleswig-Holstein	100	48,1	30,8	8,3	5,6	3,8	0,2	0,7	2,5

größte Abnahme in 6 - Kiel, 7 - Plön-Eutin/Nord und 5 - Rendsburg.

Die SPD konnte ebenfalls mit ihren Zweitstimmen nicht die Zahl der für sie abgegebenen Erststimmen erreichen. Absolut wurden für sie 7 900 Zweitstimmen weniger als Erststimmen abgegeben, ihr Stimmenanteil betrug bei den Erststimmen 30,9% bei den Zweitstimmen 30,8%. Gegenüber der Bundestagswahl 1953 nahm die für die SPD abgegebene Stimmenzahl zu, und zwar um 47 000 Zweitstimmen; sie konnte dadurch ihren Stimmenanteil von 26,5 auf 30,8% erhöhen. Den stärksten Anteil an abgegebenen Zweitstimmen hatte die SPD in dem Wahlkreis 6 - Kiel mit 40,8%, gefolgt vom Wahlkreis 12 - Pinneberg; den geringsten Stimmenanteil verzeichnete sie im Wahlkreis 2 - Flensburg mit 19,6%. Insgesamt ist festzustellen, daß die SPD in den 5 nördlichen Wahlkreisen relativ weniger Zweitstimmen erhielt als in den südlich gelegenen Bundeswahlkreisen des Landes. Absolut hat sie in 13 Wahlkreisen, anteilmäßig in 14 Wahlkreisen gegenüber 1953 zugenommen; beachtenswert war ihr Zuwachs in den Wahlkreisen Kiel, Pinneberg, Rendsburg und Stormarn.

Die SPD ist in Schleswig-Holstein die zweitstärkste Partei, da jedoch ihr Stimmenanteil bei den Erststimmen stets unter dem der CDU lag, hat sie in keinem der Bundeswahlkreise einen direkt gewählten Abgeordneten stellen können. Die 7 ihr zugesprochenen Bundestagsitze erhielt sie über die Landesliste.

Der GB/BHE hat im Gegensatz zur CDU und SPD rd. 11 000 mehr Zweitstimmen erhalten als Erststimmen. Dennoch war die Abnahme gegenüber der 2. Bundestagswahl mit 48 000 Zweitstimmen = 30% erheblich; ihr Anteil an den gültigen Zweitstimmen sank von 11,6% auf 8,3%. Der GB/BHE findet aber in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, verglichen mit den anderen Bundesländern, die relativ größte Resonanz. Ihren höchsten Anteil an Zweitstimmen hatte diese Partei im Wahlkreis 8 - Oldenburg-Eutin/Süd mit 13,5% aller abgegebenen gültigen Zweitstimmen, gefolgt von den Wahlkreisen 14 - Hzgt. Lauenburg und 7 - Plön-Eutin/Nord mit je 10% Stimmenanteil. Relativ am schwächsten war sie mit 3% (gegenüber 3,2% zur 2. Bundestagswahl) im Wahlkreis 6 - Kiel und mit 6,8% im Wahlkreis 1 - Husum-Südtondern-Eiderstedt vertreten. Absolut wie auch prozentual büßte der GB/BHE in allen 14 Wahlkreisen an Stimmen ein. Die größten Verluste ergaben sich in den Wahlkreisen Flensburg und Schleswig-Eckernförde.

Auch die FDP konnte mehr Zweit- (73 600) als Erststimmen (67 100) auf sich vereinigen. Ihr Anteil an den gültigen Zweitstimmen betrug in Schleswig-Holstein 5,6% gegenüber 5,0% bei den Erststimmen. Gegenüber der Bundestagswahl

1953 hat sie absolut wie auch relativ ihren Stimmenanteil von 4,5 auf 5,6% bzw. um 12 000 erhöhen können. Absoluten Stimmenzuwachs hatte sie in 13 Wahlkreisen, darunter den größten im Wahlkreis 9 - Lübeck. Anteilmäßig konnte sie sich in 13 Wahlkreisen verbessern, ihren einzigen Stimmenverlust erlitt sie im Wahlkreis 11 - Steinburg.

Bei der DP ist der Stimmenanteil an den Zweitstimmen ebenfalls höher als an den Erststimmen. Allerdings hat sie gegenüber der Bundestagswahl 1953 rd. 5 000 Wählerstimmen eingebüßt; ihr Anteil sank von 4,0 auf 3,8% der abgegebenen gültigen Zweitstimmen.

Die Zahl der für die DRP abgegebenen Zweitstimmen ging von 12 800 auf rd. 9 000 Stimmen zurück; ihr Anteil ist mit 0,7% - gegenüber 0,9% bei der Bundestagswahl 1953 - verhältnismäßig gering.

Der Wähler scheint in stärkerem Maße als bei der Bundestagswahl 1953 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht zu haben, seine beiden Stimmen zwei verschiedenen Parteien zu geben. Bemerkenswert ist, daß im Landesergebnis für die kleineren Parteien (GB/BHE, FDP, DP, BdD und DRP) im Unterschied zu der CDU und SPD mehr Zweitstimmen als Erststimmen abgegeben wurden. Eine Ausnahme davon macht neben den beiden größten Parteien der SSW, bei dem die Erststimmen überwiegen. Die Unterschiede zwischen den Erst- und den Zweitstimmen liegen im Landesergebnis wie folgt:

Tab. 4 Die Wählerfluktuation

Partei	Es wurden im Landesergebnis abgegeben			Grösster Unterschied zwischen beiden Stimmen im Wahlkreis ...	Unterschied der Erststimmen des betr. Wahlkreises in %
	Mehr (+) bzw. weniger (-) Zweit- als Erststimmen				
	absolut	in % der Erststimmen	und zwar in ... Wahlkreisen		
CDU	- 39 052	- 5,8	14	2	- 11,2
SPD	- 7 966	- 1,9	13	6	- 2,7
SSW	- 1 201	- 3,6	x	x	x
SSW ¹	- 1 630	- 4,9	1	2	- 8,6
GB/BHE	+ 10 999	+ 11,2	14	2	+ 51,6
FDP	+ 6 492	+ 9,7	14	6	+ 18,4
DP	+ 6 799	+ 16,0	13	12	+ 24,6
DRP	+ 840	+ 10,3	13	6	+ 16,1

1) nur berechnet auf die 6 Wahlkreise, in denen unmittelbare Bewerber aufgestellt wurden

Zur Vervollständigung der obigen Übersicht seien noch die Ergebnisse des BdD wiedergegeben. Der Unterschied zwischen den Stimmenabgaben beträgt 775 Stimmen, das sind 44,2%, und zwar mehr Zweitstimmen als Erststimmen. Berücksichtigt man aber nur die 7 Wahlkreise, in denen für den BdD Erststimmen abgegeben werden konnten, so beträgt dieser Unterschied 7,5%.

Die relativ geringste Fluktuation von Wählern ist bei der SPD festzustellen. Rein rechnerisch

weist der Wahlkreis 2 - Flensburg von allen Wahlkreisen die größten Unterschiede zwischen den Erst- und Zweitstimmen auf, d. h. also, daß in diesem Wahlkreis die Wähler in stärkerem Maße als in den übrigen Wahlkreisen von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, ihre Zweitstimme einer anderen Partei zu geben als ihre Erststimme. Allerdings läßt sich an Hand der Wahlkreisergebnisse bzw. des Landesergebnisses nicht genau feststellen, wie groß die Fluktuation der Erst- und Zweitstimmen zwischen den Parteien ist, da sich bei zusammengefaßten Ergebnissen, wie es z. B. das eines Wahlkreises ist, gegenläufige Fluktuationen mehr oder weniger ausgleichen. Der tatsächliche Umfang der Fluktuation läßt sich besser übersehen, wenn die Ergebnisse der Gemeinden bzw. Wahlbezirke vorliegen, welche nach Geschlecht und Altersgruppe getrennt wählten, da bei der Aufbereitung der einzelnen Stimmzettel festgestellt werden kann, ob und in welchem Ausmaß der einzelne Wähler seine beiden Stimmen einer oder zwei Parteien gegeben hat.

Die Ergebnisse der Briefwahl

Von einigem Interesse dürften auch die Briefwahlergebnisse im Vergleich zu den Ergebnissen der persönlichen Ausübung der Wahl sein. Das Bundeswahlgesetz sah für 1957 erstmalig diese Form der Stimmenabgabe vor, von der in erheblichem Umfang Gebrauch gemacht wurde. Insgesamt wurden rd. 65 700 Briefwähler gezählt.

Tab. 5 Anteil der Parteien an den gültigen Zweitstimmen

Partei	Briefwahl	Persönliche Wahl	Insgesamt
CDU	57,5	47,6	48,1
SPD	21,0	31,3	30,8
GB/BHE	7,0	8,4	8,3
FDP	7,8	5,5	5,6
DP	3,9	3,8	3,8
BdD	0,2	0,2	0,2
DRP	0,7	0,7	0,7
SSW	1,9	2,5	2,5

Eindeutig haben die Briefwähler relativ mehr als die übrigen Wähler die CDU, FDP und DP bevorzugt, während die Anteile der SPD und des GB/BHE unter den entsprechenden Durchschnitts des Landesergebnisses lagen.

Die Sitzverteilung

Insgesamt wurden in Schleswig-Holstein 1,3 Mio gültige Zweitstimmen zur 3. Bundestagswahl abgegeben. Die Bedeutung der Zweitstimmen für die Verteilung der Sitze ist größer als die der Erststimmen, da sich - bis auf die sogenannten Überhangsmandate - die tatsächliche Sitzverteilung auf die Parteien nach ihren Anteilen an den Zweitstimmen bestimmt. Da der GB/BHE im Bundesgebiet nur 4,6% der gültigen

Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte und andererseits keines der nach dem Bundeswahlgesetz erforderlichen drei Direktmandate in den 247 Wahlkreisen des Bundesgebietes erhielt, nahm der GB/BHE, obwohl sein Anteil an den gültigen Stimmen in Schleswig-Holstein 8,3% betrug, nicht an der Sitzverteilung teil. Die in Schleswig-Holstein stimmenmäßig schwächeren Parteien FDP und DP, die hier 5,6 bzw. 3,8% der gültigen Zweitstimmen erhielten, konnten dagegen in sieben Bundeswahlkreisen direkte Abgeordnete stellen, von denen auf die DP 6 Abgeordnete entfielen. Der Anteil der für die FDP abgegebenen Stimmen lag außerdem mit 7,7% über den für die Sitzverteilung erforderlichen 5%. FDP und DP erhielten auf Grund ihres Stimmenanteils in Schleswig-Holstein je einen Sitz. Der BdD und die DRP konnten ebenfalls die 5%-Klausel des Bundeswahlgesetzes nicht erfüllen und erhielten keinen Sitz. Dasselbe ist bei dem SSW der Fall, der zwar nicht der 5%-Klausel unterworfen war, der aber bei 2,5% Stimmenanteil in Schleswig-Holstein an der Sitzverteilung nicht teilnehmen konnte. Es dürften ihm dazu etwa 20 000 Stimmen gefehlt haben.

Damit nahmen an der Sitzverteilung in Schleswig-Holstein lediglich die CDU, SPD, FDP und DP teil. 153 300 (1953=84 900) Wählerstimmen, das sind 11,7% (1953=6,3%) aller abgegebenen gültigen Zweitstimmen, kamen somit in Schleswig-Holstein nicht zum Zuge, da sie für Parteien abgegeben waren, die keinen Sitz erringen konnten. Zählt man zu diesen Stimmen die ungültigen Stimmen hinzu, so sind 15,9% (1953=9,2%) bzw. 208 500 (1953=124 600) der abgegebenen Stimmen bei der Sitzverteilung unberücksichtigt geblieben. Lediglich drei Viertel (1953=80,5%) aller Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein hatten an der Wahl der 23 Bundestagssitze, die Schleswig-Holstein stellen konnte, Anteil. Dieser starke Stimmenausfall bei der 3. Bundestagswahl zusammen mit der etwas geringeren Zahl an Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein und der gestiegenen Zahl an Wahlberechtigten im Bundesgebiet hat dazu geführt, daß Schleswig-Holstein nach dem Ergebnis der Zweitstimmen insgesamt nur 20 Bundestagssitze (1953: 24) zugesprochen worden sind. Diese erhöhten sich allerdings dadurch auf 23 Sitze (1953: 26), daß infolge der direkten Wahl von 14 CDU-Bewerbern 3 Überhangsmandate zusätzlich in Schleswig-Holstein verteilt wurden. Die restlichen 9 Sitze ergaben sich aus der Landesliste, und zwar erhielten die SPD 7, die FDP und DP je einen Sitz.

Vergleiche auch: "Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jahrgang, Heft 2, Februar 1954, Seite 47 ff. und "Die Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 9. Jahrgang N.F., Heft 10, Oktober 1957, Seite 459 ff.

Dipl.-Volksw. J. Sachse

Die Verkaufserlöse der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft betragen im Wirtschaftsjahr 1955/56 1,3 Mrd. DM; davon entfielen mehr als 76 % auf Erlöse aus dem Verkauf tierischer Erzeugnisse. Das Schlachtvieh allein stellte fast 42 % der Gesamtverkaufserlöse. — Ende 1956 kamen in Schleswig-Holstein auf je 100 Einwohner 47 Rinder und 53 Schweine, im Bund dagegen nur 23 Rinder und 28 Schweine. Da den im Lande vorhandenen Viehbeständen eine im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet verhältnismäßig geringe Einwohnerzahl gegenübersteht, leistet Schleswig-Holstein einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung in anderen Bundesländern mit Fleisch. Im Wirtschaftsjahr 1956/57 wurden von einer verfügbaren Fleischmenge von 311 500 t (207 100 t Eigenerzeugung, 95 200 t aus Importen und 9 200 t aus dem übergeordneten Empfang) 199 000 t (64 %) in andere Bundesländer und das Ausland versandt und nur 112 500 t in Schleswig-Holstein verbraucht. Die Hauptempfänger der versandten Fleischmenge waren Hamburg (39 %), Nordrhein-Westfalen (21 %) und Berlin (16 %). — Die auf dem Hamburger Schlachtviehmarkt im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1952/53 bis 1956/57 erzielten Preise für Rinder entsprechen etwa dem Bundesdurchschnitt (84 DM je 50 kg), während die Schweinepreise mit 120 DM je 50 kg um etwa 5 DM unter dem Bundesdurchschnitt bleiben. Die Erzeugerpreise in Schleswig-Holstein liegen wieder um etwa 7 DM je 50 kg unter dem Hamburger Marktpreis. — Von den Schlachtviehmärkten innerhalb Schleswig-Holsteins hat der nur während der Weideabtriebszeit abgehaltene Husumer Rindermarkt wegen seines hohen Auftriebs an Qualitätsvieh auch überregionale Bedeutung. Im Durchschnitt der Jahre 1954 — 1956 betrug der Gesamtauftrieb am Husumer Markt 32 650 Tiere, davon waren rund 45 % Ochsen sowie je 26 % Kühe und Färsen. — Der Wandel der Verbraucherwünsche (Abneigung gegen zu hohen Fettanteil, erhöhte Nachfrage nach zartem jungem Fleisch) hat zu einer Änderung in der Zusammensetzung der Handelsklassen geführt. Bei den Rindern ist der Anteil der A-Klasse in fast allen Gattungen angestiegen. Bei den Schweinen sind die Auftriebe an schweren Schweinen der a- und b-Klasse zurückgegangen, während die der leichteren Gewichtsklassen gestiegen sind. — Knapp 10 % der im Lande verfügbaren Fleischmenge wird von der schleswig-holsteinischen Fleischwarenindustrie verarbeitet. An der Gesamtproduktion von Fleischwaren und Konserven im Bundesgebiet war sie 1956 ebenfalls mit 10 % beteiligt. Gegenüber 1952 ist die Produktion der Fleischwarenindustrie in Schleswig-Holstein um 41 %, im Bundesgebiet um 83 % gestiegen.

Die Vieh- und Fleischwirtschaft Schleswig-Holsteins

— Von Dr. Dansmann und Dr. Brackmann, Min. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kiel —

1. Eigenerzeugung im Land und Bund

Für das Wirtschaftsjahr 1955/56 wurden die Verkaufserlöse der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft mit rd. 1,3 Milliarden DM errechnet. Von der Gesamtsumme entfielen mehr als 76% auf Erlöse aus dem Verkauf tierischer Erzeugnisse, wie Schlachtvieh, Nutztvieh, Milch, Eier und Wolle. Das Schlachtvieh allein stellte fast 42% der Gesamtverkaufserlöse. Mit diesen wenigen Zahlen ist die Bedeutung umrissen, die der Vieh- und Fleischwirtschaft innerhalb Schleswig-Holsteins zukommt.

Da aber nur ein Teil der Eigenerzeugung im Lande verbraucht wird, und wesentliche Mengen, vermehrt durch die über die Seegrenzschlachthöfe hereinkommenden Importe, in anderen Gebieten der Bundesrepublik abgesetzt werden müssen, ist auch Schleswig-Holsteins Beitrag zur Gesamtversorgung der deutschen Bevölkerung mit Fleisch nicht zu unterschätzen. Die Überschüsse Schleswig-Holsteins an Lebendvieh und Fleisch beruhen weniger auf einer gegenüber den anderen Bundesländern größeren Bestandsdichte an Schlachttieren, bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN), als darauf, daß den in Schleswig-Holstein vorhandenen Viehbeständen eine verhältnismäßig geringe Einwohnerzahl gegenübersteht.

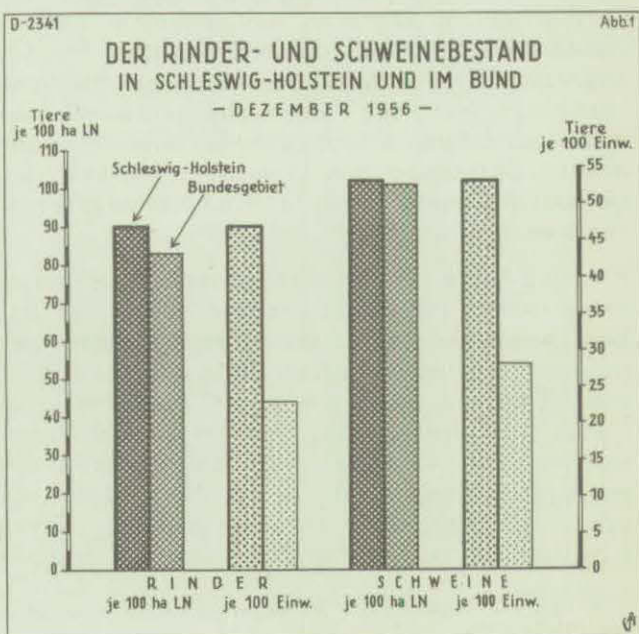
Die Bestandsdichte der Rinder je Flächeneinheit weicht in Schleswig-Holstein nur unwesentlich vom Bundesdurchschnitt ab. Anders liegen die Dinge, wenn man die Rinderzahl mit der Einwohnerzahl vergleicht: entfallen im Durchschnitt des Bundesgebietes auf 100 Einwohner 23 Rinder,

Tab. 1 Der Rinderbestand¹ nach Ländern

	je 100 ha LN	je 100 Einwohner
Schleswig-Holstein	90	47
Niedersachsen	75	34
Nordrhein-Westfalen	75	10
Rheinland-Pfalz	70	21
Hessen	78	18
Baden-Württemberg	89	24
Bayern	91	40
Bundesgebiet	83	23

1) nach der Dezemberzählung 1956

so sind es in Schleswig-Holstein 47, d. h. mehr als doppelt soviel. Oder anders dargestellt: während die Bevölkerung Schleswig-Holsteins an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes rd. 4,5%



stellt, macht der Rinderbestand Schleswig-Holsteins am Gesamtrinderbestand des Bundesgebietes 9% aus.

Während sich die Rinderbestände Schleswig-Holsteins jahrzehntelang wenig verändert haben, weist der Umfang der Schweinehaltung erhebliche Verschiebungen auf.

Tab. 2 Der Schweinebestand¹ nach Ländern

	je 100 ha LN			je 100 Einwohner		
	1927	1935	1956	1927	1935	1956
Schleswig-Holstein	132	81	102	101	52	53
Niedersachsen	146 ^a	120 ^a	141	94	70	64
Nordrhein-Westfalen	100	100	129	22	23	18
Hessen	95	80	116	32	30	26
Bayern	52	56	72	31	32	31
Baden-Württemberg	50	58	76	23	25	21
Deutsches Reich, Bundesgebiet	68	80	101	31	35	28

1) nach den Dezemberzählungen 1927, 1935 und 1956

a) nur Hannover und Braunschweig

Die Bestandsdichte an Schweinen, wieder bezogen auf 100 ha LN, entspricht in der Nachkriegszeit dem Bundesdurchschnitt. Je 100 Einwohner werden dagegen in Schleswig-Holstein fast doppelt so viel Schweine wie im Bundesgebiet gehalten. Dem schleswig-holsteinischen Bevölkerungsanteil von 4,5% steht ein Anteil am Schweinebestand des Bundes in Höhe von 8% gegenüber.

Darüber hinaus zeigt die Tabelle beachtliche Verschiebungen in der Bestandsdichte auf, die während der letzten 30 Jahre eingetreten sind.

Im Jahre 1927 waren die Unterschiede in der Bestandsdichte außerordentlich groß. Einem Bestand von 146 Schweinen in Hannover-Braunschweig standen in Süddeutschland nur 50 Tiere je 100 ha LN gegenüber. Diese hohe Differenz von fast 100 Schweinen erklärt sich aus den großen Futtergetreideimporten, die über die norddeutschen Seehäfen hereinkamen. Dieses Auslandsgetreide wurde vornehmlich in den angrenzenden fruchtig gelegenen Räumen verfüttert. Nach den Untersuchungen von Paetzmann¹ sind damals in Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg und Westfalen ca. 85% des Gesamtimportes von ca. 3 Mio t Futtergetreide verbraucht worden.

Bis zum Jahre 1935 ist eine gewisse Nivellierung eingetreten. Im norddeutschen Raum ist die Bestandsdichte im allgemeinen geringer geworden, in Süddeutschland dagegen hat sie sich von 50 auf rd. 60 Tiere je 100 ha LN erhöht. Dadurch ist die für 1927 festgestellte Differenz von fast 100 Schweinen zwischen höchster und geringster Bestandsdichte im Jahre 1935 auf etwa 70 Schweine zurückgegangen. Diese Nivellierung ist auf die Erhöhung der eigenen

landwirtschaftlichen Bodenproduktion zurückzuführen. Setzt man die Bodenproduktion des Jahres 1927 = 100, so ist sie bis 1935 um 24 Punkte gestiegen, und in entsprechendem Maße konnte auf die Zufuhr ausländischen Futtergetreides verzichtet werden. Dadurch wurde vor allem der gewerblichen Mast im norddeutschen Raum der Boden entzogen, während sich andererseits die Mast auf der Grundlage wirtschaftseigener Futtermittel in den übrigen Gebieten ausdehnte.

Bis zum Jahre 1956 hat sich die Bestandsdichte im norddeutschen Raum nicht nur an die des Jahres 1927 wieder angepaßt, sondern sie hat diese zum Teil sogar erheblich übertroffen; aber auch in Süddeutschland sind die Bestände angewachsen. Einem Bestand von ca. 140 Schweinen je 100 ha LN in Niedersachsen stehen in Süddeutschland ca. 75 Schweine gegenüber.

Die Bestandsvermehrung um ca. 2 Mio Schweine gegenüber der Vorkriegszeit ist den Gebieten in unterschiedlichem Ausmaß zugute gekommen. Zwar ist die landwirtschaftliche Bodenproduktion - wenn man 1935/38 = 100 setzt - inzwischen um weitere 11 Punkte gestiegen, aber diese Zunahme reichte in Anbetracht der erheblich gestiegenen Einwohnerzahl nicht aus, um auf Futtergetreideeinführen verzichten zu können. Die Importe werden heute, wie schon um 1927, vornehmlich in den fruchtig gelegenen norddeutschen Räumen verfüttert. Aber innerhalb Norddeutschlands ist eine gewisse Verlagerung eingetreten.

Die gesamte Mast richtet sich mehr und mehr verbrauchsorientiert aus, d. h. sie verlagert sich nach Südwesten, während die 1927 nördlich der Hafenstädte Bremen und Hamburg stark verbreitete gewerbliche Mast sehr an Bedeutung verloren hat. Der Schwerpunkt der Mast liegt heute im mittleren und südlichen Oldenburg und in den angrenzenden westfälischen und hannoverschen Kreisen. Die günstige Verkehrslage, die niedrigen Frachten und die verhältnismäßig hohen Schweinepreise im angrenzenden Rheinland schaffen für diese Gebiete eine besonders günstige Relation von Futtergetreidepreis zu Schweinepreis und führen zu einer entsprechenden Ausweitung der Mast. Diese dürfte in erster Linie in bäuerlichen Händen liegen, die durch einen gewissen Zukauf von Futtergetreide ihre eigene Futtergrundlage verbreitern. Diese Entwicklung hat sich in Schleswig-Holstein besonders nachteilig ausgewirkt, das mit seiner Bestandsdichte im Gegensatz zu allen anderen Ländern 1956 weit unter dem Stand des Jahres 1927 liegt.

So groß die Unterschiede in der Bestandsdichte der einzelnen Länder erscheinen mögen, sie werden noch übertroffen durch die Unterschiede, die innerhalb des Landes Schleswig-Holstein festzustellen sind.

1) H. Paetzmann, Standortfragen der nordwestdeutschen Schweinehaltung, Berlin 1930

Tab. 3 Der Rinder- und Schweinebestand nach Kreisen¹

Landkreise	Rinder insgesamt	Schweine insgesamt
	je 100 ha LN	
Eckernförde	84	118
Eiderstedt	73	29
Eutin	77	84
Flensburg-Land	101	141
Hzgt. Lauenburg	66	111
Husum	93	71
Norderdithmarschen	106	76
Oldenburg (Holstein)	72	73
Pinneberg	102	131
Plön	82	98
Rendsburg	95	100
Schleswig	105	138
Segeberg	90	108
Steinburg	113	138
Stormarn	80	105
Süderdithmarschen	108	95
Südtondern	82	55
Ø Schleswig-Holstein	90	102

1) nach der Dezemberzählung 1956

Dem Durchschnittsbestand von 90 Rindern je 100 ha LN stehen 66 Rinder im Kreis Lauenburg bzw. 113 im Kreis Steinburg gegenüber. Doch wird die hohe Bestandsdichte des Kreises Steinburg während der Weidezeit durch den Kreis Eiderstedt beträchtlich übertroffen. Am 3. Juni 1956 entfielen hier auf je 100 ha LN 166 Rinder. Im großen und ganzen ist die Bestandsdichte bei den Rindern von dem Grünlandanteil abhängig: ein hoher Grünlandanteil begünstigt die Rinderhaltung, ein geringer hat entsprechende Einschränkungen zur Folge. Daneben dürfte die in den einzelnen Kreisen unterschiedliche Betriebsgröße Einfluß auf den Viehbesatz haben.

Die Bestandsdichte der Schweine beläuft sich in Schleswig-Holstein auf 102 Tiere je 100 ha LN. Sieht man vom Kreis Eiderstedt, der zu rd. 80% als Grünland genutzt wird, ab, so schwankt die Bestandsdichte zwischen 55 Schweinen im Kreis Südtondern und 141 Schweinen im Kreis Flensburg-Land. Bemerkenswert ist, daß die Schweinehaltung, die sich in den zwanziger Jahren um den Hamburger Raum konzentrierte, heute auch in den nordöstlichen Kreisen starken Rückhalt hat. Verschiedene in diesem Gebiet arbeitende leistungsfähige Fleischwarenfabriken dürften hier die Schweinehaltung begünstigt haben. Aus den im Lande Schleswig-Holstein vorhandenen Viehbeständen fielen in den letzten Wirtschaftsjahren die in Tabelle 4 wiedergegebenen Fleischmengen an.

Die Fleischleistung des Landes ist demnach stetig gestiegen. Allerdings sind die einzelnen Schlachtvieharten in unterschiedlichem Ausmaß an der Steigerung beteiligt. Die Erzeugung an Rindfleisch bewegt sich verhältnismäßig konstant und beträgt jährlich ca. 60 000 t. Die höhere Leistung des Wirtschaftsjahres 1953/54 beruht auf dem außerordentlich guten Futterertrag des Jahres 1953, in dem die Klee-

Tab. 4 Die Fleisch-Eigenerzeugung des Landes Schleswig-Holstein¹

Tierarten	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57
	in t Fleisch				
Rinder	54 333	64 053	60 285	58 034	59 422
Kälber	7 255	6 647	6 916	5 642	5 715
Schweine					
gewerblich geschlachtet	90 722	88 068	94 992	102 755	113 349
Hausschlachtungen	26 017	22 452	20 999	19 390	16 519
Schafe	2 309	2 530	2 650	2 164	2 123
Pferde	2 950	2 880	2 618	1 892	1 568
Geflügel, Wild, Kaninchen	7 400	7 800	8 000	8 323	8 400
Fleischerzeugung insg.	190 986	194 430	196 461	198 200	207 096

1) einschl. Innereien ohne Fett

Wiesen- und Weidenenerträge einen seitdem nicht wieder festgestellten Höchststand erreichten. - Die Erzeugung an Kalbfleisch weist in den letzten Jahren sinkende Tendenz auf. Statt dessen dürften sich zahlreiche Erzeuger auf Jungrindermast umgestellt haben.

Da die Fleischleistung aus Schafen und Schlachtpferden weniger ins Gewicht fällt - letztere ist übrigens mit dem steigenden Wohlstand der Bevölkerung merklich zurückgegangen - entfiel die Erhöhung der Fleischleistung ausschließlich auf die Schweine. Diese dienten der Veredelung der reichlich im Lande erzeugten und angebotenen Futtergetreide- und Kartoffelmengen, die unveredelt zu verwerten infolge der Frachtempfindlichkeit dieser Bodenerzeugnisse nicht möglich gewesen wäre. Von 1952/53 bis 1956/57 konnte die Fleischleistung des Landes um mehr als 8% gesteigert werden. Sie machte in allen Jahren entsprechend dem Anteil der schleswig-holsteinischen Viehbestände 9% der Fleisch-erzeugung im Bundesgebiet aus.

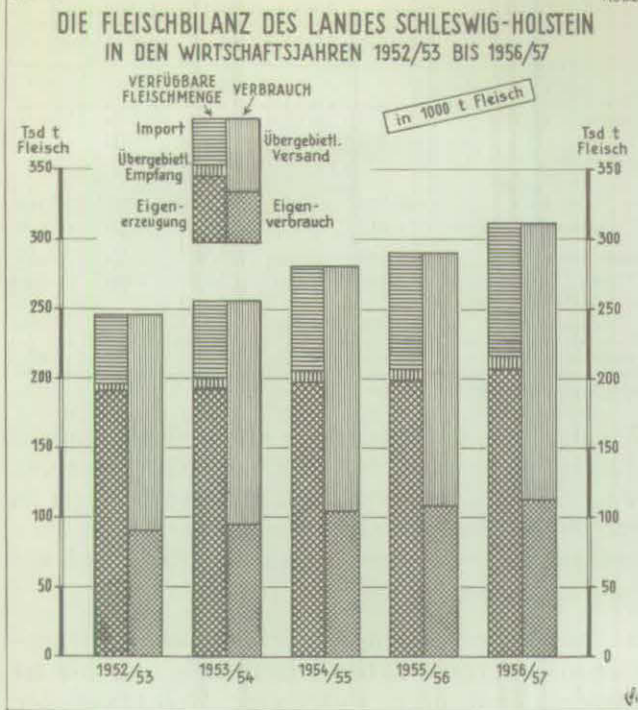
2. Die Fleischbilanz Schleswig-Holsteins

Bei der Erstellung der Fleischbilanz sind neben der Eigenerzeugung auch die Importe und übergebietlichen Lieferungen nach Schleswig-Holstein aus anderen Ländern des Bundesgebietes zu berücksichtigen, ferner diejenigen Mengen, die aus Schleswig-Holstein wieder versandt werden. Der verbleibende Rest dient der Ernährung der Bevölkerung im Lande.

Es ist also nicht nur die Fleischleistung des Landes von Jahr zu Jahr gesteigert worden, sondern auch die nach Schleswig-Holstein her-

Tab. 5 Fleischbilanz

	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57
	in 1 000 t Fleisch				
Landesfleischleistung	191,0	193,0	196,9	198,3	207,1
Übergebietl. Empfang	5,3	7,0	8,2	8,2	9,2
Import	49,4	55,6	75,1	84,2	95,2
Verfügbare Fleischmenge	245,7	255,6	280,2	290,7	311,5
Übergebietl. Versand	155,6	160,7	176,4	183,0	199,0
Fleischverbrauch im Lande	90,1	94,9	103,8	107,7	112,5



einkommenden Mengen haben sich ständig erhöht. Bei dem übergebiethlichen Empfang handelt es sich vor allem um Lieferungen aus Hamburg, die zum größten Teil aus Schleswig-Holstein stammend in Hamburg vermarktet wurden und die dann in die schleswig-holsteinischen Randgebiete zurückflossen.

Bei den Importen handelt es sich im wesentlichen um die Einfuhr von dänischen Rindern, die über die Seegrenzschlachthöfe importiert werden, ferner zeitweise um polnische und schwedische Schweine- und Schweinefleischlieferungen. Der Anteil der über Schleswig-Holstein hereinkommenden Importe am Gesamtimport der Bundesrepublik an Vieh und Fleisch betrug:

1952/53 = 50 %
1953/54 = 36 %
1954/55 = 35 %
1955/56 = 35 %
1956/57 = 31 %

Die im Lande verfügbare Fleischmenge hat sich von 1952/53 bis 1956/57 von rd. 246 000 t auf rd. 312 000 t, d. h. um 66 000 t erhöht. Setzt man die insgesamt verfügbare Menge = 100, so zeigt sich, daß der Versandanteil in den einzelnen Wirtschaftsjahren außerordentlich konstant geblieben ist. Er betrug:

1952/53 = 63 %
1953/54 = 63 %
1954/55 = 63 %
1955/56 = 63 %
1956/57 = 64 %

Wenig mehr als ein Drittel der verfügbaren Fleischmenge verbleibt also im Lande, während fast zwei Drittel in andere Verbrauchsgebiete versandt werden. Schaltet man einmal den übergebiethlichen Empfang und den Import aus, so muß fast die Hälfte der Fleischerzeugung

Der Versand von Vieh¹ und Fleisch aus Schleswig-Holstein
Tab. 6 – Empfangsanteile der Länder –

	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57
	in %				
Hamburg	33	32	35	37	39
Nordrhein-Westfalen	26	23	22	21	21
Berlin	22	24	20	19	16
Bayern	4	7	4	4	6
Hessen	5	5	5	5	4
Baden-Württemberg	4	4	5	5	5
Rheinland-Pfalz	3	3	4	4	4
Niedersachsen	1	1	1	2	2
Bremen	0	0	0	0	0
Export	2	1	1	1	1
Sowjetisch besetzte Zone	-	-	1	0	0
Einf.- u. Vorratsstelle	-	-	2	2	2
Zusammen	100	100	100	100	100

1) Lebendvieh umgerechnet in Fleisch

des Landes außerhalb Schleswig-Holsteins abgesetzt werden. Der Fleischverbrauch je Einwohner innerhalb Schleswig-Holsteins entspricht dem des Bundesdurchschnitts.

Tabelle 6 zeigt wie sich die aus Schleswig-Holstein versandte Fleischmenge auf die einzelnen Länder verteilt.

Nur etwa ein Drittel des Gesamtversandes kann über den nahe gelegenen frachtgünstigen Hamburger Markt abgesetzt werden, während fast zwei Drittel, d. s. mehr als 120 000 t an Plätze transportiert werden müssen, die einige 100 km von Schleswig-Holstein entfernt liegen. Die marktferne Lage Schleswig-Holsteins ist nicht ohne Einfluß auf die Preise geblieben.

3. Preisentwicklung

In Tabelle 7 sind die Preise der wichtigsten Schlachtvieharten und Handelsklassen für das Bundesgebiet und den für Schleswig-Holstein entscheidenden Hamburger Markt einander gegenübergestellt.

Es mag zunächst überraschen, daß die in Hamburg festgestellten Preise für Ochsen Kl. A und Kühe Kl. B um etwa 1,00 DM/50 kg über den für das Bundesgebiet errechneten Durchschnittspreisen liegen und daß der Hamburger Durchschnittspreis für Rinder aller Klassen unter dem Bundesdurchschnittspreis bleibt. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß die schleswig-holsteinische Erzeugung an Schlachtrindern - mit Ausnahme der Weideabtriebszeit - nur eben ausreicht, um den Bedarf des Landes sowie den der Hansestadt Hamburg zu decken. Erst wenn während der Weideabtriebszeit das Angebot diesen Bedarf übersteigt, wird die preisbestimmende Wirkung des Hamburger Platzes überdeckt durch die in den entfernteren Verbrauchsgebieten bestehenden Absatzmöglichkeiten und die sich dort bildenden Preise. Das hat zur Folge, daß der Hamburger Preis während der Weideabtriebszeit um 3,00 bis 4,00 DM/50 kg unter den Bundesdurchschnitt

Tab. 7

Durchschnittliche Rinder- und Schweinepreise

Wirtschaftsjahr	Ochsen Kl. A		Kühe Kl. B		Rinder insges.		Schweine Kl. c	
	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg
	in DM je 50 kg							
1952/53	92,0	91,6	67,5	67,5	75,0	77,7	119,0	113,5
1953/54	91,5	94,6	69,5	71,0	78,5	79,4	134,0	129,0
1954/55	100,0	100,7	75,5	75,5	84,5	82,0	120,5	116,0
1955/56	106,0	107,8	81,5	83,1	92,0	90,0	124,0	120,5
1956/57	107,5	109,6	81,0	82,7	91,5	89,2	127,0	122,1
Ø 1952/53 - 1956/57	99,4	100,9	75,0	76,0	84,3	83,7	124,9	120,2

sinkt. Sobald mit dem Auslaufen des Angebotsstoßes der Preisdruck überwunden ist, gehen die Preise in Hamburg wieder herauf und pendeln sich im Jahresmittel etwa auf der Höhe des für das Bundesgebiet festgestellten Durchschnittspreises aus. Da in der Weideabtriebszeit fast 40% der gesamten in Schleswig-Holstein während eines Jahres anfallenden Schlachtrinder an den Markt kommen, ist der aus naturbedingten Gründen verursachte Ertragsausfall für die hiesige Landwirtschaft größer als aus den Zahlen zunächst geschlossen werden kann².

Bei den Schweinen, deren Angebot sich gleichmäßiger auf das ganze Jahr verteilt, kommen die Preisunterschiede deutlicher zum Ausdruck. Im 5jährigen Mittel liegt der Hamburger Preis um etwa 5,00 DM/50 kg unter dem Bundesdurchschnitt. In dieser Differenz kommt das Preisgefälle zum Ausdruck, das auf den west- und süddeutschen Märkten gegenüber Hamburg besteht. Wenn die Preisdifferenz bei Rindern in der Weideabtriebszeit auf 3,00 bis 4,00 DM beschränkt bleibt, so deshalb, weil über Entlastungskäufe der Einfuhr- und Vorratsstelle größere Preiseinbrüche vermieden werden.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß die Erzeugerpreise innerhalb Schleswig-Holsteins wieder um ca. 7,00 DM/50 kg unter dem Hamburger Marktpreis liegen.

Zu der Preisentwicklung bei Rindern und Schweinen in den letzten 5 Wirtschaftsjahren ist im einzelnen noch folgendes zu bemerken:

Die Rinderpreise (Durchschnitt aller Klassen) sind bis zum Wirtschaftsjahr 1955/56 stetig gestiegen. Im folgenden Wirtschaftsjahr 1956/57 wurde diese Tendenz durch stark erhöhte Gefrierfleischieinfuhren unterbrochen, und seit dem Herbst 1956 sanken die Preise in allen Klassen unter den Stand der entsprechenden Vorjahresmonate.

Die Preise für Schweine der Klasse c lagen mit

127 DM/50 kg im Jahresdurchschnitt 1956/57 um 3,00 DM über dem Vorjahre. In den letzten drei Monaten dieses Wirtschaftsjahres (April bis Juni 1957) unterschritten sie die Preise des Frühjahres 1956, blieben aber noch erheblich über den sehr niedrigen Preisen des Frühjahres 1955.

4. Die Schlachtviehmärkte

Es erübrigt sich an dieser Stelle, auf den preisbildenden Hamburger Schlachtviehmarkt näher einzugehen, da hierüber eingehende Veröffentlichungen vorliegen³. Innerhalb Schleswig-Holsteins bestehen drei größere Märkte, nämlich Husum, Kiel und Lübeck. Kiel und Lübeck haben nur örtliche Bedeutung, während der Husumer Rindermarkt, der zwar nur während der Weideabtriebszeit abgehalten wird, infolge seiner hohen Auftriebe an Qualitätsvieh im wesentlichen der Versorgung von Gebieten außerhalb des Landes dient.

Der Husumer Markt

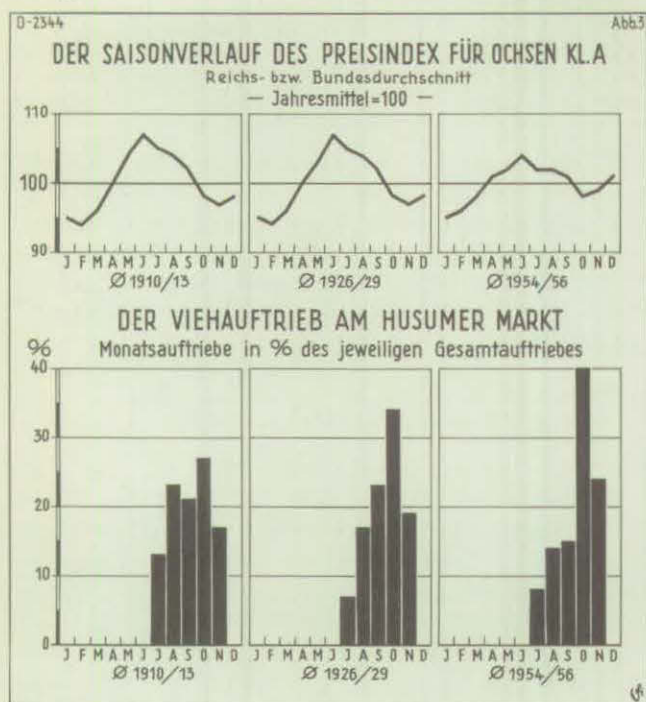
Seit den zwanziger Jahren steht der Husumer Markt unter einem zeitlich sich immer mehr zusammendrängenden Angebotsdruck. Demgegenüber verteilten sich die Auftriebe in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg gleichmäßiger über einen längeren Zeitraum⁴. Noch in den Jahren 1910/13 war es für den Gräser offensichtlich vorteilhaft, die in den Monaten Juli bis September über dem Jahresmittel liegenden Preise auszunutzen, während er es in den zwanziger Jahren vorzog, die sich aus einer längeren Ausmast ergebenden Gewichtszunahmen abzuwarten, wobei die dann eintretenden Preisabschwächungen in Kauf genommen wurden. Dadurch ist das Angebot in den zwanziger Jahren weitgehend im Oktober zusammengedrängt worden, eine Tendenz, die sich in den letzten Jahren noch verstärkt hat. Der Grund für die verstärkte Zusammendrängung des Angebotes dürfte u. a. darin zu suchen sein, daß die saisonalen Preisausschläge durch das Eingreifen der Einfuhr- und Vorratsstelle gemildert worden sind, so daß der Anreiz, die Tiere entweder früher abzugeben oder aber über eine

2) Bei der Errechnung von Schlachtviehpreisen wird im allgemeinen in der Weise verfahren, dass für den einzelnen Marktort oder Markttag gewogene Durchschnittspreise festgestellt werden. Der Durchschnitt für einen längeren Zeitraum oder für mehrere Märkte wird dann aus dem arithmetischen Mittel gebildet. Für das Bundesgebiet in seiner Gesamtheit ist das arithmetische Mittel ausreichend, da auftretende Fehlerquellen über die Vielzahl der Unterlagen ausgeschaltet werden. Für Schleswig-Holstein ist ein solches Verfahren unbefriedigend, weil es nicht der im Herbst auftretenden Angebotsspitze Rechnung trägt. Es wurden daher für die schleswig-holsteinischen Märkte in dieser Arbeit nur aus dem gewogenen arithmetischen Mittel gewonnene Zahlen aufgenommen.

3) Statistisches Landesamt Hamburg, Hamburg in Zahlen, 1953, Heft 16; 1956, Heft 11

4) K. Langenheim, Das Absatzproblem in der Fettwirtschaft der schleswig-holsteinischen Marschen, Berlin 1930

anschließende Stallmast länger zu halten und dadurch das Angebot zu verteilen, weitgehend entfallen ist. Das nachfolgende Schaubild dürfte die dargestellten Zusammenhänge eindrucksvoll belegen.



Im Durchschnitt der Jahre 1954-1956 betrug der jährliche Gesamtauftrieb am Husumer Markt 32 650 Tiere. Die jährlichen Abweichungen von dieser mittleren Zahl sind gering (bis zu 250 Rinder). Vom Gesamtauftrieb hat die Einfuhr- und Vorratsstelle im Durchschnitt 8 350 Stück oder 26% gekauft. Diese Aufkäufe wurden vornehmlich dann getätigt, wenn die Auftriebe über 2 000 Stück hinausgingen. Das ist alljährlich in der Regel an 6-7 Markttagen der Fall, auf die etwa 80% der Käufe der Einfuhr- und Vorratsstelle entfallen.

Die Zusammensetzung der Auftriebe am Husumer Markt ist in den letzten Jahren recht konstant geblieben:

etwa 45%	entfallen auf Ochsen
3%	" Bullen
26%	" Kühe
26%	" Färsen.

Der hohe Ochsenanteil erklärt sich daraus, daß zwar in der Nachzucht etwa je zur Hälfte männliche und weibliche Kälber anfallen, daß aber von den weiblichen Tieren ein erheblicher Anteil als Ersatz für die ausscheidenden Kühe benötigt wird. Somit ist bereits die Zusammensetzung des Angebotes an Magervieh aus biologischen und betriebswirtschaftlichen Gründen weitgehend vorgeschrieben. Zum anderen bevorzugen viele Gräser auf den offenen Weiden den ruhigen Ochsen, dessen Fleisch auch der Einfuhr- und Vorratsstelle für die Einlagerung und den späteren Absatz besonders willkommen ist.

Die am Husumer Markt erzielten Preise liegen um etwa 2,00 DM/50 kg unter den Hamburger Marktpreisen bzw. um 5,00 bis 6,00 DM unter den Preisen der west- und süddeutschen Märkte. Wie bereits ausgeführt, wird das Ausmaß des Preisgefälles durch die Tätigkeit der Einfuhr- und Vorratsstelle bestimmt.

Der Kieler und Lübecker Markt

Gegenüber den Auftrieben, die Schleswig-Holstein am Hamburger Markt stellt (jährlich ca. 70 000 Rinder und 400 000 Schweine, d. s. etwa drei Viertel des Hamburger Gesamtauftriebes an Inlandtieren) sowie gemessen an der Auftriebszahl am Husumer Markt, treten die Plätze Kiel und Lübeck an Bedeutung zurück.

An beiden Märkten wurden im Wirtschaftsjahr 1956/57 folgende Mengen aufgetrieben:

	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Kiel	7 302	3 327	60 330	399
Lübeck	3 577	2 183	42 112	476

Die Rinderauftriebe setzen sich wie folgt zusammen:

	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen
- in % -				
Kiel	1	27	51	21
Lübeck	1	16	62	21
demgegenüber				
Hamburg 1952	12	12	52	24
1956	11	17	51	22
Bundesdurchschnitt ⁵ 1952	14	17	52	18
1956	8	22	50	19

Der Ochsenanteil, der vor dem ersten Weltkrieg am Hamburger Markt etwa 45% ausgemacht hatte, ist bereits bis 1952 auf 12% und in den letzten Jahren auf 11% gefallen. Demgegenüber haben sich die Bullenauftriebe nicht unbeträchtlich erhöht, und zwar sowohl im Bundesgebiet als auch in Hamburg von 1952 bis 1956 um 5 Punkte.

Legt man für Kiel und Lübeck im Wirtschaftsjahr 1956/57 einen pro-Kopf-Verbrauch von 44 kg für die Hauptfleischarten Rind-, Kalb- und Schweinefleisch zugrunde, so benötigt die Stadt Kiel jährlich ca. 11 500 t Fleisch und Lübeck ca. 10 000 t. Diese Fleischmenge wird aber bei weitem nicht aus der Schlachtung der Inlandtiere gedeckt, so daß ein erheblicher Teil des Fleischbedarfes über Fleischzufuhren aus dem In- und Ausland zusätzlich herangezogen werden muß. Jährlich dürften etwa 4 000 bis 5 000 t Fleisch - vornehmlich aus Importen - in jeder der beiden Städte neben dem Fleischanfall aus den örtlichen Schlachtungen verkauft werden. Auf diese Tatsache ist es zurückzuführen, daß die Lebendviehmärkte in Kiel und Lübeck eine sehr viel geringere Bedeutung

⁵⁾ Quelle: Panck, Entwicklung der Rinderpreise auf den Grossmärkten, Die Fleischwirtschaft 9/1957

haben als nach dem Fleischbedarf dieser beiden Plätze zu erwarten wäre.

Das ständige Vorhandensein größerer Importfleischmengen läßt an sich die beiden Lebendviehmärkte empfindlich auf Überbeschickungen reagieren. Die Agenturen haben sich aber hierauf eingestellt und sorgen über eine pflegliche Auftriebspolitik für gleichmäßige Preise. Preissprünge, wie sie an größeren Plätzen häufig eintreten, werden auf diese Weise vermieden.

Der Preisabstand gegenüber Hamburg beläuft sich bei Schweinen im Jahresmittel auf etwa 2,00 DM/50 kg. Er ist bei Rindern größer, und zwar aus Qualitätsgründen, die wieder mit der Einfuhr von Rindern aus Dänemark über die Seegrenzschlachthöfe und dem sich hieraus ergebenden Rindfleischangebot zusammenhängen.

5. Die Handelsklassen

Der Wandel der Verbraucherwünsche, insbesondere die erhöhte Nachfrage nach zartem, jungem Fleisch sowie die Abneigung gegen einen zu hohen Fettanteil hat sich in der veränderten Zusammensetzung der Handelsklassen niedergeschlagen. Durch Verjüngung der Bestände und durch die damit verbundene Verbesserung der Qualität ist bei den Rindern der Anteil der A-Klasse bei fast allen Gattungen angestiegen. Es ist allerdings bei Kühen eine beträchtliche Erhöhung des Anteils der B-Klasse eingetreten, die darauf zurückzuführen ist, daß fette Kühe von der A-Klasse herabgestuft werden, was insbesondere bei älteren Tieren der Fall ist.

Tab. 8 Durchschnittlicher Anteil der Handelsklassen für Rinder

	Ochsen		Bullen			Färsen			Kühe				
	Handelsklasse												
	A	B	C u.D	A	B	C u.D	A	B	C u.D	A	B	C	D
in % der jeweiligen Gesamtzahl													
Ø Bund													
1953	60	30	10	58	31	11	57	30	13	18	30	40	12
1956	71	24	5	65	27	8	65	26	9	19	35	38	8
Hamburg													
1952	56	34	10	22	29	49	39	41	20	18	20	49	13
1956	59	30	11	20	42	38	46	36	18	10	35	43	12
Ø Husum, Kiel u. Lübeck													
1956/57	72	22	6	30	65	5	72	22	6	35	38	23	4

Tab. 9 Durchschnittlicher Anteil der Handelsklassen für Schweine

	Handelsklasse					
	a	b1 u. b2	c	d	e und f	g1, g2, i
Ø Bund						
1952	6	29	43	15	4	3
1956	3	19	48	23	4	3
Hamburg						
1952	6	27	39	19	5	4
1956	2	14	50	25	4	5
Ø Kiel u. Lübeck						
1956	3	26	51	14	3	3

Das aus den schleswig-holsteinischen Märkten gebildete gewogene Mittel unterscheidet sich naturgemäß von den Bundes- und Hamburger Zahlen, da die zahlreichen am Husumer Markt aufgetriebenen besten Weidemastrinder den Anteil in den A-Klassen stark begünstigen.

Bei den Schweinen finden die veränderten Verbraucherwünsche ihren Niederschlag in der Änderung der Anteile in den einzelnen Gewichtsklassen. Die Auftriebe an schweren Schweinen, d. h. in der a- und b-Klasse sind zurückgegangen, während die Zahl der leichteren Schweine der c- und d-Klasse gestiegen ist.

Im Jahre 1952 stellten die Handelsklassen c und d im Durchschnitt des Bundesgebietes und in Hamburg knapp 60% des Gesamtauftriebes; in den folgenden vier Jahren erhöhte sich der Anteil dieser beiden Klassen im Bundesgebiet um 13 und in Hamburg sogar um 17 Punkte. In demselben Maße gingen die Anteile der schweren und damit im allgemeinen auch fetteren Schweine zurück. Die wachsende Verbrauchernachfrage nach magerem Fleisch hatte zur Folge, daß die Preise für Schweine der Klasse a, die bisher in einigem Abstand über den c-Preisen notierten, diesen Preisvorteil allmählich einbüßten. Im Jahre 1954 lagen a- und c-Preise im Durchschnitt des Bundesgebietes erstmals auf gleicher Höhe und seitdem werden c-Schweine höher bewertet als die a-Schweine. Im Jahre 1956 belief sich die Höherbewertung der c-Schweine auf rd. 2,00 DM/50 kg, wobei natürlich innerhalb des Kalenderjahres saisonale Unterschiede auftraten. Die leichteren Fleischschweine der c-Klasse werden besonders in der warmen Jahreszeit, d. h. von April bis September, gefragt, während in den übrigen kälteren Monaten eine gewisse Zahl von schweren Schweinen nach wie vor gebraucht und dann auch gut verwertet wird.

Klimatische Bedingungen sind es, die im nördlichen Teil des Bundesgebietes die Abwertung der a-Schweine verzögerten. Die hier kühleren Sommer veranlaßten die Verbraucher zu einer langsameren Umstellung der Verbrauchsgewohnheiten. In Hamburg wurden daher selbst noch im Durchschnitt des Jahres 1956 die a-Schweine etwas besser bezahlt als die der Klasse c. Wie sich aber aus den oben angeführten Anteilen der Handelsklassen ergibt, konnte der geringe Preisvorteil nur über eine sehr vorsichtige Marktbeschickung gehalten werden.

6. Die Fleischwarenindustrie

Die schleswig-holsteinische Fleischwarenindustrie verarbeitet jährlich knapp 10% der im Lande verfügbaren Fleischmenge. An der Gesamtproduktion von Fleischwaren und Fleischkonserven im Bundesgebiet war sie 1956

ebenfalls mit 10% beteiligt. Der schleswig-holsteinische Produktionsanteil lag in der Vorkriegszeit beträchtlich höher, er ist aber auch in den letzten Jahren noch weiter zurückgegangen (1952 betrug der schleswig-holsteinische Produktionsanteil noch 12%). Es ist dies eine Entwicklung, die sich nicht auf Schleswig-Holstein beschränkt hat, sondern allen Überschußländern gemeinsam ist. Die Produktion an Fleischwaren und Fleischkonserven in den Überschußländern (Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) und in den Zuschußländern (übrige Länder) in % der Gesamtproduktion im Bundesgebiet betrug

	1952	1953	1954	1955	1956
Überschussländer	47	45	43	42	40
Zuschussländer	53	55	57	58	60

Die Ursachen für das Zurückbleiben der Produktionsanteile in den Überschußgebieten sind mannigfacher Art. Sie mögen auch für die drei betroffenen Länder nicht einheitlich sein. Soweit es die schleswig-holsteinische Industrie angeht, sind die Gründe für diese Entwicklung folgende:

In der Vorkriegszeit hat Schleswig-Holstein wesentliche Mengen seiner Produktionsüberschüsse in den frachtgünstig gelegenen mitteldeutschen Absatzgebieten unterbringen können. Diese Absatzgebiete sind verloren durch die Zweiteilung Deutschlands. Die verbliebenen westdeutschen Verbrauchsgebiete stellen einen unbefriedigenden Ersatz dar, denn einmal ist die Rohstoffbasis, nämlich die Schweineproduktion, näher an diese Gebiete verlagert worden, wodurch auch die dortige Fleischwarenindustrie mehr und mehr in den Genuß frachtgünstiger Schweineanlieferungen kommt, während der hiesigen Industrie der Vorteil des billigeren Einkaufs mehr und mehr verloren geht. Zum anderen kommen die Importe an billigem Auslandsspeck vornehmlich über die deutschen Westgrenzen herein und stehen dadurch wiederum der Fleischwarenindustrie im Rheinland besonders frachtgünstig zur Verfügung. Zusätzlich haben die verbrauchsorientierten Fleischwarenfabriken von der Übersee-Einfuhr des Gefrierfleisches im Jahre 1956 größeren Vorteil gehabt als die in den Überschußgebieten arbeitenden Industriebetriebe. Darüber hinaus erschwert die große Entfernung von der Produktionsstätte zum Verbrauchsort die häufige Belieferung des Einzelhandels, wie sie von den im Konsumgebiet ansässigen Fabriken laufend vorgenommen werden kann. Auch ist die Herstellung von Frischwurst bzw. deren Versand wegen der großen Entfernungen unmöglich. Schließlich hat die staatliche Interventions-

tätigkeit an den Märkten oft eine Verringerung des Preisgefälles innerhalb der Bundesrepublik zur Folge. Dieser Preisausgleich kommt zwar der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft zugute, er wirkt sich aber nachteilig für die hiesige Fleischwarenindustrie aus.

Die schleswig-holsteinische Fleischwarenindustrie hat vor den sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen Nachteilen nicht kapituliert, aber beträchtliche Umstellungen waren notwendig. Während die hiesigen Fabriken in der Vorkriegszeit vornehmlich Roh- oder Dauerwurst herstellten und das Schwergewicht ihrer Produktion in der Herstellung von Fleisch und Wurstwaren lag, hat in den letzten Jahren die Konservenfabrikation mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Im Jahre 1956 entfielen in Schleswig-Holstein schon mehr als 40% der Produktion auf die Herstellung von Wurst- und Fleisch- sowie Mischkonserven. Auf diese Erzeugnisse entfallen dagegen in Nordrhein-Westfalen wenig mehr als 10% der Gesamtproduktion.

Außerdem hat die Fleischwarenindustrie in Schleswig-Holstein infolge der beengten Absatzmöglichkeiten im Inland seit Jahren verhältnismäßig stark exportieren müssen. Wenn die schleswig-holsteinischen Fabriken einerseits an der Gesamtproduktion der Fleischwarenindustrie im Bundesgebiet mit 10% beteiligt sind, am Export aber einen Anteil von 20% stellen, so deutet das darauf hin, daß es in anderen Gebieten weniger notwendig ist, sich mit dieser wenig gewinnbringenden und mit hohem Risiko belasteten Ausfuhr zu befassen.

Aber auch der Staat ist bemüht, das Seine zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Fleischwarenindustrie beizutragen. Seit September 1954 werden im Rahmen des Zonenrandprogrammes Frachthilfen gewährt, um die Konkurrenzfähigkeit der in diesem Gebiet liegenden Fabriken zu stützen.

Die gemeinsamen Anstrengungen finden ihren Niederschlag in den zwar langsam, aber stetig steigenden Produktionsziffern. Setzt man die schleswig-holsteinische Produktion des Jahres 1952 = 100, so stellte sich die des Jahres 1956 auf 141, wobei zu bedenken ist, daß die Produktion der Fleischwarenindustrie im gesamten Bundesgebiet um 83% zugenommen hat. Die Produktionssteigerung in Schleswig-Holstein war also nur halb so groß wie im gesamten Bundesgebiet.

Vergleiche auch: "Der Vieh- und Fleischmarkt in Schleswig-Holstein" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jahrgang, Heft 4, April 1954, Seite 126 ff.

Dem Soforthilfe- und dem Lastenausgleichfonds sind in der Zeit vom 1. 8. 1949 bis 31. 3. 1957 aus dem Lande Schleswig-Holstein 801,8 Mio DM zugeflossen; davon entfielen 447,8 Mio DM auf die Vermögensabgabe und 271,4 Mio DM auf die Hypothekengewinnabgabe. Rund 78 Mio DM wurden dem Fonds aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt (47 Mio DM abzuführendes Vermögensteuerauskommen und 31 Mio DM aus Zuschüssen und Teuerungszuschlägen des Landes). – An die Geschädigten in Schleswig-Holstein sind von August 1949 bis März 1957 vom Soforthilfe- und Lastenausgleichsfonds insgesamt 1,8 Mrd. DM gezahlt worden. Es sind also rund 1 Mrd. DM mehr in das Land hineingeflossen als an den Soforthilfe- und Ausgleichsfonds abgeführt wurden. Von der Gesamtsumme der Ausgaben wurden 507,8 Mio DM als Kriegsschadenrente, 318,9 Mio DM als Hausratsentschädigung, 493,3 Mio DM zur Wohnungsbauförderung, 200,2 Mio DM als Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft und 103,7 Mio DM als Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe gezahlt. Die bisher geleisteten Zahlungen des Soforthilfe- und des Lastenausgleichsfonds dienten im wesentlichen der Beseitigung dringender sozialer Notstände, der wirtschaftlichen und wohnungsmässigen Eingliederung und der Alterssicherung der Geschädigten. Mit dem am 2. 8. 1957 verkündeten 8. Änderungsgesetz zum Lastenausgleichsgesetz tritt die Erfüllung der Entschädigungsansprüche für Vermögensschäden neben die bisherigen Massnahmen. Gleichzeitig sind für die Geschädigten Verbesserungen geschaffen worden, die im Bund auf insgesamt 11,6 Mrd. DM geschätzt werden. Dieser Betrag muss bis zum Jahre 1979 etwa je zur Hälfte durch Bund und Länder aufgebracht werden.

Die Durchführung der Lastenausgleichsgesetze

- Von Ministerialrat Dr. Werner Wragge, Kiel -

Ursachen für die Lastenausgleichsgesetzgebung

Nach dem verlorenen Kriege gab es in Deutschland Millionen von Menschen, die nur das nackte Leben gerettet hatten und andere, die noch immer über ein beachtliches Vermögen, insbesondere Sachvermögen, verfügten. Dieser Gegensatz, der nach der am 21. 6. 1948 durchgeführten Währungsreform noch größer wurde, zwang dazu, an einen Ausgleich der Vermögenswerte zu denken. Der Grundgedanke hierbei war der, daß die Nichtgeschädigten einen Teil ihres nach der Währungsreform noch vorhandenen Vermögens an die Geschädigten abgeben sollten. Dies sollte in Form von Naturalabgaben, insbesondere Landabgaben, und durch Geldabgaben erfolgen. Da eine unmittelbare Verschiebung der Vermögenswerte der Nichtgeschädigten an die Geschädigten ohne staatliche Kontrolle unmöglich erschien, mußte ein Fonds geschaffen werden, der zur Durchführung dieser Aufgaben dienen sollte.

Es erwies sich jedoch schon bald, daß die Durchführung einer Vermögensentschädigung im Wege der Naturalabgabe unmöglich war. Man mußte sich daher auf Geldabgaben beschränken, die zusätzlich zu den bereits vorhandenen hohen Steuern zu leisten waren. Eine wirtschaftliche Gefährdung der Nichtgeschädigten mußte dabei mit Rücksicht auf die allgemein schwierige volkswirtschaftliche Lage in den Jahren nach der Währungsreform unter allen Umständen vermieden werden. Schätzungen ergaben, daß die Vertreibungs- und Kriegssachschäden bei Zugrundelegung des verlorenen Einheitswertvermögens insgesamt mindestens 50 Milliarden Reichsmark ausmachen würden. Da andererseits die finanziellen Belastungen der Nichtgeschädigten wirtschaftlich tragbar gestaltet werden mußten, kam man auf den Gedanken einer quotalen Entschädigung, bei der die kleinen Vermögensverluste möglichst hoch

und die großen Vermögensverluste verhältnismäßig niedrig entschädigt werden sollten.

Neben dem Problem der Vermögensumschichtung zwischen den Nichtgeschädigten und den Geschädigten standen noch weit dringendere Aufgaben, die für die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten gelöst werden mußten. Es handelte sich um die Beseitigung von akuten Notständen, und um die Notwendigkeit, die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten wohnungsmäßig und wirtschaftlich in das Wirtschaftsleben einzugliedern. Ferner bestand die Frage der Aufwertung von Altsparkonten über das in der Währungsreform festgelegte Maß hinaus. Alle diese Aufgaben faßt man unter dem Begriff "Lastenausgleich" zusammen. Dieser Begriff kann als recht unglücklich gewählt bezeichnet werden, da er bei den Geschädigten unerfüllbare Hoffnungen auf eine baldige Vermögensumschichtung erweckte, an die noch gar nicht zu denken war. Man mußte sich darüber im klaren sein, daß auch ein quotaler Lastenausgleich und im Zusammenhang damit die Beseitigung von Notständen und die Eingliederung der Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten nur im Laufe vieler Jahre und nur mit zusätzlicher Hilfe der öffentlichen Haushalte möglich sein würde.

Leistungen auf Grund des Soforthilfegesetzes

Da man sich über den Umfang eines möglichen quotalen Lastenausgleichs in keiner Weise ein Bild machen konnte, wurde zunächst - noch mit Zustimmung der Militärregierung - im Sommer 1949 das Gesetz zur Milderung des dringenden sozialen Notstandes, das sogenannte Soforthilfegesetz, erlassen, das am 1. 8. 1949 in Kraft trat.

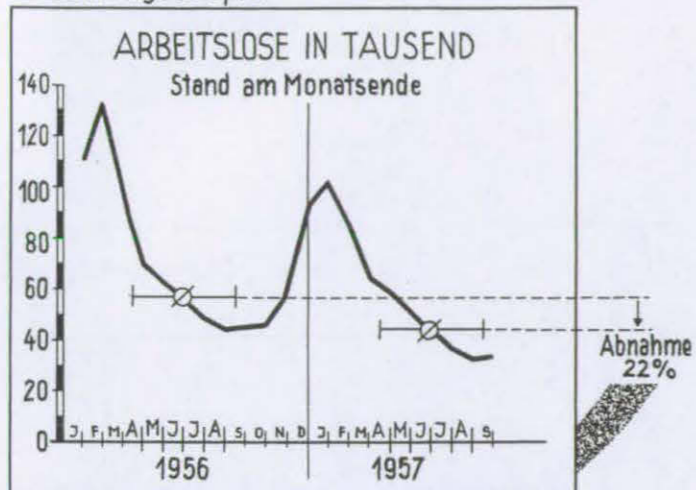
Dieses Gesetz sah die Bildung des Soforthilfe-

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

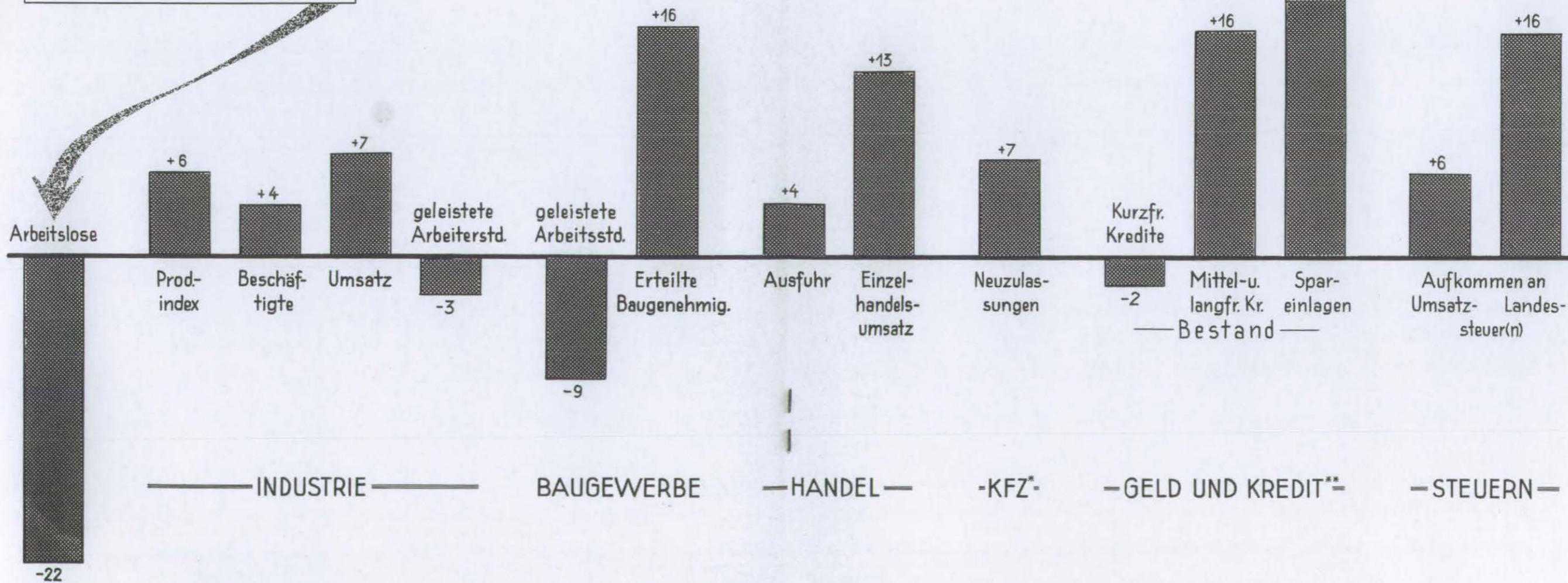
VERÄNDERUNG AUSGEWÄHLTER WIRTSCHAFTSDATEN VON 1956 BIS 1957 IN %

JEWEILS DURCHSCHNITT DER MONATE APRIL BIS AUGUST

Berechnungsbeispiel:



Die entsprechenden Veränderungen von 1956 gegenüber 1955 sind in der Grafik des Monats im Oktoberheft 1957 dargestellt.



fonds vor, der gespeist werden sollte aus

der Soforthilfeabgabe,
der Soforthilfesonderabgabe und
dem Aufkommen aus den Umstellungs-
grundschulden.

Aus diesen Einnahmen des Soforthilfefonds
sollten gewährt werden:

Unterhaltshilfe an Vertriebene, Kriegs-
geschädigte und Sparergeschädigte bei
Erfüllung der Altersvoraussetzung und
bei mehr als 50%iger Erwerbsunfähig-
keit, an Vollwaisen und an alleinstehende
Frauen mit 3 und mehr Kindern,

Hausrathilfen, Ausbildungshilfen, Exi-
stenzaufbaudarlehen, Dauerarbeitsplatz-
kredite, Wohnungsbaumittel, Mittel zur
Heimförderung an Vertriebene und
Kriegsgeschädigte.

Soweit die beschränkten Mittel des Soforthilfe-
fonds, die sich aus den Soforthilfeabgaben und
den Beiträgen der Länder zusammensetzten,
dies zuließen, hat der Soforthilfefonds die drin-
gendsten sozialen Notstände zu beseitigen ver-
sucht.

Das Soforthilfegesetz wurde durch das Lasten-
ausgleichsgesetz am 1.9.1952 abgelöst. An-
nähernd gleichzeitig mit dem Lastenausgleichs-
gesetz traten das Währungsausgleichsgesetz
und das Feststellungsgesetz in Kraft. Im Jahre
1954 erging das Altspargergesetz. Mit dem In-
krafttreten des Lastenausgleichsgesetzes wurde
der Soforthilfefonds auf den Lastenausgleichs-
fonds übergeleitet. Hiermit wurde praktisch die
2. Phase der Lastenausgleichsgesetzgebung ein-
geleitet.

Leistungen auf Grund
der Lastenausgleichsgesetze

Das Ziel der Lastenausgleichsgesetze war
nunmehr ein dreifaches:

Die Fortführung der Beseitigung drin-
gender sozialer Notstände,

die Eingliederung der Geschädigten,

die Zahlung einer quotalen Entschädigung
für die entstandenen Verluste.

Der Zweck der Lastenausgleichsgesetze sollte
in der Weise erreicht werden, daß zunächst
neben der Beseitigung sozialer Notstände Ein-
gliederungsmaßnahmen in Form der Gewährung
von Krediten durchgeführt werden sollten, deren
Rückflüsse zusammen mit den späteren Ein-
nahmen des Ausgleichsfonds für die Hauptent-
schädigung bestimmt waren.

Die Lastenausgleichsgesetze (Lastenausgleichs-
gesetz, Währungsausgleichsgesetz, Altsparger-
gesetz, Feststellungsgesetz) sehen folgendes vor:

Erweiterung und Erhöhung der Unter-
haltshilfe und Hausrathilfe, Fortführung
der Ausbildungshilfe, Gewährung von
Mitteln für den Wohnungsbau und für die
Heimförderung,

Gewährung von Aufbaudarlehen für die
gewerbliche Wirtschaft und die freien
Berufe, für die Landwirtschaft, für den
Wohnungsbau und von Dauerarbeitsplatz-
krediten,

Zahlung einer quotalen Entschädigung
durch den Währungsausgleich für Spar-
guthaben Verriebener und die Aufwer-
tung der Altsparguthaben,

Gewährung einer Entschädigungsrente
unter Anrechnung auf die spätere Haupt-
entschädigung und

die Umwandlung bereits gewährter Kre-
dite in Hauptentschädigungen.

Das Lastenausgleichsgesetz ermöglicht ferner
die Gewährung von Beihilfen zum Lebensunter-
halt und von Aufbaudarlehen an Sowjetzonen-
flüchtlinge und andere Personen, die durch
Schäden, die den im Lastenausgleichsgesetz
berücksichtigten Schäden entsprechen oder
ähnlich sind, in eine Notlage geraten sind.

Schadensfeststellung

Zur Vorbereitung der Hauptentschädigung für
die entstandenen Vermögensverluste (soweit es
sich nicht um Sparguthaben handelte) wurde das
Feststellungsgesetz erlassen. Bei diesem Gesetz
hat der Gesetzgeber praktisch nur ein Rahmen-
gesetz erlassen und es dem Verordnungsgeber
vorbehalten, die erforderlichen Rechtsverord-
nungen herauszugeben. Die Rechtsverordnungen
mußten weitgehend auf den Beweisnotstand der
Geschädigten Rücksicht nehmen. In mühsamer
Kleinarbeit wurde das noch vorhandene Beweis-
material zusammengetragen. Erst, nachdem
annähernd übersehen werden konnte, welche
Beweismittel billigerweise von den Geschädig-
ten für ihre einzelnen Vermögensarten voraus-
sichtlich beigebracht werden könnten, war es
möglich, an den Erlaß der Rechtsverordnungen
heranzugehen. Bisher sind 9 Rechtsverordnungen
zur Schadensfeststellung ergangen. Weitere
Rechtsverordnungen für die Durchführung der
Schadensfeststellung sind in Vorbereitung. Die
Rechtsverordnungen sind außerordentlich
schwierig und stellen an die Verwaltung erheb-
liche Ansprüche. Schwieriger noch als die
Schaffung der Rechtsverordnungen gestaltet sich
die Tatsachenermittlung in den einzelnen Fällen.
Vielfach können brauchbare Ergebnisse nur
durch Einschaltung der Heimatauskunftstellen,
die inzwischen errichtet worden sind, erzielt
werden.

Die Einnahmen des Soforthilfefonds und des Ausgleichsfonds aus dem Lande Schleswig-Holstein

Je mehr sich herausstellte, daß die finanziellen Abgaben der Nichtgeschädigten zur Finanzierung der dringend notwendigen akuten Leistungen des Ausgleichsfonds nicht ausreichten, um so mehr wurden Bund und Länder zu Beiträgen an den Ausgleichsfonds veranlaßt, was auch gesetzlich festgelegt wurde.

Die derzeitigen Einnahmen des Ausgleichsfonds bestehen im wesentlichen aus

- der Hypothekengewinnabgabe,
- der Kreditgewinnabgabe,
- der Vermögensabgabe,
- den Zuschüssen der Länder durch Abführen von bis zu 90% des Vermögensteueraufkommens,

den Zuschüssen von Bund und Ländern zur Unterhaltshilfe, den sonstigen Zuschüssen von Bund und Ländern, den Rückflüssen (Zinsen und Tilgungen) des Ausgleichsfonds für ausgegebene Darlehen.

Die Einnahmen, die der Soforthilfefonds und der Ausgleichsfonds von August 1949 bis zum 31. 3. 1957 aus dem Lande Schleswig-Holstein gezogen haben, ergeben sich aus Tabelle 1.

Aus dem Haushalt des Landes Schleswig Holstein wurden dem Soforthilfefonds und dem Ausgleichsfonds bis 31. 3. 1957 rd. 78 Mio DM zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem abzuführenden Vermögensteueraufkommen in Höhe von rd. 47 Mio DM, sowie aus den Zuschüssen und Teuerungszuschlägen in Höhe von rd. 31 Mio DM (s. Tab. 1).

Tab. 1 Die Einnahmen des Soforthilfe- und des Lastenausgleichsfonds in Schleswig-Holstein 1. 8. 1949 - 31. 3. 1957

Einnahmearten	1. 8. 1949 bis 31. 8. 1952	1. 9. 1952 bis 31. 3. 1953	Rechnungsjahr				Insgesamt
			1953	1954	1955	1956	
			in Mio DM				
Hypothekengewinnabgabe	113,5	15,8	30,3	34,6	45,8	31,4	271,4
Kreditgewinnabgabe	-	0,4	0	0	1,9	2,3	4,5
Vermögensabgabe	205,9	28,9	51,8	55,3	61,5	44,5	447,8
Abzuführendes Vermögensteueraufkommen	-	2,0	7,8	6,5	12,7	18,0	47,1
Zuschuss des Landes	-	3,1	5,4	5,4	6,9	8,9	29,6
Teuerungszuschlag des Landes	-	-	0,6	0,6	0,3	-	1,4
insgesamt	319,4	50,1	95,9	102,3	129,0	105,1	801,8

Die Abgaben der Nichtgeschädigten werden auf Grund von Veranlagungen durch die Finanzämter erhoben. Der Stand der Veranlagung bei den Finanzämtern in Schleswig-Holstein am 31. 3. 1957 war folgender:

	Gesamtzahl der Abgabepflichtigen	Zahl der veranlagten Fälle	
		absolut	in % der Gesamtzahl
Vermögensabgabe	188 762	188 254	99,7
Hypothekengewinnabgabe	128 701	98 021	76,2
Kreditgewinnabgabe	2 193	2 193	100

Es kann damit gerechnet werden, daß die Veranlagung bis zum Ende des Rechnungsjahres

1957 bis auf wenige sehr schwierige Fälle abgeschlossen sein wird.

Die Leistungen des Ausgleichsfonds an die Geschädigten

Vom 1. August 1949 bis 31. 3. 1957 sind die in Tabelle 2 aufgeführten Leistungen an die Geschädigten im Lande Schleswig-Holstein zur Auszahlung gelangt.

Auf Grund der Angaben über die Einnahmen und Ausgaben des Soforthilfefonds und des Ausgleichsfonds im Lande Schleswig-Holstein er-

Tab. 2 Die Leistungen des Soforthilfe- und des Lastenausgleichsfonds 1. 8. 1949 - 31. 3. 1957

Leistungsarten	1. 8. 1949 bis 31. 8. 1952	1. 9. 1952 bis 31. 3. 1953	Rechnungsjahr				Insgesamt
			1953	1954	1955	1956	
			in Mio DM				
Kriegsschadenrente	195,0	36,1	60,9	69,0	70,1	76,8	507,8
Hausratentschädigung	61,8	25,9	79,2	68,2	52,9	31,0	318,9
Ausbildungshilfe	11,4	6,6	11,3	10,3	9,3	9,4	58,4
Heimförderung	6,2	1,3	1,5	1,3	1,1	0,6	12,0
Aufbaudarlehen in Hauptentschädigung umgewandelt	-	-	-	-	-	0,2	0,2
Aufbaudarlehen gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe	45,3	0,7	20,1	19,4	8,4	9,7	103,7
Dauerarbeitsplatzdarlehen	13,4	0,2	3,5	3,8	2,4	0,2	23,5
Aufbaudarlehen Landwirtschaft	24,4	23,0	34,4	38,9	16,6	62,9	200,2
Wohnungsbauförderung	215,0	50,3	53,4	56,2	57,7	60,7	493,3
Währungsausgleich und Altsparengesetz	-	21,7	37,8	24,3	3,5	1,6 ^a	88,9 ^a
insgesamt	572,5	165,8	302,1	291,3	222,0	253,2	1 807,0

a) = Stand: 28. 2. 1957

Art der Anträge	Eingereichte Anträge	davon			
		bewilligte Anträge	abgelehnte oder sonstige erledigte Anträge	unerledigte Anträge	
				absolut	in % der Gesamtzahl
Kriegsschadenrente	133 940	68 922	61 395	3 623	2,7
" Härtefonds	1 520	576	749	95	6,2
Hausratenschädigung	424 185	330 097	57 969	36 119	8,5
" Härtefonds	13 601	9 154	2 939	1 508	11,1
Ausbildungshilfe	21 972	15 452	5 780	740	3,4
Aufbaudarlehen gewerblicher Wirtschaft und freie Berufe					
Erstanträge	9 631	3 638	5 867	126	1,3
Aufstockung	3 567	1 951	1 467	149	4,2
Härtefonds	1 934	636	1 201	97	5,0
Aufbaudarlehen Landwirtschaft	9 245	4 699	4 018	528	5,7
" Härtefonds	1 094	304	720	70	6,4
Aufbaudarlehen Wohnungsbau	50 948	34 442	9 588	6 918	13,6
Schadensfeststellung	283 659	.	.	170 101	60,0

gibt sich, daß das Land an den Leistungen des Soforthilfe- und des Ausgleichsfonds mit insgesamt 8,1% beteiligt war. Der Anteil, mit dem das Land Schleswig-Holstein zur Finanzierung des Ausgleichsfonds durch Abführung des Vermögensteueraufkommens und durch Zuschüsse zur Unterhaltshilfe beitragen mußte, betrug im Durchschnitt der letzten Jahre 2,5% der Länderanteile. Seit 1949 ist in das Land Schleswig-Holstein aus dem Soforthilfefonds und dem Ausgleichsfonds ein Betrag von rd. 1 Milliarde DM mehr hereingeflossen, als an den Ausgleichsfonds abgeführt worden ist.

Weitere Aufgaben der Ausgleichsbehörden

Zu den Aufgaben der Ausgleichsbehörden bei der Durchführung des Lastenausgleichs ist inzwischen noch die Betreuung der Spätheimkehrer getreten, soweit diese Hausratbeihilfen und und Aufbaudarlehen auf Grund des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes erhalten können. Weitere Aufgaben werden sich für die Ausgleichsbehörden aus dem Kriegsfolgeschlußgesetz ergeben, das im Monat August 1957 von den Parlamenten verabschiedet worden ist.

Hieraus ergibt sich, daß nennenswerte Rückstände nur bei der Schadensfeststellung und der Hausratentschädigung vorhanden waren. Die Ursachen für die Rückstände bei der Schadensfeststellung sind einmal in dem verspäteten Erlass der Rechtsverordnungen, zum anderen in der Schwierigkeit der Materie zu suchen. Bei den unerledigten Fällen der Hausratentschädigung handelt es sich im wesentlichen um Erbfälle, Fälle von geschiedenen Ehegatten und Personen ohne eigenen Haushalt, bei denen sich die Prüfung für die Erfüllung der Voraussetzungen außerordentlich schwierig gestaltet.

Auf Grund der 8. Novelle zum LAG müssen neben der Aufarbeitung der Rückstände und der Bearbeitung neuer Anträge folgende Aufgaben

erledigt werden:

Neubearbeitung der bereits erledigten rd. 340 000 Hausratentschädigungsfälle,

Neubearbeitung der vorliegenden rd. 70 000 Kriegsschadenrentenfälle,

erstmalige Bearbeitung der noch nicht zu schätzenden Anträge auf Hauptentschädigung.

Arbeit der Heimatauskunftstellen

Beim Landesausgleichsamt in Schleswig-Holstein sind mit dem Sitz in Lübeck Heimatauskunftstellen errichtet worden für

Regierungsbezirk	Königsberg
Stadtkreis	Königsberg
Regierungsbezirk	Gumbinnen
"	Allenstein
"	Danzig
Stadtkreise	Danzig und Zoppot
Regierungsbezirk	Bromberg
"	Marienwerder
"	Stettin
"	Köslin
"	Grenzmark
	Posen/Westpr.

Die Heimatauskunftstellen haben die Aufgabe, die Anträge der Vertriebenen auf Schadensfeststellung zu begutachten, Auskünfte zu erteilen sowie Zeugen und Sachverständige zu benennen, deren Aussage für die Entscheidung über die Feststellungsanträge der Vertriebenen und Ostgeschädigten wesentlich sein könnte. Sie haben den Finanzbehörden, soweit diesen die Ermittlung von Vertreibungsschäden und Ostschäden obliegt, auf Ersuchen Auskünfte zu erteilen und zu den ihnen vorgelegten Fragen gutachtlich Stellung zu nehmen. Einen Überblick über die Arbeiten der Heimatauskunftstellen gibt Tabelle 4.

Heimatauskunftstelle	Angemeldete Verluste	Vorhandene Einheitswerte	Verbindlichkeiten	Auskunftsersuchen	Begutachtete	
					landw. Betriebe	Grundvermögensfälle
Zahl der Fälle in 1 000						
Regierungsbezirk Königsberg	70	3	27	11	22	3
Stadtkreis Königsberg	44	2	7	6	-	2
Regierungsbezirk Gumbinnen	89	4	31	15	23	3
Regierungsbezirk Allenstein	84	2	32	12	18	2
Regierungsbezirk Danzig	33	1	5	6	8	1
Stadtkreis Danzig und Zoppot	28	1	2	5	-	0
Regierungsbezirk Bromberg	17	0	1	2	7	1
Regierungsbezirk Marienwerder	26	1	10	3	7	2
Regierungsbezirk Stettin	54	6	17	8	13	2
Regierungsbezirk Köslin	93	4	26	14	18	2
Regierungsbezirk Posen/Westpr.	43	2	14	8	17	2

Ausblick

Die Ausgaben, die in den verflossenen Jahren aus dem Soforthilfe- und Lastenausgleichsfonds geleistet worden sind, dienten im wesentlichen der Beseitigung des dringenden sozialen Notstandes, der wirtschaftlichen und wohnungsmäßigen Eingliederung und der Alterssicherung der Geschädigten. Mit dem am 2. 8. 1957 verkündeten 8. Änderungsgesetz zum Lastenausgleichsgesetz tritt die Erfüllung der Entschädigungsansprüche für Vermögensschäden neben die bisherigen Maßnahmen. Diese laufen noch bis zum Jahre 1965 weiter (Ausbildungshilfe bis 1961, Aufbaudarlehen gewerbliche Wirtschaft bis 1963).

Durch die 8. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz sind für die Geschädigten Verbesserungen geschaffen worden, die im Bund auf insgesamt 11,6 Milliarden DM geschätzt werden. Dieser

Betrag steht selbstverständlich nicht sofort zur Verfügung; er muß vielmehr bis zum Jahre 1979 durch Bund und Länder etwa je zur Hälfte aufgebracht werden. Wenn auch die Vollfinanzierung der auf Grund der 8. Novelle zum LAG erforderlichen Beträge insgesamt gewährleistet zu sein scheint, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß die gesamte Deckung für die erforderlichen Leistungen erst allmählich innerhalb von 22 Jahren bereitgestellt werden kann. Hieraus können sich für den Ausgleichsfonds erhebliche Liquiditätsschwierigkeiten ergeben. Seit dem Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes sind Liquiditätsschwierigkeiten bisher dank des wiederholten Eingreifens des Bundeshaushalts erfreulicherweise weitgehend vermieden worden.

Vergleiche auch: "Durchführung des Soforthilfegesetzes und des Lastenausgleichsgesetzes in Schleswig-Holstein" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jahrgang, Heft 10, Oktober 1955, Seite 335 ff.

Im Kalenderjahr 1954 wurden in Schleswig-Holstein rund 2 100 Steuerpflichtige zur Körperschaftsteuer veranlagt, darunter 1 203 nach dem Einkommen bzw. Mindesteinkommen. Das steuerpflichtige Einkommen der 1 203 Veranlagten betrug knapp 63 Mio DM, die Steuerschuld 34 Mio DM. An dem Gesamtaufkommen der Einkommen-, Körperschaft- und Lohnsteuer war die Körperschaftsteuer mit 18 % (Bund: 27 %) beteiligt. – Fast die Hälfte des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens wurde von 11 Steuerpflichtigen nachgewiesen, die jeweils ein Einkommen von 1 Mio DM und mehr erzielten. Andererseits hatten zwei Drittel der Steuerpflichtigen nur Einkommen unter 8 000 DM; auf sie entfielen 2 % des Gesamteinkommens. – Unter den nach dem Einkommen besteuerten Körperschaften waren über die Hälfte (598) Genossenschaften, 367 Kapitalgesellschaften und 110 Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Auf die Kapitalgesellschaften entfielen 79 % des Einkommens und 82 % der Steuerschuld. Das Einkommen je Steuerpflichtigen lag bei den 44 Aktiengesellschaften mit 652 000 DM weit über dem Durchschnitt von 54 000 DM. – Gut ein Viertel der Steuerpflichtigen gehörte zu dem Wirtschaftsbereich "Herstellendes und verarbeitendes Gewerbe"; am steuerpflichtigen Einkommen waren sie mit 66 %, an der Steuerschuld mit 70 % beteiligt. Zum Gross- und Einzelhandel zählten 17 % der Steuerpflichtigen, die 10 % zum Gesamteinkommen und 11 % zur Steuerschuld beitrugen.

Die Körperschaftsteuerpflichtigen 1954¹

In der Körperschaftsteuerstatistik sind alle Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen erfaßt worden, soweit sie nach den bestehenden Vorschriften (siehe methodische Erläuterungen Seite 360) zur Kör-

perschaftsteuer zu veranlagen waren; im Kalenderjahr 1954 waren dies insgesamt rund 2 100 Steuerpflichtige. Davon waren 15 Steuerbelastete und 2 Verlustfälle beschränkt steuerpflichtig, d. h. sie wurden, da ihr Geschäftssitz im Ausland befindet, nur mit ihrem Inlandseinkommen veranlagt. Alle ande-

1) vorläufige Ergebnisse der Körperschaftsteuerstatistik 1954

ren Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen hatten Sitz bzw. Geschäftsleitung im Inland und unterlagen daher mit ihrem gesamten Einkommen der Körperschaftsteuerpflicht. In etwa 1 200 Fällen kam es zu keiner Veranlagung, da von vornherein anzunehmen war, daß das Einkommen dieser Körperschaften 500 DM im Kalenderjahr 1954 nicht überschreiten würde. Die Zahl der Nichtveranlagten und der Nullfälle hat sich gegenüber 1950 nicht nennenswert verändert. Demgegenüber ist die Zahl der Steuerpflichtigen, deren Veranlagung einen Verlust ergab, um 290 auf 764 Fälle zurückgegangen. Der im Durchschnitt auf einen dieser Veranlagten entfallende Verlust - der sich aus dem in der Steuerbilanz ausgewiesenen Gewinn bzw. Verlust unter Berücksichtigung steuerrechtlicher Zu- und Abschläge ergibt - hat sich allerdings etwas mehr als verdoppelt. Für das Kalenderjahr 1954 sind insgesamt Verluste in Höhe von rund 46 Mio DM nachgewiesen worden, davon 28 Mio DM bedingt durch Übernahme von Verlusten aus den vier Vorjahren. Auf die genaue Ermittlung des Einkommens wurde in 143 Fällen (1950: 77 Fälle) verzichtet, statt dessen wurde für diese die Steuerschuld pauschal festgelegt.

Der größte Teil der Körperschaftsteuerpflichtigen war nach dem Einkommen bzw. in einigen wenigen Fällen nach dem Mindesteinkommen zu veranlagern. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1950 um 99 auf 1 203 Steuerpflichtige erhöht. Das Einkommen einschließlich der Fälle von Mindesteinkommen - das die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer darstellt und sich aus dem in der Steuerbilanz ermittelten Gewinn bzw. Verlust unter Berücksichtigung einer Reihe von Zu- und Abschlägen, darunter auch von Verlusten aus Vorjahren ergibt - betrug 1954 rund 63 Mio DM. Es hat sich gegenüber 1950 um 3% erhöht. Diese Zuwachsrate erscheint geringfügig; es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Entwicklung des Einkommens u. a. durch Änderungen steuerrechtlicher Art beeinflußt worden ist; beispielsweise eröffneten das Investitionshilfegesetz und das Gesetz zur

Förderung der Ausfuhr gegenüber 1950 neue Möglichkeiten, gewisse Beträge abzusetzen und so den in der Steuerbilanz ausgewiesenen Gewinn durch Inanspruchnahme von Sondervergünstigungen zu vermindern.

Für die nach dem Einkommen besteuerten unbeschränkt Steuerpflichtigen wurde 1954 ein Einkommen von rund 62 Mio DM bzw. 54 000 DM je Veranlagten ermittelt. Im Vergleich zu diesen Beträgen tritt das Einkommen der nach dem Mindesteinkommen Besteuerten sowie auch das Inlandseinkommen der beschränkt Steuerpflichtigen, absolut wie auch je Fall betrachtet, ganz zurück.

Die Veranlagung für 1954 ergab ein Steuersoll von 34 Mio DM. Die zu entrichtende Steuer hat sich damit gegenüber 1950 um rund 4 Mio DM bzw. 13% erhöht. Die durchschnittliche Belastung des der Körperschaftsteuer unterliegenden Einkommens stieg von 49,4% im Jahre 1950 auf 54,4%. Das Mindesteinkommen war durchschnittlich höher, das Inlandseinkommen der beschränkt Steuerpflichtigen etwas weniger belastet.

Die fiskalische Bedeutung der Körperschaftsteuer mag durch die folgenden Angaben umrissen werden: Im Kalenderjahr 1954 betrug der Anteil der Körperschaftsteuer an den kassenmäßigen Einnahmen der sogenannten Steuern vom Einkommen (veranlagte Einkommen-, Körperschaft- und Lohnsteuer) in Schleswig-Holstein 18% und im gesamten Bundesgebiet sogar 27%.

Die Zunahme des Steuersolls ist, wie sich auch in der erhöhten Steuerbelastung ausdrückt, weniger auf Zuwachs des Einkommens sondern vielmehr auf Erhöhungen der zur Anwendung gelangenden Steuersätze zurückzuführen. Im wesentlichen dürfte sich ausgewirkt haben, daß der Normalsatz von 50% auf 60% heraufgesetzt wurde. Eine gewisse Erleichterung, die bei unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften für sogenannte berücksichtigungsfähige Gewinnausschüttungen einen ermäßigten Steuersatz von 30% vorsieht, kam in Schleswig-

Tab. 1 Körperschaftsteuerpflichtige, Einkommen und Steuerschuld 1954

Art der Steuerpflicht	Steuerpflichtige	Einkommen		Steuerschuld		Einkommen je Steuerpflichtigen in DM
		in 1 000 DM		in % des Einkommens		
Unbeschränkt Steuerpflichtige						
nach dem Einkommen besteuert	1 159	62 278	33 871	54,4	53 734	
nach dem Mindesteinkommen besteuert	29	198 ^a	116	58,9	6 818 ^a	
zusammen	1 188	62 475	33 987	54,4	52 589	
Beschränkt Steuerpflichtige	15	43 ^b	22	51,5	2 895 ^b	
Insgesamt	1 203	62 519	34 010	54,4	51 969	
Sonstige Veranlagte ¹						
Pauschbesteuerung	143	-	23	-	-	
Verlustfälle ²	764	- 46 299 ^c	-	-	- 60 601 ^c	
Nichtveranlagte und Nullfälle	1 171	-	-	-	-	

1) beschränkt und unbeschränkt Steuerpflichtige
b) Inlandseinkommen

2) ohne 2 Verlustfälle von beschränkt Steuerpflichtigen

a) Mindesteinkommen

c) Verlust

Holstein nur für 75 Steuerpflichtige mit einem Betrag von 4 Mio DM, das sind 7% des zu versteuernden Einkommens, zur Anwendung.

Das Einkommen und seine Größengliederung

Die steuerbelasteten, unbeschränkt nach dem Einkommen besteuerten Körperschaftsteuerpflichtigen, auf die sich im folgenden die Ausführungen nunmehr beschränken, wiesen in 1 020 Fällen in der Steuerbilanz einen Gewinn, in weiteren 139 Fällen einen Verlust nach, wobei der ausgewiesene Gewinn gegenüber 1950 um 8% zurückgegangen ist, der Bilanzverlust sich jedoch vervierfachte. Von dem Bilanzgewinn bzw. -verlust sind die in Anspruch genommenen Sondervergünstigungen bereits abgesetzt. Der Gewinn der nach dem Einkommen besteuerten unbeschränkt Steuerpflichtigen wurde für das Kalenderjahr 1954 durch Sondervergünstigungen in Höhe von 34 Mio DM² gemindert bzw. deren Verlust erhöht. Damit sind nach der Statistik³ Sondervergünstigungen in fast dem vierfachen Umfang des Jahres 1950 in Anspruch genommen worden. Nach der Höhe des Betrages kam 1954 dem § 7 d EStG - Bewertungsfreiheit für Schiffe - mit 17 Mio DM bzw. 41% der Sondervergünstigungen die größte Bedeutung zu, es folgen die absetzbaren Beträge

nach § 36 Investitionshilfegesetz mit 29% und nach § 4 Ausfuhrförderungsgesetz mit 16% der beanspruchten Sondervergünstigungen.

Dem Bilanzgewinn bzw. -verlust werden gewisse Aufwendungen, die an sich Betriebsausgaben oder Werbungskosten darstellen, steuerrechtlich aber nicht abzugsfähig sind, hinzugerechnet. Derartige Zuschläge von nichtabzugsfähigen Steuern und Abgaben, Vergütungen für Mitglieder des Aufsichtsrates usw. erfolgten bei 1 019 Steuerpflichtigen in Höhe von insgesamt 51 Mio DM und damit in doppelter Höhe wie der nachgewiesene Bilanzgewinn. Im Vergleich zu 1950 hat sich die Summe der Zuschläge um 36% erhöht. Von ihrem Gesamtbetrag entfiel mehr als die Hälfte (26 Mio DM) auf nichtabzugsfähige Körperschaftsteuer.

Um den Gewinn in steuerrechtlichem Sinne zu ermitteln, sind andererseits nach den Bestimmungen des Körperschaftsteuergesetzes noch gewisse Abschläge vom Bilanzgewinn möglich, doch waren diese wertmäßig von weit geringerer Bedeutung als die Zuschläge. Insgesamt sind Abschläge bei 263 Steuerpflichtigen in Höhe von 9 Mio DM vorgenommen worden, davon wurden u. a. in 67 Fällen insgesamt 5 Mio DM nach § 4 Ausfuhrförderungsgesetz abgesetzt; in 208 Fällen wurden steuerfreie Zinsen, Gewinnanteile usw. im Sinne der §§ 3,

Tab. 2 Vom Bilanzgewinn bzw. -verlust der steuerbelasteten unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen¹ bis zur gesamten Steuerschuld

	Steuerpflichtige (Fälle)	Betrag		
		in 1 000 DM	Veränderung gegenüber 1950 in %	je Steuerpflichtigen (je Fall) in DM
Bilanzgewinn	1 020	25 660	- 8	25 156
Bilanzverlust	139	2 686	+ 310	19 322
Gesamtbetrag der Zuschläge	1 019	51 399	+ 36	50 441
darunter				
Nichtabzugsfähige Steuern und Abgaben	1 010	44 255	+ 41	43 817
Vergütungen an Mitglieder des Aufsichtsrats usw.	(77)	963	+ 88	(12 511)
Gesamtbetrag der Abschläge	263	9 481	+ 924	36 049
darunter				
Steuerfreie Zinsen, Gewinnanteile usw. im Sinne der §§ 3, Ziff. 16, 3a und 3b EStG und des § 5, Abs. 3, Satz 3 IHG	(208)	2 131	x	(10 243)
Gewinn für das Geschäftsjahr 1954	1 159	64 892	+ 1	55 990
Gewinn aus dem Kalenderjahr 1954	1 159	63 969	.	55 193
Abzugsfähige Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger usw. Zwecke gem. § 11 Ziff. 5 KStG	(270)	535	+ 19	(1 981)
Verlustabzug gem. § 6 KStG, §§ 10, Abs. 1, Ziff. 4, 50 EStG	(119)	1 158	+ 25	(9 735)
Einkommen	1 159	62 278	+ 3	53 734
zu versteuerndes Einkommen ²	1 159	61 579	+ 2	53 131
davon				
mit 60 % gemäss § 19, Abs. 1, Ziff. 1 KStG	(962)	51 764	x	(53 808)
" 50 % " § 19, " 1, " 2 "	(71)	389	x	(5 472)
" 30 % " § 19, " 2 KStG	(75)	4 379	x	(58 392)
" 30 % " § 19, " 3 KStG	(3)	2 951	x	(983 821)
" 20 % " §§ 34 und 35 KStDV	(120)	2 096	x	(17 468)
Gesamte Steuerschuld	1 159	33 871	+ 13	29 224
dazu: Pauschbesteuerung	143	23	+ 22	162

1) ohne Mindestbesteuerungsfälle 2) nach Abzug von auf das Kalenderjahr 1954 entfallenden Kapitalerträgen, die dem Steuerabzug mit 30 % oder 60 % unterlegen haben

2) Neben den mit Einkommen Veranlagten beanspruchten auch diejenigen Steuerpflichtigen, deren Veranlagung einen Verlust ergab, Sondervergünstigungen, und zwar in 67 Fällen in Höhe von insgesamt rund 7 Mio DM; 9 nach dem Mindesteinkommen Besteuerte beanspruchten

weitere 1 Mio DM. Insgesamt wurden für 42 Mio DM Sondervergünstigungen in Anspruch genommen.

3) Die Sondervergünstigungen sind nicht aus dem Steuerbescheid zu ersehen, sie wurden zusätzlich von den Finanzämtern mitgeteilt.

Tab. 3

Körperschaftsteuerpflichtige¹, Einkommen und Steuerschuld nach Einkommensgruppen

Einkommensgruppen in DM	Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt								
	Steuerpflichtige			Einkommen			Steuerschuld		
	absolut	in %	Veränderung gegenüber 1950 absolut	in 1 000 DM	in %	Veränderung gegenüber 1950 in %	in 1 000 DM	in %	in % des Ein- kommens
b. unt. 8 000	778	67	+ 73	1 463	2	+ 15	802	2	54,8
8 000 " 16 000	107	9	+ 1	1 186	2	- 1	641	2	54,1
16 000 " 25 000	51	4	- 2	1 005	2	- 5	561	2	55,9
25 000 " 50 000	88	8	+ 2	3 161	5	+ 2	1 613	5	51,0
50 000 " 100 000	45	4	- 4	3 249	5	- 11	1 831	5	56,4
100 000 " 200 000	39	3	+ 4	5 215	8	+ 10	2 903	9	55,7
200 000 " 500 000	24	2	- 7	7 329	12	- 20	4 032	12	55,0
500 000 " 1 000 000	16	1	+ 3	10 333	17	+ 1	5 437	16	52,6
1 000 000 und mehr	11	1	+ 2	29 337	47	+ 12	16 050	47	54,7
insgesamt	1 159	100	+ 72	62 278	100	+ 3	33 871	100	54,4

1) steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige ohne Mindestbesteuerungsfälle

Ziff. 16, 3a und 3b EStG und des § 5 Abs. 3, Satz 3 Investitionshilfegesetz in Höhe von 2 Mio DM berücksichtigt. Im wesentlichen durch Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten, die 1950 noch nicht gegeben waren, auf die 1954 aber zusammen mehr als drei Viertel aller Abschläge entfielen, hat sich der Gesamtbetrag der Abschläge vom Bilanzgewinn gegenüber 1950 um etwa das Zehnfache erhöht.

Nach Berücksichtigung der Zu- und Abschläge ergab sich ein "steuerrechtlicher" Gewinn für das Geschäftsjahr 1954, der um 1% über dem von 1950 nachgewiesenen Betrag lag. Auf das Kalender- und somit Veranlagungsjahr 1954 bezogen, betrug er 64 Mio DM. Nach Berücksichtigung abzugsfähiger Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger Zwecke, von Verlustabzügen und schließlich eines in Schleswig-Holstein kaum ins Gewicht fallenden Zuschlags für Leistungen von Dritten auf die Vermögensabgabe ergab sich ein Einkommen von 62 Mio DM.

Nahezu die Hälfte dieses Einkommens (47%) entfiel auf 11 Steuerpflichtige, die jeweils ein körperschaftsteuerpflichtiges Einkommen von 1 Mio DM und mehr nachgewiesen haben. Andererseits hatten zwei Drittel aller Steuerpflichtigen Einkommen unter 8 000 DM, am Gesamteinkommen waren sie dementsprechend nur mit 2% beteiligt. Die Schichtung ist also dadurch gekennzeichnet, daß ein verhältnismäßig großer Teil der Körperschaftsteuerpflichtigen am Einkommen und damit auch am Steuersoll nur gering beteiligt ist, während relativ wenige Steuerpflichtige sowohl für das Einkommen als auch für das Steueraufkommen bestimmend sind.

Die Besetzung der untersten Einkommensgruppe hat sich gegenüber 1950 am stärksten, und zwar um 73 Fälle, erhöht, während in allen anderen Größenklassen die Zahl der Steuerpflichtigen nur jeweils um wenige Fälle zu- bzw. abgenommen hat. Auf die Höhe des Gesamteinkommens wirkte sich die Zunahme der steuerbelasteten unbeschränkt Steuerpflichtigen (ohne Mindestbesteuerungsfälle) daher auch kaum aus.

Das durchschnittliche Einkommen je Steuerpflichtigen wurde durch die Zunahme der Veranlagungsfälle mit relativ niedrigen Einkommen derart beeinflusst, daß es gegenüber 1950 um 4% sank, obgleich sich die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkommen von 500 000 DM und mehr, die stärker ins Gewicht fallen, ebenfalls, wenn auch nur um 5 Fälle, erhöht hat.

Einkommen und Steuerschuld nach Körperschaftsarten

Unter den nach dem Einkommen besteuerten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen waren 598 Genossenschaften, das ist über die Hälfte dieser Steuerpflichtigen. Gegenüber 1950 hat sich deren zahlenmäßiges Gewicht noch verstärkt, denn während alle anderen Körperschaftsarten mehr oder minder stark zurückgingen, erhöhte sich die Zahl der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften um gut ein Drittel. Somit ist die Zunahme der nach dem Einkommen Besteuernten ausschließlich auf diese Genossenschaften zurückzuführen. Da gemäß § 23 KStG in Verbindung mit § 33 KStDV unter gewissen Voraussetzungen landwirtschaftliche Nutzungs- und Verwertungsgenossenschaften, wie z. B. Zucht-, Molkerei- und Viehverwertungsgenossenschaften von der Körperschaftsteuer befreit und somit in den vorliegenden Angaben nicht enthalten sind, liegt die Zahl der tatsächlich in Schleswig-Holstein bestehenden Genossenschaften noch erheblich höher, als in Tabelle 4 ausgewiesen. Das im Durchschnitt je Genossenschaft ermittelte, der Körperschaftsteuer unterliegende Einkommen hat sich zwar gegenüber 1950 um 75% erhöht, ist aber mit rund 7 000 DM immer noch niedriger als in den übrigen Körperschaftsarten; entsprechend hatte die Zunahme der körperschaftsteuerpflichtigen Genossenschaften kaum Auswirkungen auf das Einkommen und die gesamte Steuerschuld.

Die Kapitalgesellschaften sind zwar nicht so zahlreich wie die Genossenschaften,

Tab. 4

Körperschaftsteuerpflichtige¹, Einkommen und Steuerschuld nach Körperschaftsarten

Körperschaftsarten	Steuerpflichtige			Einkommen					Steuerschuld			
	absolut	in %	Veränderung gegenüber 1950 absolut	in 1 000 DM		Veränderung gegenüber 1950 in %		je Steuerpflichtigen		in 1 000 DM	in %	in % des Einkommens
				in	in %	in	in %	in 1 000 DM	Veränderung gegenüber 1950 in %			
Kapitalgesellschaften (§ 1, Abs. 1, Ziff. 1 KStG)	367	32	- 28	49 327	79	- 6	134	+ 1	27 781	82	56,3	
darunter												
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien	44	12	+ 2	28 698	58	+ 53	652	+ 46	15 706	57	54,7	
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	323	88	- 29	20 629	42	- 39	64	- 33	12 075	43	58,5	
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (§ 1, Abs. 1, Ziff. 2 KStG)	598	52	+ 164	4 476	7	+ 142	7	+ 75	1 820	5	40,7	
Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts (§ 1, Abs. 1, Ziff. 6 KStG)	110	9	- 48	7 710	12	+ 37	70	+ 97	3 856	11	50,0	
Sonstige Körperschaftsteuerpflichtige (§ 1, Abs. 1, Ziff. 3 - 5 KStG)	84	7	- 16	765	1	+ 49	9	+ 77	414	1	54,1	
insgesamt	1 159	100	+ 72	62 278	100	+ 3	54	- 4	33 871	100	54,4	

1) steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige ohne Mindestbesteuerungsfälle

dennoch bilden sie den eigentlichen Schwerpunkt unter den Körperschaftsteuerpflichtigen. Auf sie entfielen 1954 79% des Einkommens bzw. 82% der Steuerschuld. Das Einkommen je Steuerpflichtigen lag bei den Aktiengesellschaften mit 652 000 DM weit über dem Durchschnitt. Mit 64 000 DM war es bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung nur ein Zehntel so hoch; diese Gesellschaftsform ist jedoch so häufig, daß trotz des viel niedrigeren Durchschnittsbetrages ein Drittel des der Körperschaftsteuer unterliegenden Einkommens von den Gesellschaften m. b. H. nachgewiesen worden ist. Ein Vergleich mit den Ergebnissen von 1950 läßt im übrigen erkennen, daß die Gesellschaften m. b. H. etwas an Bedeutung verloren haben. Sie sind nicht nur zahlenmäßig, sondern ebenfalls im Einkommen - insgesamt und auch je Steuerpflichtigen - zurückgegangen.

Die Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts und die Sonstigen Körperschaftsteuerpflichtigen gem. § 1, Abs. 1, Ziff. 3 bis 5 KStG spielen sowohl der Zahl als auch dem Einkommen nach im Rahmen der Körperschaftsteuerstatistik eine untergeordnete Rolle. Beide Gruppen sind außerdem zahlenmäßig relativ stark zurückgegangen. Da das Einkommen, das im Durchschnitt je Veranlagungsfall ermittelt wurde, verhältnismäßig niedrig ist und zugleich aber seit 1950 stärker als in den übrigen Körperschaftsarten zugenommen hat, ist vermutlich der Rückgang dieser Steuerpflichtigen darauf zurückzuführen, daß die Mindestgrenze für die Veranlagung seit 1950 von 200 DM auf 500 DM heraufgesetzt worden ist.

Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Einkommen und Steuerschuld nach Wirtschaftsbereichen
Die wirtschaftliche Gliederung, nach der die Veranlagten in der Körperschaftsteuerstatistik

nachgewiesen werden, wurde anhand der im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik 1954 festgelegten Gewerkekennziffern durchgeführt. So gegliedert zeigt sich, daß zwei Drittel des der Körperschaftsteuer unterliegenden Einkommens und zugleich der Einkünfte aus Gewerbebetrieb, die als einzige von den sieben Einkunftsarten des Einkommensteuerrechts für die Körperschaftsteuer von Bedeutung sind, auf die rund 300 Körperschaften des herstellenden und verarbeitenden Gewerbes, also auf ein Viertel der Steuerpflichtigen, entfiel. Da alle Einkünfte der Körperschaften, soweit diese nach den Vorschriften des HGB zur Buchführung verpflichtet sind, als Einkünfte aus Gewerbebetrieb angesehen werden, rechnen zu diesen steuerrechtlich auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung oder Kapitalvermögen. Die in Tabelle 5 ausgewiesenen Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind daher mit dem steuerrechtlichen "Gewinn für das Kalenderjahr 1954" in Tabelle 2 identisch, wobei allerdings die Angaben in Tabelle 2 auch noch die Gewinne der nicht zur Führung von Büchern verpflichteten Steuerpflichtigen enthalten.

Von den Einkünften in Höhe von fast 42 Mio DM, die von Körperschaften des herstellenden und verarbeitenden Gewerbes, also zumeist von Industriebetrieben, nachgewiesen wurden, entfallen 56% auf 45 Betriebe der Metallherstellung und -verarbeitung, 35% auf 178 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) und weitere 7% auf 43 Energiebetriebe (einschl. Stadtwerke). Die nach dem Einkommen Veranlagten dieses Bereiches sind zahlenmäßig gegenüber 1950 um ca. 9% und die Einkünfte aus Gewerbebetrieb um 5% zurückgegangen. Einen gewissen Einfluß auf dieses Ergebnis dürften die Sondervergünstigungen, die sich seit 1950 etwa verdreifachten, und die von Körperschaften des herstellenden und ver-

Tab. 5 Körperschaftsteuerpflichtige¹ mit Einkünften aus Gewerbebetrieb, Einkommen und Steuerschuld nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Steuerpflichtige			Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Einkommen			Steuerschuld		
	absolut	in %	Veränderung gegenüber 1950 absolut		in 1 000 DM	in 1 000 DM	in %	Veränderung gegenüber 1950 in %	in 1 000 DM	in %
Land- und Forstwirtschaft	15	1	- 7	430	424	1	- 40	233	1	55,0
Herstellendes und verarbeitendes Gewerbe	295	25	- 29	41 958	41 260	66	- 5	23 627	70	57,3
Großhandel	153	13	- 78	3 211	3 124	5	- 65	1 851	5	59,2
Einzelhandel	39	3	+ 8	3 326	3 300	5	+ 78	1 963	6	59,5
Sonstige Wirtschaftsbereiche	657	57	+ 178	15 018	14 169	23	+ 160	6 196	18	43,7
davon										
Übriges Handelsgewerbe, Geld- und Versicherungswesen	501	76	+ 212	12 787	12 174	86	+ 324	5 116	83	42,0
Dienstleistungen	114	17	- 6	1 647	1 510	11	- 16	802	13	53,1
Verkehrswirtschaft	27	4	+ 1	515	409	3	- 13	240	4	58,6
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	15	2	- 29	70	76	1	- 76	39	1	51,1
insgesamt	1 159	100	+ 72	63 944	62 278	100	+ 3	33 871	100	54,4

1) steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige ohne Mindestbesteuerungsfälle

arbeitenden Gewerbes in Höhe von 32 Mio DM⁴ beansprucht wurden, gehabt haben.

Innerhalb des "Sonstigen Wirtschaftsbereiches", der mit gewerblichen Einkünften in Höhe von 15 Mio DM hinter dem herstellenden und verarbeitenden Gewerbe an zweiter, hinsichtlich der Zahl der Steuerpflichtigen sogar an erster Stelle lag, war besonders das "übrige Handelsgewerbe, Geld- und Versicherungswesen" von Bedeutung. In ihm erzielten 501 Steuerpflichtige mit einem durchschnittlichen Betrag von 26 000 DM 85% aller gewerblichen Einkünfte dieses Bereiches. Gegenüber 1950 hat das Geldwesen und letztlich auch der gesamte Wirtschaftsbereich erheblich an Gewicht gewonnen, wobei in diesem Zusammenhang interessant sein mag, daß die für diesen Bereich erfaßten, hier aber nicht veröffentlichten Verluste⁵ aus Gewerbebetrieb im Rahmen der gesamten Entwicklung zugenommen haben.

Dem Großhandel gehörten 153 und damit 13% der Körperschaftsteuerpflichtigen, auf die jedoch nur 5% der gewerblichen Einkünfte entfielen. Diese wurden, von einer Ausnahme abgesehen, ausschließlich im Binnengroßhandel, und zwar in größerem Umfang im Großhandel mit Getreide, Mehl, Futter- und Düngemitteln u. ä. sowie mit Nahrungs- und Genußmitteln erzielt. Der mit 21 000 DM je Steuerpflichtigen relativ niedrige Durchschnitt der gewerblichen Einkünfte dieses Bereichs wurde durch die teilweise niedrigen Einkünfte von 82 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beeinflusst.

Im Einzelhandel wurden von nur 39 Steuerpflichtigen 3,3 Mio DM gewerbliche Einkünfte, und damit etwas mehr als im Großhandel, nach-

4) ausserdem von Verlustfällen des herstellenden und verarbeitenden Gewerbes weitere 2,2 Mio DM

5) nicht zu verwechseln mit dem Bilanzverlust; es handelt sich um Veranlagte, bei denen sich ein negativer steuerlicher "Gewinn für das Geschäftsjahr 1954" ergab.

gewiesen; auf den einzelnen Körperschaftsteuerpflichtigen entfielen mit 85 000 DM im Durchschnitt relativ hohe Einkünfte. Gegenüber 1950 hat der Einzelhandel für die Körperschaftbesteuerung etwas an Bedeutung gewonnen. Der Bereich der Land- und Forstwirtschaft, der naturgemäß im Rahmen dieser Steuer kaum eine Rolle spielt, hat dagegen weiter an Gewicht verloren. 1954 wurden insgesamt nur noch 15 Tierzucht-, Baumschul- und forstwirtschaftliche Betriebe zur Körperschaftsteuer veranlagt.

Methodische Erläuterungen

Als Erhebungsunterlagen dienten die Durchschriften der Steuerbescheide für die Körperschaftsteueranmeldung 1954 (Statistische Blätter), und zwar für die erste, wenn auch nur vorläufige Veranlagung. Berichtigungsveranlagungen wurden für Steuerpflichtige mit Einkommen von mehr als 100 000 DM berücksichtigt.

Für "nv"-Fälle (Nichtveranlagte) war ein Statistisches Blatt nicht auszufüllen, es wurde nur deren Gesamtzahl festgehalten.

Ein "nv"-Fall liegt vor, wenn

eine Kapitalgesellschaft sich in Liquidation befindet und der Zeitraum, für den eine Veranlagung vorgenommen werden muss, noch nicht verstrichen ist,

es sich um eine kleine Körperschaft im Sinne des Abschnittes 51 KStR 1953 handelt und anzunehmen ist, dass ihr Einkommen im Veranlagungszeitraum den Betrag von 500 DM (1950 200 DM) nicht überstiegen hat.

Unbeschränkt steuerpflichtig sind nach § 1 KStG folgende Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben

Kapitalgesellschaften

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit

Sonstige juristische Personen des privaten Rechts (z. B. eingetragene Vereine, rechtsfähige Stiftungen)

nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen

Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften öffentlichen Rechts.

Beschränkt steuerpflichtig sind nach § 2 KStG mit ihren inländischen Einkünften die Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die im Inland weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz haben.

Steuerbefreiungen

Persönlich steuerbefreit sind nach § 4 KStG u. a. die Bundesbahn, Bundespost, Bank Deutscher Länder, Landeszentralbanken, Staatsbanken, soweit sie Aufgaben staatswirtschaftlicher Art erfüllen; öffentliche oder unter Staatsaufsicht stehende Sparkassen, soweit sie der Pflege des eigentlichen Sparverkehrs dienen; Realgemeinden; gewisse Körperschaften, die ausschliesslich kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen; rechtsfähige Pensions- und Unterstützungskassen; Berufsverbände ohne öffentlich rechtlichen Charakter; unter gewissen Voraussetzungen Kapitalgesellschaften, deren Hauptzweck die Verwaltung des Vermögens für einen nicht rechtsfähigen Berufsverband ist.

Sachlich steuerbefreit bleiben u. a. nach §§ 8 bis 10 KStG bei Personenvereinigungen, die unbeschränkt steuerpflichtig sind, die satzungsgemässen Mitgliedsbeiträge; bei politischen Parteien und politischen Vereinen ausserdem die Einkünfte der im § 2, Abs. 3, Ziff. 3 - 5 und § 7 EStG bezeichneten Art, mit Ausnahme der Kapitalerträge im Sinne des § 43 EStG; bei Schachtelgesellschaften unter gewissen Voraussetzungen die auf eine Beteiligung entfallenden Gewinnanteile an unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften.

Einkommen und Mindesteinkommen

Was als Einkommen gilt und wie es zu ermitteln ist, bestimmt sich gemäss § 6 KStG nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und den §§ 7 bis 16 KStG. Es ist also auch für die Körperschaftsteuer unter Einkommen grundsätzlich die Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten gem. § 2 EStG zu verstehen. Diesen sind insbesondere verdeckte Gewinnausschüttungen und "nicht abzugsfähige Ausgaben" (§ 12 KStG) hinzuzurechnen, während "abzugsfähige Ausgaben" (§ 11 KStG)

abgesetzt werden können.

Nach § 17 KStG können als Mindesteinkommen der Besteuerung zugrunde gelegt werden

die Ausschüttungen (auch verdeckte Gewinnausschüttungen) soweit sie mehr als 4 % des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals betragen,

die Vergütungen jeder Art, die an Mitglieder des Aufsichtsrats, Verwaltungsrats oder andere mit der Überwachung der Geschäftsführung beauftragte Personen gewährt werden,

die Vergütungen, die an Mitglieder des Vorstandes oder an andere Angestellte in leitender Stellung für ihre Tätigkeit gewährt werden, soweit die Vergütungen ausser Verhältnis zu ihrer Arbeitsleistung stehen.

Die Mindestbesteuerung ist nur dann vorzunehmen, wenn der Gesamtbetrag des Mindesteinkommens höher ist als das nach § 6 KStG ermittelte Einkommen.

Pauschbesteuerung kann gemäss § 21 KStG festgesetzt werden, wenn das steuerpflichtige Einkommen offenbar geringfügig ist und seine genaue Ermittlung zu einem verhältnismässig grossen Verwaltungsaufwand führen würde.

Verlustfälle

Nach dem Einkommen veranlagte Steuerpflichtige mit negativem Einkommen.

Nullfälle

Nach dem Einkommen veranlagte Steuerpflichtige mit einem Einkommen von genau 0 DM.

Vergleiche auch: "Einkommen und Steuerschuld der Körperschaften in Schleswig-Holstein (1950)" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 7. Jahrgang, Heft 2, Februar 1955, Seite 46 ff. und "Einkommen und Körperschaftsteuer der Körperschaftsteuerpflichtigen (1950)" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 6. Jahrgang N.F., Heft 8, August 1954, Seite 379 ff.

Dipl.-Volksw. M. Volke

Zeichenerklärung

Ø	bedeutet Durchschnitt	x	in einer Tabelle: Angaben aus sachlogischen Gründen nicht möglich
p	" vorläufige Zahl	-	" " " Zahlenwert genau null
r	" berichtigte Zahl	0	" " " mehr als nichts aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
s	" geschätzte Zahl	.	" " " Zahlenwert nicht bekannt
		...	" " " Zahlenwert noch nicht bekannt

In Klammern gesetzte Zahlen in Tabellen haben eine eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Kleine Differenzen bei Additionen erklären sich durch Rundungen; allen Rechnungen liegen die ungekürzten Zahlen zugrunde.

Zahlen ohne besondere Quellenangabe sind im Statistischen Landesamt erstellt.

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 611	2 254	2 271	2 252	2 252	2 259	2 262
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*absolut	1000	856 ^a	624 ^b	617	636	636	637	638
in % der Wohnbevölkerung		33,0	27,7 ^b	27,2	28,2	28,2	28,2	28,2
Zugewanderte ²⁾										
*absolut	1000	135 ^a	135 ^c	136
in % der Wohnbevölkerung		5,2	5,9	6,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen³⁾										
*absolut		2 078	1 502	3 170	1 136	1 340	1 636	3 400
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6	8,1	16,4	6,1	7,0	8,5	17,7
Lebendgeborene⁴⁾										
*absolut		3 447	2 686 ^b	2 630	2 677	2 645	2 865	2 882
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		15,8	14,5 ^b	13,6	14,3	13,8	14,9	15,0
Gestorbene⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt		2 059	2 102 ^b	1 918	1 839	1 956	1 981	1 863
*absolut		2 059	2 102 ^b	1 918	1 839	1 956	1 981	1 863
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,3 ^b	9,9	9,9	10,2	10,3	9,7
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*absolut		172	100	82	73	92	85	76
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,7	3,1	2,7	3,5	3,0	2,6
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*absolut		+1 388	+ 585 ^b	+ 712	+ 838	+ 689	+ 884	+1 019
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,1	+ 3,7	+ 4,5	+ 3,6	+ 4,6	+ 5,3
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		2 173	1 602	1 779	2 780	1 649	2 316	2 411
Zugewanderte		.	961	1 267	1 646	796	1 046	1 152
*Fortzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		14 284	6 702	6 804	8 971	6 862	6 045	6 513
Zugewanderte		9 662	2 308	2 584	2 987	2 208	1 932	2 106
Zugewanderte		.	709	712	1 014	637	542	572
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)										
darunter										
Vertriebene		-8 961	-1 088	- 774	+ 645	-1 245	+1 666	+2 012
Zugewanderte		-7 489	+ 706	- 805	- 207	- 559	+ 384	+ 305
Zugewanderte		.	+ 252	+ 555	+ 632	+ 159	+ 504	+ 580
*Umzüge innerhalb des Landes⁶⁾										
Wanderungsfälle⁶⁾										
insgesamt		31 221	22 471	20 799	30 623	23 044	22 427	24 408
absolut		31 221	22 471	20 799	30 623	23 044	22 427	24 408
*je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		200	176 ^b	149	229	174	162	176
darunter										
Umsiedler		6 329 ^d	1 276	1 474	985	1 416	970	591	752	868
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	842	910	539	974	797	461	483	619
Baden-Württemberg		2 602	81	148	69	73	46	30	96	66
Rheinland-Pfalz		2 928	36	37	60	34	7	18	7	7
Hessen		238	20	36	11	24	15	15	9	16
Hamburg		41	285	332	282	311	105	78	146	160
Bremen		9	12	11	24	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer⁸⁾										
darunter										
*Männer	1000	624 ⁺	705 ⁺	.	741	.	.	757	.	.
*Arbeitslose insgesamt										
absolut	1000	210	73	44	45	46	36	33	34	33
*je 100 Arbeitnehmer		25,2	9,3	5,6	5,7	5,8	4,6	4,1	4,3	4,2
darunter										
*Männer	1000	146	44	23	22	24	20	18	18	17
Vertriebene	1000	119 ^e	27 ⁺	.	16	.	.	11	.	.

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Personen, die am 1.9.1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saarland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) am 13.9.1950 (Volkszählung) b) auf Normaljahr berechnet (365 Tage) c) am 30.6.1956 d) ohne Anrechnungsfälle e) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
			Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^f	1 072 ^f
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^f	431 ^f
*Schweine	1000	1 031 ^f	1 210 ^f	.	1 251 ^g	.	.	.	1 373 ^g	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^f	122 ^f	.	127 ^g	.	.	.	138 ^g	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^f	76 ^f	.	77 ^g	.	.	.	84 ^g	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	11	11	12	17	13	15	21	...
*Kälber	1000 St	14	7	2	3	10	3	2	3	...
*Schweine	1000 St	45	70	49	48	65	66	58	62	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^h	15 ⁱ	1	1	5	1	1	2	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾										
(einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	7,9	7,4	7,5	10,2	8,9	8,7	10,7	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	2,4	2,3	2,6	3,9	2,7	3,2	4,8	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,1	4,6	4,5	5,8	5,8	5,2	5,5	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	225	210	224	230	215	215	230	...
*Kälber	kg	26	40	60	45	34	59	61	50	...
*Schweine	kg	98	93	95	96	97	90	91	91	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	132	138	106	98	169	142	107	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,2	10,5	8,3	7,4	12,7	10,6	8,3	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	86	89	87	85	90	89	87	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	158	164	165	164	168	171	172	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	132	138	139	138	141	143	144	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 636	27 121	26 022	26 468	24 955	25 764	26 607	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	44,5	50,8	48,1	47,4	51,8	53,6	52,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	13,0	13,1	13,1	13,3	14,4	14,4	14,6	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKP ¹³⁾	81	78	76	76	86	74	75	82	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 050	12 498	12 508	12 829	13 844	13 146	12 726	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	26	29	28	29	26	27	30	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	61	66	65	67	68	68	71	...
*Stromerzeugung (netto) der ind. Eigenanlagen	Mio kWh	11	19	18	17	23	18	19	21	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	404	453	446	454	470	479	466	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	52	65	52	69	74	90	69	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieerzeugung	1950=100	115 ^j	197	208	214	209	210	r 219	229	...
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	524	521	534	544	575	569	590	...
Industrie der Steine und Erden		111	176	223	220	203	218	215	211	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	131	151	159	163	164	178	183	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei		99	130	141	135	131	96	128	147	...
Mineralölverarbeitung		117	581	674	651	434	662	687	649	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	580	562	559	561	618	r 602	658	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	134	145	158	151	140	r 147	135	...
Papierherstellenden Industrie		102	234	233	247	238	237	225	261	...
Schiffbaues		126	255	290	306	236	259	r 281	298	...
Maschinenbaues		134	239	259	259	228	288	r 281	293	...
Elektrotechnischen Industrie		144	327	364	370	314	350	r 411	484	...
Feinmechan. u. optischen Industrie		159	505	478	601	502	552	558	420	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren-										
Industrie (einschl. Sportwaffen)		119	150	154	161	154	147	r 163	170	...
Ledererzeugenden Industrie		97	113	105	124	131	115	128	127	...
Schuhindustrie		102	183	144	175	199	157	181	213	...
Textilindustrie		118	199	200	210	225	190	201	231	...
Bekleidungsindustrie		115	134	143	156	163	120	r 150	165	...
Fleischwarenindustrie		137	171	179	174	189	186	r 188	186	...
Fischverarbeitenden Industrie		143	222	311	340	341	148	239	271	...
Molkereien u. Milchverarb. Industrie		102	105	98	78	71	140	r 113	89	...
Tabakverarbeitenden Industrie		114	184	206	195	205	233	225	228	...
Bauproduktion		92	158	187	198	184	182	182	194	...
OFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) d. öfftl. Kraftwerke	Mio kWh	66	98	87	95	109	109	116	108	...
*Stromverbrauch ¹⁵⁾	Mio kWh	70	117	118	118	126	120	128
*Gaserzeugung (brutto) der öfftl. Werke ¹⁶⁾	Mio cbm	11	16	16	15	16	16	17	16	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases f) Dezember g) Repräsentativ-Erhebung h) $\frac{1}{2}$ Winterhalbjahr 1950/51 = 35 i) $\frac{1}{2}$ Winterhalbjahr 1956/57 = 28 j) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt			Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe¹⁷⁾										
*Beschäftigte		39 835	48 594	56 912	56 494	55 560	56 713	58 307	57 821	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	8 728	10 735	10 531	10 537	10 101	10 020	9 891	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 233	5 139	4 966	4 940	4 655	4 517	4 576	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	17,2	21,3	20,7	21,0	22,1	22,4	21,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	...
*Umsatz	Mio DM	24,3	53,5	67,6	63,3	66,4	70,1	69,3	63,3	...
Baugenehmigungen¹⁸⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁹⁾		726	751	992	753	750	915	1 148	1 049	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	337	407	380	320	445	531	439	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	37,9	45,7	39,0	46,2	51,6	62,6	46,1	...
darunter										
*für Wohngebäude	Mio DM	16,9	27,8	35,1	29,0	29,1	36,1	46,9	38,3	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	769	920	836	765	943	1 247	868	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	527	666	554	512	616	826	654	...
*Wohnungen ²⁰⁾		2 306	1 637	2 381	1 853	1 751	2 041	2 453	2 049	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 646	2 093	1 618	1 590	1 813	2 197	1 852	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen ²¹⁾		1 478	1 919	2 102	1 574	2 099	1 826	1 703	1 862	...
Wohnräume ²²⁾		4 926	6 994	7 728	5 659	7 730	6 811	6 068	6 710	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1956=100	.	.	102	91	100	116	114	101	...
davon										
*Nahrungs- und Genussmittel		.	.	106	96	97	111	115	100	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	87	75	103	114	94	91	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	99	94	104	113	116	113	...
*Sonstige Waren		.	.	103	96	100	115	117	107	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 VE ²³⁾	824	397	386	560	455	245	256	206	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 VE	1 309	1 422	876	1 850	1 410	1 559	1 581	2 195	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	5 858	4 262	5 725	7 238	6 213	5 593	5 882	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	24 117	24 892	26 080	27 610	25 529	31 673	31 214	...
Ausfuhr nach Warengruppen²⁴⁾										
*insgesamt	Mio DM	7,2	59,9	56,2	50,0	94,6	87,1	82,2	66,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,6	2,8	3,2	4,6	3,6	3,5	4,4	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	54,4	53,5	46,8	90,0	83,6	78,7	62,3	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,8	1,4	1,3	1,7	1,3	1,4	1,7	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,5	5,0	5,5	4,3	5,2	5,3	4,9	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	48,0	47,1	40,0	84,0	77,1	72,0	55,7	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,9	2,3	3,1	3,0	2,6	2,5	2,9	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	45,1	44,8	36,9	80,9	74,5	69,5	52,8	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern²⁴⁾										
Niederlande	Mio DM	0,6	3,7	3,7	3,8	5,3	12,9	4,3	14,9	...
Frankreich	Mio DM	0,1	1,4	2,2	1,5	2,2	0,7	0,3	12,6	...
Griechenland	Mio DM	0,4	1,1	0,5	0,3	0,5	0,2	0,3	8,9	...
Dänemark	Mio DM	0,8	3,2	2,7	2,6	7,1	3,6	3,5	3,1	...
Schweden	Mio DM	0,6	2,8	2,0	2,3	2,4	4,3	4,5	3,0	...
Italien	Mio DM	0,2	1,6	1,3	2,0	1,6	2,2	2,4	2,4	...
Schweiz	Mio DM	0,3	1,8	1,8	2,0	2,4	2,2	2,1	2,0	...
Belgien	Mio DM	0,5	1,0	0,9	1,2	1,0	2,3	1,7	1,6	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt²⁵⁾										
Güterempfang	1000 t	141	p 319	433	406	406	568	448	476	...
Güterversand	1000 t	86	p 115	103	128	103	104	118	110	...
Binnenschifffahrt²⁴⁾										
*Güterempfang	1000 t	.	109	122	130	152	96	139	109	...
*Güterversand	1000 t	.	155	202	182	183	190	191	179	...
Nord-Ostsee-Kanal²⁶⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	5 200	6 561	6 154	6 295	6 540	6 552	6 214	...
darunter										
deutsche	%	64,0	61,7	59,4	62,3	61,2	61,4	63,7	64,0	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 633	3 198	2 935	2 976	3 170	3 085	2 906	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	29,6	29,7	32,8	31,4	31,5	34,3	32,2	...

17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet); Juli bis September 1957 = vorläufige Zahlen
 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955 Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956 nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950-1955 Normal- und Notwohnungen; ab 1956 nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; 1956-1957: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) VE = Verrechnungseinheiten
 24) 1957 = vorläufige Zahlen 25) Monatsangaben 1956/57 = vorläufige Zahlen 26) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe"

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
			Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
noch: VERKEHR										
noch: Nord-Ostsee-Kanal										
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 922	4 580	4 508	4 618	4 657	4 294	4 253	...
darunter										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	31,8	32,6	35,6	32,7	33,6	35,8	33,0	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 999	2 015	1 950	2 149	2 099	1 967	2 046	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 924	2 566	2 558	2 469	2 558	2 327	2 208	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	2 483	2 151	2 246	2 424	2 934	2 812	2 421	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	508	422	290	176	552	400	220	...
*Personenkraftwagen		398	1 317	1 139	1 304	1 445	1 473	1 583	1 416	...
*Kombinationskraftwagen		.	97	75	84	89	162	90	89	...
*Lastkraftwagen		247	261	197	251	263	245	247	256	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle insgesamt		826	1 900	2 454	2 186	2 183	3 015	2 973	p2 258	p2 270
davon										
*nur mit Personenschaden		417	118	154	140	127	141	150	p 120	p 115
mit Personen- und Sachschaden		742	1 026	922	829	1 148	1 039	p 744	p 738	
nur mit Sachschaden		409	1 040	1 274	1 124	1 227	1 726	1 784	p1 394	p1 417
*Getötete Personen (27)		17	36	44	44	47	36	45	p 31	p 24
*Verletzte Personen		493	1 052	1 513	1 315	1 135	1 671	1 472	p1 050	p1 059
Fremdenverkehr ²⁸⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^k	100 ^k	238	102	69	273	251	103	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ^k	15 ^k	36	16	9	49	34	17	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^k	571 ^k	2 115	529	222	2 224	2 208	564	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ^k	32 ^k	89	28	15	127	86	30	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁹⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	741 ^m	2 392 ^m	2 359	2 360	2 352	2 570	2 583	2 604	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 ^m	864 ^m	913	908	887	902	884	866	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ^m	858 ^m	907	902	881	896	880	862	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ^m	1 528 ^m	1 446	1 453	1 465	1 667	1 699	1 737	...
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	265 ^m	1 303 ^m	1 236	1 241	1 248	1 451	1 477	1 509	...
*Sicht- und befristete Einlagen von Nichtbanken ²⁹⁾	Mio DM	408 ^m	1 476 ^m	1 363	1 399	1 439	1 668	1 749	1 785	...
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ^m	616 ^m	542	561	608	733	806	833	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ^m	704 ^m	665	672	680	786	800
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ^m	470 ^m	447	452	457	519	529	537	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	38	33	31	36	44	42	546	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	30	26	24	28	41	28
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	15	19	11	9	9	10	10	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	2	4	4	1	6	2	...
Wechselproteste	Anzahl	682	1 136	1 112	1 069	1 163	932	771
	Wert	517	697	662	745	929	607	1 011
ÖFFENTLICHE FÜRSORGE ³⁰⁾										
*Laufend Unterstützte in der offenen Fürsorge										
*Parteien	1000	56 ⁿ	47 ⁿ	.	44 ^q
Personen										
*absolut	1000	90 ⁿ	67 ⁿ	.	63 ^q
*je 1 000 Einwohner		34,9 ⁿ	29,4 ⁿ	.	27,9 ^q
Aufwand ³¹⁾										
insgesamt										
*absolut	1000 DM	15 499 ⁺	20 771 ⁺	.	18 073 ^t
*je Einwohner	DM	6,02 ⁺	9,15 ⁺	.	7,96 ^t
darunter für										
Offene Fürsorge										
*Laufende Unterstützung	1000 DM	7 388 ⁺	7 976 ⁺	.	7 010 ^t
Einmalige Unterstützung	1000 DM	.	1 923 ⁺	.	1 647 ^t
*Geschlossene Fürsorge	1000 DM	3 900 ⁺	7 300 ⁺	.	7 054 ^t

+) = Vierteljahresdurchschnitt

27) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 28) 1957 = vorläufige Zahlen

29) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 30) einschl. Tbc-Hilfe 31) einschl. Sonderleistungen

k) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt); Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr Monatsdurchschnitt =

61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1956: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr

1956 Monatsdurchschnitt = 149 000 Fremdenmeldungen mit 986 000 Übernachtungen m) Stand: 31. 12. n) aus 4 Stichtagen

q) Stand: 30. 9. 1956 t) 2. Rechnungsvierteljahr 1956

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1956	1956			1957			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
STEUERN³²⁾										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	71 977	71 644	79 850	80 200	76 909	76 359	82 646	...
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatz-	1000 DM	14 580	27 080	25 847	28 866	29 500	28 888	30 148	30 705	...
ausgleichsteuer	1000 DM	281	858	920	927	965	1 076	1 037	1 055	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	1 381	6 444	6 001	6 033	7 809	6 793	6 378	5 516	...
*Zölle	1000 DM	27 474	35 537	36 886	39 176	39 953	39 713	38 501	44 085	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM									
darunter										
*Tabaksteuer ³³⁾	1000 DM	22 295	28 503	30 035	32 188	32 157	31 877	32 397	37 203	...
*Notopfer Berlin	1000 DM	951	2 058	1 989	4 848	1 973	446	294	1 285	...
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben ³⁴⁾	1000 DM	5 569	6 503	8 809	2 173	5 105	2 601	8 564	1 501	...
*Landessteuern ³⁵⁾	1000 DM	14 273	34 514	26 901	48 782	26 454	35 096	29 408	58 149	...
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	11 505	12 558	13 507	15 175	15 670	16 136	12 777	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	12 608	3 595	22 857	3 876	8 277	4 051	28 366	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	374	325	183	195	964	224	173	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	3 646	2 609	7 391	1 501	4 184	1 086	11 022	...
*Vermögenssteuer	1000 DM	268	1 450	2 610	484	603	392	2 673	555	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	2 723	2 529	2 571	2 749	3 233	2 939	3 060	...
*Biersteuer	1000 DM	248	305	347	440	354	391	532	554	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	45 952 ⁺	.	44 218 ^u	.	.	48 066 ^u	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 555 ⁺	.	6 772 ^u	.	.	6 887 ^u	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	10 938 ⁺	.	10 705 ^u	.	.	11 344 ^u	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag										
und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	25 181 ⁺	.	23 283 ^u	.	.	25 950 ^u	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	3 279 ⁺	.	3 458 ^u	.	.	3 885 ^u	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 296 ⁺	.	5 241 ^u	.	.	5 538 ^u	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	107	107	107	107	105	104	p 104	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	129	128	128	128	133	133	p 132	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	100	121	121	121	122	124	124	124	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51									
=100	100 ^v	127 ^w	128	125	125	138	p 134	p 132	...	
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	255	256	.	.	.	270	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher	1950/51									
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	100 ^v	121 ^w	121	.	.	122	121	p 121	...	
Einzelhandelspreise	1950=100	100	106	106	106	106	110	110	110	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁶⁾	1950=100	100	113	113	113	113	116	116	116	117
darunter										
Ernährung	100	119	118	119	119	124	123	122	124	
Wohnung	100	117	117	117	118	119	119	119	119	
Heizung und Beleuchtung	100	132	132	132	134	136	136	136	138	
Bekleidung	100	97	98	98	98	101	102	102	103	
Hausrat	100	105	106	106	106	110	110	110	110	
LOHNE DER INDUSTRIEARBEITER³⁷⁾										
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste										
*Männer	DM	64,16	102,12	103,62	.	.	.	109,46	.	.
darunter										
*Facharbeiter (Leistungsgr. 1)	DM	68,90	110,40	111,86	.	.	.	116,58	.	.
*Frauen	DM	37,09	59,05	60,23	.	.	.	62,43	.	.
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste										
*Männer	Pf	130,4	205,3	206,0	.	.	.	226,4	.	.
darunter										
*Facharbeiter (Leistungsgr. 1)	Pf	139,8	220,5	221,5	.	.	.	240,4	.	.
*Frauen	Pf	80,8	126,3	128,5	.	.	.	140,1	.	.
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit										
*Männer	Std	49,2	49,7	50,3	.	.	.	48,3	.	.
*Frauen	Std	45,9	46,8	46,9	.	.	.	44,5	.	.

+) = Vierteljahresdurchschnitt

32) Rechnungsjahr 33) ohne Abgabe auf Postsendungen 34) 1950 nur Soforthilfe-Abgaben 35) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 36) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 37) Effektivverdienste, nach der vierteljährlichen Lohnsummenstatistik - Aus methodischen Gründen sind die Ergebnisse ab 1957 mit denen bis 1956 nicht vergleichbar u) 1. 7. - 30. 9. v) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) w) Wirtschaftsjahr 1956/57 (Juli - Juni)

b) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung am 31. 8. 1957				Arbeitslose am 30. 9. 1957				Industrie ²⁾	
	insgesamt	darunter		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		insgesamt	davon		Beschäftigte am 30. 9. 1957	Umsatz ³⁾ in Mio DM im Sept. 1957
		Vertriebene ¹⁾		1939	1950		männlich	weiblich		
		absolut	in %							
Flensburg	94 048	22 914	24,4	+ 32,7	- 8,5	2 641	1 142	1 499	7 007	21,0
Kiel	259 226	54 654	21,1	- 5,3	+ 1,9	5 219	1 911	3 308	35 051	58,7
Lübeck	230 695	73 932	32,0	+ 49,0	- 3,2	4 227	2 350	1 877	35 383	81,0
Neumünster	72 165	20 191	28,0	+ 33,4	- 1,8	1 089	464	625	12 817	25,5
Eckernförde	66 647	21 053	31,6	+ 55,7	- 23,1	1 155	781	374	1 513	2,4
Eiderstedt	19 562	3 813	19,5	+ 29,2	- 25,3	172	100	72	364	1,6
Eutin	89 285	31 137	34,9	+ 73,4	- 16,7	1 266	732	534	4 179	10,8
Flensburg-Land	62 140	14 326	23,1	+ 39,1	- 21,2	932	559	373	892	1,5
Hsgt. Lauenburg	129 776	46 161	35,6	+ 78,2	- 13,6	3 029	1 830	1 199	9 068	17,4
Husum	61 379	11 486	18,7	+ 29,3	- 21,8	970	700	270	907	1,4
Norderdithmarschen	58 678	14 983	25,5	+ 32,3	- 24,3	722	499	223	1 039	1,8
Oldenburg (Holstein)	77 473	23 570	30,4	+ 46,3	- 22,2	1 557	921	636	1 213	4,8
Pinneberg	200 828	63 208	31,5	+ 80,3	+ 0,5	1 419	658	761	19 891	63,1
Plön	106 798	29 801	27,9	+ 58,4	- 14,1	1 272	695	577	1 781	5,3
Rendsburg	155 550	43 530	28,0	+ 56,6	- 16,0	2 065	1 055	1 010	10 150	16,0
Schleswig	98 364	23 008	23,4	+ 26,8	- 23,0	1 573	1 006	567	4 019	24,7
Segeberg	91 270	29 044	31,8	+ 69,8	- 18,0	803	500	303	4 561	14,0
Steinburg	122 560	36 522	29,8	+ 42,3	- 21,5	1 193	796	397	9 202	29,8
Stormarn	133 290	44 994	33,8	+ 96,3	- 9,0	1 202	581	621	6 500	57,9
Süderdithmarschen	73 729	18 115	24,6	+ 36,6	- 24,9	565	420	145	4 750	24,8
Südtondern	58 920	11 229	19,1	+ 27,3	- 18,0	589	415	174	1 215	2,5
Schleswig-Holstein	2 262 383	637 671	28,2	+ 42,4	- 12,8	33 660	18 115	15 545	171 502	466,1

Kreisfreie Städte und Landkreise	Straßenverkehrsunfälle im 3. Vierteljahr 1957			Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vierteljahr 1957						Baufertigstellg. vom 1. 1. 1957 bis 30. 9. 1957	
	Unfälle	Getötete ⁴⁾	Verletzte	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden		Wohnungen		Normalwohnungen	Normalwohnräume ⁵⁾
				insgesamt	darunter in Wohngebäuden	insgesamt	darunter in Wohngebäuden	insgesamt	darunter in ganzen Wohngebäuden		
				1 000 DM		1 000 cbm		1 000 DM			
Flensburg	478	4	243	4 355	3 345	78	59	265	254	421	1 619
Kiel	1 087	15	586	17 663	12 257	351	203	600	574	2 156	6 816
Lübeck	997	5	472	23 886	20 825	405	345	1 133	1 091	1 242	4 643
Neumünster	334	2	164	6 334	3 730	102	62	206	169	328	1 131
Eckernförde	218	3	114	4 324	3 737	89	70	199	175	379	1 352
Eiderstedt	48	-	21	592	287	11	6	16	15	100	351
Eutin	376	7	190	5 650	4 076	106	72	216	188	291	1 069
Flensburg-Land	203	-	113	2 504	2 084	60	44	89	79	157	572
Hsgt. Lauenburg	360	4	191	6 833	5 692	140	105	342	288	517	2 020
Husum	177	2	97	3 203	2 605	72	54	128	105	149	574
Norderdithmarschen	155	4	108	2 591	2 097	57	38	122	104	135	556
Oldenburg (Holstein)	298	7	142	6 025	3 958	114	68	231	207	385	1 335
Pinneberg	625	8	292	18 525	12 341	322	196	654	568	1 155	4 269
Plön	324	8	179	7 047	6 361	147	112	372	347	396	1 469
Rendsburg	597	11	275	18 715	14 996	364	255	728	678	454	1 652
Schleswig	364	5	153	2 349	1 977	54	39	111	87	213	772
Segeberg	369	9	222	7 467	4 522	145	83	269	242	183	740
Steinburg	392	8	217	6 640	5 286	124	81	258	225	390	1 480
Stormarn	409	4	215	8 577	6 115	172	105	370	270	508	1 820
Süderdithmarschen	185	1	98	2 914	1 926	58	34	116	92	234	907
Südtondern	247	5	102	4 071	3 031	86	66	118	104	238	999
Schleswig-Holstein	8 243	112	4 194	160 265	121 248	3 057	2 097	6 543	5 862	10 031	36 146

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 5) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND *)

Bezeichnung	Zeit — Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung											
in 1000	31.12.1956	50 111	2 251	1 760	6 478	644	14 878	4 542	3 267	7 165	9 125
darunter											
Vertriebene ¹	"	17,7	28,2	12,8	25,5	14,0	14,9	18,2	8,2	17,3	19,1
in % der jeweiligen Wohnbevölkerung											
Veränderung in %											
Dezember 1956 gegenüber V Z 1939	"	+ 27,4	+ 41,7	+ 2,8	+ 42,7	+ 14,4	+ 24,7	+ 30,5	+ 10,4	+ 30,8	+ 28,8
" 1956 " V Z 1950	"	+ 5,1	- 13,2	+ 9,6	- 4,7	+ 15,3	+ 12,7	+ 5,0	+ 8,7	+ 11,4	- 0,6
Bevölkerungsdichte ² , Einwohner je qkm	"	204	144	2 357	137	1 595	438	215	165	200	129
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ³											
in 1000	30.6.1957	18 920	755	765	2 339	266	6 184	1 644	1 049	2 765	3 153
Arbeitslose											
in 1000	30.9.1957	367	34	16	75	9	62	34	18	21	98
je 100 Arbeitnehmer ^{4 5}	"	1,9	4,3	2,1	3,1	3,1	1,0	2,0	1,7	0,8	3,0
Arbeitslose Vertriebene											
in % aller Arbeitslosen des betr.Landes	30.9.1957	21,5	34,1	8,1	27,5	11,1	11,7	22,1	9,9	24,5	23,3
Landwirtschaft											
Getreideernte ⁶											
in dz je ha	1957	27,7	30,1	27,4	29,2	25,6	30,8	28,0	25,4	27,3	24,8
in 1000 t	"	13 469	1 188	16	2 916	6	2 330	1 142	921	1 524	3 426
Erzeugung von Kuhmilch ⁵											
in 1000 t	Sept.1957	1 416	107	2	292	2	219	95	69	192	437
in kg je Kuh und Tag	"	8,4	8,3	8,3	9,9	10,0	9,2	7,8	6,7	7,4	8,1
Industrie											
Beschäftigte ⁷											
in 1000	31.8.1957	7 328	171	224	655	106	2 844	597	343	1 301	1 087
je 1000 Einwohner	"	146	76	127	101	165	191	131	105	182	119
Umsatz ⁷											
insgesamt in Mio DM	August 1957	16 781	479	839	1 698	345	6 681	1 218	841	2 616	2 065
darunter											
Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 504	90	107	242	90	995	218	115	375	272
Produktionsindex ⁸ (arbeitstügl.; 1950=100)	"	p 192	221	p 190	.	214	.	.	220	191	p 197
Bauwirtschaft^{5 9} und Wohnungswesen											
Beschäftigte											
in 1000	31.8.1957	1 293	58	42	166	21	420	197	73	189	217
je 1000 Einwohner	"	26	26	24	26	32	28	24	22	26	24
Geleistete Arbeitsstunden											
insgesamt in Mio	August 1957	219	10	7	29	4	72	18	12	32	37
darunter											
für Wohnungsbauten in %	"	47	45	41	49	41	45	46	46	48	48
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁰											
absolut	August 1957	45 033	2 453	1 447	5 498	2 043	12 852	4 264	2 517	6 742	7 217
je 10 000 Einwohner	"	9,0	10,9	8,2	8,5	31,7	8,6	9,4	7,7	9,4	7,9
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)											
absolut	"	38 596	1 703	1 405	3 642	740	13 049	5 535	2 255	5 586	4 681
je 10 000 Einwohner	"	7,7	7,6	8,0	5,6	11,5	8,8	12,2	6,9	7,8	5,1
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM	Juli 1957	3 058 ^a	87	109	237	41	1 238	266	153	482	314
	August 1957	3 085 ^a	82	133	282	103	1 240	234	140	428	309
Verkehr											
Strassenverkehrsunfälle											
insgesamt	2.Vj.1957	167 166	6 840	10 315	19 043	2 898	51 318	16 517	9 496	23 096	27 643
je 10 000 Einwohner	"	33	30	59	29	45	34	36	29	32	30
Getötete Personen											
absolut	"	3 467	117	60	492	33	1 013	255	260	524	713
je 1000 Unfälle	"	21	17	6	26	11	20	15	27	23	26
Steuern											
Steueraufkommen je Einwohner in DM											
Landessteuern ¹¹	1.Rvj.1957	89	47	181	63	128	105	98	59	100	71
Bundessteuern ¹²	"	100	98	377	74	259	107	69	81	94	70
Gemeindesteuern	"	33	23	48	28	49	39	32	25	36	27
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen											
je Einwohner in DM	31.8.1957	490	355	729	439	594	525	465	427	515	461
Fürsorge											
Öffentliche Fürsorge ¹³											
Aufwand je Einwohner in DM	4.Rvj.1956	6,52	8,21	11,00	5,31	10,20	7,72	6,00	4,90	5,72	5,34
Lfd.-unterstützte Personen der off.Fürsorge											
je 1000 Einwohner	31.3.1957	18,0	30,1	19,9	18,6	27,6	18,9	18,3	13,5	14,2	16,6
Tbc-Hilfe											
Aufwand je Einwohner in DM	4.Rvj.1956	0,64	1,79	0,78	0,78	1,15	0,48	0,62	0,48	0,84	0,36
Lfd.-unterstützte Personen je 1000 Einw.	31.3.1957	1,9	1,8	3,3	2,7	5,0	1,6	1,8	2,0	2,2	1,2

*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Gebietsstand: 31. 12. 1955 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) Beschäftigte und Arbeitslose

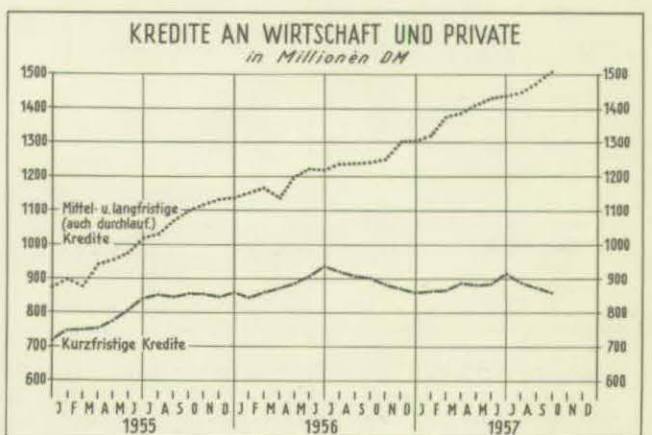
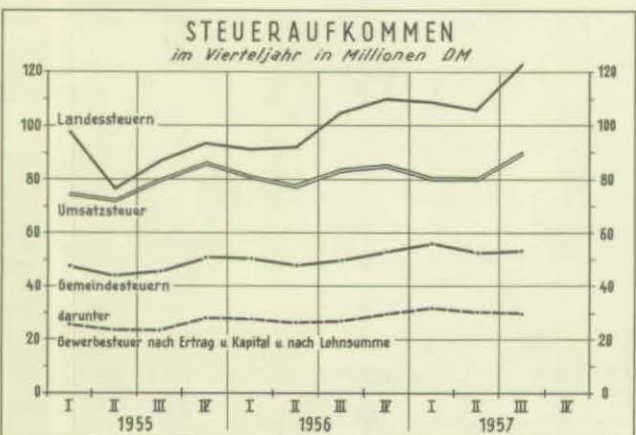
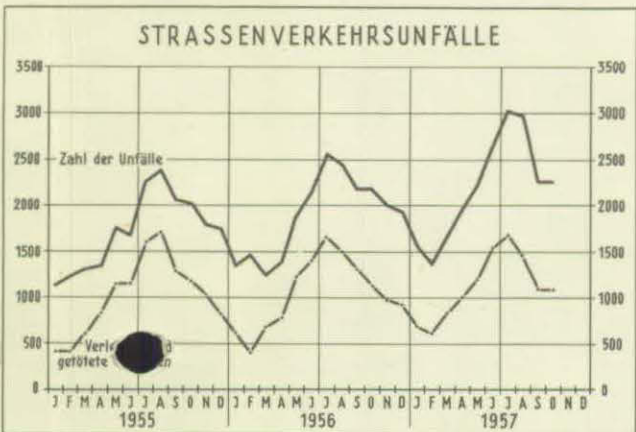
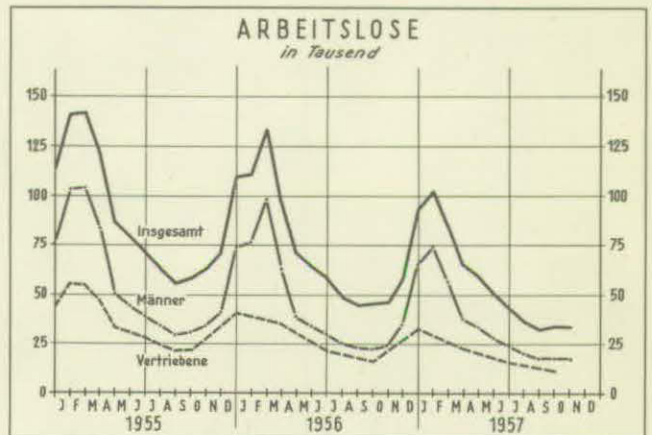
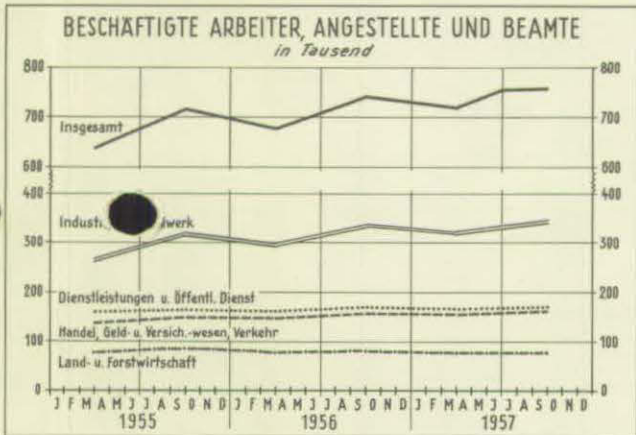
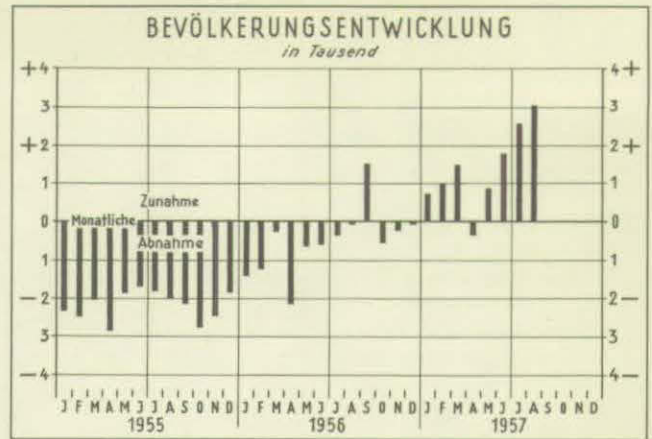
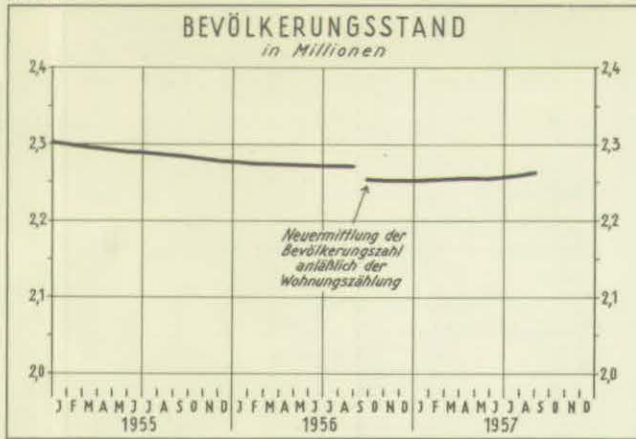
5) vorläufige Zahlen 6) ohne Körnermais 7) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft

8) Gesamtindex (ohne Bau) 9) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet 10) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 11) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (3 1/2 % im Rechnungsjahr 1957) 12) einschl. Notopfer Berlin 13) ohne "Sonstige Leistungen"

a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z.B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN A*

D-2315



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Index der industriellen Produktion; Industriebeschäftigte; Industrieumsatz, dar. Auslandsumsatz; Arbeitsverdienste; Beschäftigtenzahl und Produktionsindex für Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Heft 1/1957

- Die chemische Industrie in Schleswig-Holstein 1950 – 1955
- Die Entwicklung des Schlepperbestandes in den Nachkriegsjahren
- Der Preisindex für den Wohnungsbau seit 1954
- Das Steueraufkommen im Rechnungsjahr 1955

Heft 2/1957

- Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bodennutzung
- Der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau 1953 – 1955
- Der neue Index der Industrieproduktion
- Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1955

Heft 3/1957

- Die Bauwirtschaft im Jahre 1956
- Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge 1954 und 1955
- Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bodennutzung – Fortsetzung –
- Die Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1955
- Der Saisonverlauf der Beschäftigung in der Industrie Schleswig-Holsteins
- Die Getreideernte 1956
- Die Eingliederung Vertriebener als selbständige Betriebsinhaber in die Landwirtschaft
- 40 Wohnungen weniger je 1 000 Einwohner als 1939

Heft 4/1957

- Der Schiffbau in Schleswig-Holstein 1950 – 1956
- Die Entwicklung der organisierten Grosstierzucht seit 1950
- Der Gütertransport auf dem Wasserwege 1954 und 1955
- Der Interzonen- und Berlinhandel 1955 und 1956
- Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1956
- Kriegs- und Schwerbeschädigte 1955 und 1956
- Vorläufiges Bauergebnis 1956

Heft 5/1957

- Die öffentlichen Finanzen 1955
- Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1956
- Der Anbau von anerkanntem Gemüsesaatgut
- Der Gütertransport auf dem Wasserwege 1954 und 1955 (Teil II)
- Die Ausländer in Schleswig-Holstein
- Die Streiks in Schleswig-Holstein 1950 – 1956

Heft 6/1957

- Die öffentlichen Finanzen 1955 (2. Teil)
- Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1956
- Der Altersaufbau der Bevölkerung
- Die Baugenehmigungen im Jahre 1956
- Erste Ergebnisse der Handwerkszählung 1956
- Ansteckende Krankheiten in den Jahren 1955 und 1956
- Die Pflanzenbestände in den Baumschulen

Heft 7/1957

- Vorausberechnung 5 – Bedarf und Nachwuchs an Volks- und Mittelschullehrern in Schleswig-Holstein
- Die feinmechanische und optische Industrie 1950 – 1956
- Turnen und Sport in Schleswig-Holstein
- Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein 1956
- Die Einzelhandelsumsätze 1955 und 1956
- Die Boden- und Kommunalkreditinstitute 1954 – 1956

Heft 8/1957

- Der Verkehr durch den Nord-Ostsee-Kanal 1955/1956
- Umsiedlung und Vertriebene im Jahre 1956
- Der grenzüberschreitende Reiseverkehr 1955 und 1956
- Die Erzeuger- und Grosshandelspreise seit 1950
- Die Witterung der Jahre 1954 – 1956
- Die Schlüsselzuweisungen im Rechnungsjahr 1957

Heft 9/1957

- Kredite und Einlagen im Jahre 1956
- Die betriebswirtschaftlichen Meldungen in der Landwirtschaft
- Das Wohnungsbauergebnis 1956
- Die Struktur der Fürsorgebevölkerung 1956
- Die öffentlichen Strassenverkehrsmittel 1955 und 1956
- Die Leistungen der Bundespost im Jahre 1956

Heft 10/1957

- Der soziale Wohnungsbau 1956
- Die Verdienste der Industriearbeiter 1955 – 1957
- Die Binnenfischerei in Schleswig-Holstein
- Die Bevölkerung in Lagern in Schleswig-Holstein
- Die Bevölkerungsverluste Schleswig-Holsteins durch den 2. Weltkrieg
- Die Invaliden- und Angestelltenversicherung 1950 – 1956
- Das Jugendaufbauwerk 1952 – 1956

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602, Hausapp. 79. Schriftleitung: Dipl.-Vw. Andreas Hansen, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein – Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

Postbezugspreis entfällt, da nur V-Stücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen